europäisches
forum für
migrationsstudien
(efms) ®

Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten und Migrantinnen

Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Dipl. Soz. Stefanie Reiter

Dipl. Soz. Richard Wolf

November 2006

europäisches forum für migrationsstudien
Institut an der Universität Bamberg
Katharinenstraße 1
D-96052 Bamberg
Tel 0951-932020-0
Fax 0951-932020-20
efms@sowi.uni-bamberg.de
http://www.efms.de

Leitung
Prof. Dr. Friedrich Heckmann

Inhalt

1. Einleitung und Problemstellung ... 4
2. Datenlage zur Beteiligung von Migranten an politischer Bildung ... 6
3. Konzepte und Programme der politischen Bildung von Migranten ... 14
3.1. Allgemeine Anbieter von politischen Bildungsmaßnahmen ... 17
3.1.1. Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten an kommunalen Volkshochschulen ... 17
3.1.2. Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten seitens Bildungseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft ... 21
3.1.3. Maßnahmen von Anbietern mit gewerkschaftlichem Bezug ... 22
3.2. Auf Migranten spezialisierte Erwachsenenbildungseinrichtungen und Modellprojekte ... 24
3.2.1. Politische Bildung für Aussiedler und Migranten am Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen Heimvolkshochschule St. Hedwigshaus e.V. ... 24
3.2.2. Die politische Bildungsarbeit des Internationalen Begegnungszentrums Friedenshaus in Bielefeld ... 26
3.2.3. Modellprojekte und Konzepte im Bereich von Orientierungskursen ... 29
3.2.3.1. Das Modellprojekt „In Deutschland zu Hause – Politik, Geschichte und Alltagswissen für Zuwanderer und Einbürgerungswillige“ ... 29
3.2.3.2. Die Bamberger Orientierungskurse ... 31
3.2.3.3. Anwendung des von der LpB Baden-Württemberg entwickelten i-Punkt-Projekts im Rahmen der Mannheimer Abendakademie ... 32
3.2.3.4. Der von Diên Hông gestaltete Orientierungskurs „Leben in Deutschland“ ... 34
3.3. Aktivitäten seitens spezieller Beratungsinstitutionen und sonstiger Veranstalter von Bildungsmaßnahmen für Migranten ... 35
3.3.1. Maßnahmen der Otto Benecke Stiftung e.V. im Bereich politische Bildung für Migranten ... 35
3.3.2. Aktivitäten des Ost-West-Europäischen FrauenNetzwerks e.V. im Bereich politische Bildung für Migranten ... 36
3.3.3. Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung für Migranten seitens der Landesgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen ... 38
3.3.4. Bildungspolitische Veranstaltungen des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. ... 39
3.3.5. Die Arbeit der Muslimischen Akademie in Deutschland ... 40

© efms 2006

3.3.6. Die Arbeit des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland e.V. 41

3.4. Zwischenfazit und systematischer Überblick nach Trägern, Maßnahmen und Zielgruppen 42

4. Die Adressaten von Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten 48

4.1. Datenlage zu den Adressaten politischer Bildung aus der Gruppe der Migranten 49

4.2. Profile von Teilnehmern mit Migrationshintergrund aus den konkreten Praxiskonzepten 51

4.3. Gründe für die Nichtteilnahme an bildungspolischen Maßnahmen 54

4.4. Strategien im Umgang mit Weiterbildungsbarrieren 54

5. Zusammenfassung der Ergebnisse 54

Abkürzungsverzeichnis 54

Literatur 54

Anhang 54

© efms 2006

1. Einleitung und Problemstellung

Nach dem so genannten Münchner Manifest zum Auftrag der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung vom 26. Mai 1997 braucht Demokratie politische Bildung:

„Der demokratische Rechtsstaat lebt vom mündigen Mitdenken und Mittun seiner Bürgerinnen und Bürger und ihrer Bereitschaft, sich selbst- und sozialverantwortlich ein Urteil zu bilden, in der Verfassung normierte Regeln und Werte zu respektieren und sich für sie zu engagieren. Demokratie muss in jeder Generation neu erworben werden: gerade in Deutschland aufgrund der Erfahrungen der jüngsten Geschichte. Politische Bildung im öffentlichen Auftrag leistet insbesondere hier einen fortdauernden und unverzichtbaren Beitrag zu persönlicher und gesellschaftlicher Orientierung sowie zur Entwicklung und Festigung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen."

In einer Demokratie ist es somit wichtig, dass allen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit geboten wird, ihre Sichtweisen in den politischen Diskurs einzubringen und dafür zu sorgen, dass ihre Interessen Berücksichtigung finden. Problematisch wird es jedoch, wenn breite Bevölkerungsschichten vom politischen Willensbildungsprozess ausgeschlossen bleiben. Dieser Ausschluss kann z.B. dadurch erfolgen, dass bestimmten Gruppen der formale Zugang zur politischen Ebene verwehrt ist, da sie bestimmte rechtliche Voraussetzungen, wie die Staatsangehörigkeit, nicht erfüllen. Ein weiterer Grund für geringe Partizipationsmöglichkeiten kann aber auch darin liegen, dass bestimmte Gruppen nicht über ausreichend Wissen und Erfahrungen verfügen, um sich in den politischen Diskurs adäquat einbringen zu können.

Im Fall der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten[1] treffen in aller Regel beide Gründe zu, wenn auch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 zumindest den formalen Zugang erleichtert hat.[2]

Doch das Problem eines fehlenden breiten Wissens über das politische System und die politischen Partizipationsmöglichkeiten bleibt. Hinzu kommt, dass das Zusammenspiel von schwierigem formalen Zugang und mangelhaftem Wissen zu Frustration, schwindendem Interesse an und schwindender Identifikation mit den politischen Institutionen der Aufnahmegesellschaft führen kann (Diehl/Urban, 1999). Die Förderung politischer Partizipation kann somit auch als Integrationsförderung verstanden werden.

---

[1] Personenbezeichnende Begriffe werden im Rahmen dieser Expertise als neutrale Pluralkollektive verwendet, um beide Geschlechter zu bezeichnen, da alternative Schreibweisen zur Indikation der Geschlechter die Lesbarkeit des Textes erheblich beeinträchtigen würden.

[2] Hierbei sei jedoch auf die Heterogenität innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund sowie die damit verbundene Vielzahl an rechtlichen Bestimmungen und deren Einfluss auf die jeweiligen Partizipationsmöglichkeiten hingewiesen. So bleibt es auch nach der im Jahr 2000 erfolgten Zugangserleichterung zur deutschen Staatsbürgerschaft, für viele Migrantengruppen bei politisch und rechtlich eingeschränkten Formen der Partizipation und je nach Aufenthaltsstatus unterschiedlich ausgestalteten Beteiligungsrechten. Gerade politische Teilhaberechte stehen vielen Migranten demnach nach wie vor nicht zu (vgl. beispielsweise http://dip.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf).

© efms 2006

Die Bundeszentrale für politische Bildung spielt in dieser Hinsicht eine besondere Rolle. Mit vielfältigen Methoden und Arbeitsweisen initiiert und fördert sie Veranstaltungen der politischen Bildung. Am ersten Januar 2001 hatte die Bundeszentrale für politische Bildung in einer Neufassung des Erlasses über die politische Bildung die „Deutschstämmigkeit" als Voraussetzung zur Teilnahme an von ihr geförderten Veranstaltungen ersatzlos gestrichen und somit auch formell Migranten in ihren Adressatenkreis mit aufgenommen (Behrens/Motte 2006: 19). In der konkreten Ausgestaltung bedeutet dies, dass die Bundeszentrale sich interkulturell öffnen und die Themen Migration und Integration als Querschnittsthemen in ihrem Betätigungsfeld nachhaltig verankern will. Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund, die bislang verhältnismäßig wenig angesprochen oder erreicht worden sind, werden dabei nicht nur als Zielgruppe, sondern auch als Träger der politischen Bildung verstärkt in den Blick genommen (Hübinger 2003)[3].

Um unterschiedliche Zielgruppen erreichen zu können, bedarf es auf deren jeweilige Bedürfnisse zugeschnittene Programme und Konzepte, die sie ansprechen und bei denen sie bereit sind, sich zu engagieren. So zeigt sich z.B. häufig, dass an klassischen Weiterbildungsangeboten vor allem jene teilnehmen, die prinzipiell bereits gut gebildet sind. Dagegen werden bestimmte relevante Zielgruppen mit herkömmlichen Angeboten häufig nicht mehr adäquat erreicht (Brüning 2002: 7; Behrens/Motte 2006: 18).

Das europäische forum für migrationsstudien (efms) wird mit dieser Expertise helfen, die Arbeit der der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) weiter zu optimieren, in dem es einen Beitrag leistet, das Angebot zielgruppengerechter zu gestalten.

Dazu werden in einem ersten Schritt der bpb Informationen über bereits bestehende Konzepte und Projekte zur politischen Bildung für Migranten zur Verfügung gestellt, die als Grundlage für die Identifizierung von good bzw. best practices dienen können.

In einem zweiten Schritt werden dann Profile der Adressaten von Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten erstellt, die es der bpb ermöglichen soll, den einzelnen Zielgruppen die geeigneten Programme anzubieten.

Bei der Erstellung der Expertise ist das efms auf bereits vorliegende Erfahrungen, zugängliche Konzeptbeschreibungen, statistische Materialien sowie Kursberichte und Evaluationen existierender Projekte eingegangen. Es kam ein breiter Methodenmix zum Einsatz, welcher Dokumentenanalysen, Textanalysen von Kursprogrammen, qualitative Experteninterviews sowie statistische Auswertungen von quantitativen Sekundärdaten beinhaltete. Dieser Mix unterschiedlicher Instrumente ermöglichte es, den Themenbereich der Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten umfassend zu beleuchten, um schließlich ein fundiertes und detailliertes Bild zeichnen zu können.

Bevor auf bereits bestehende Konzepte und Projekte zur politischen Bildung von Migranten in Deutschland eingegangen wird, gibt das erste Kapitel mit Rückgriff auf die einschlägige Fachliteratur einen Überblick zur Datenlage über die Weiterbildungsbeteiligung von

[3] Auf verschiedene Aspekte der Arbeit der Bundeszentrale im Themenfeld Migration geht beispielsweise auch Christoph Müller-Hofstede (2006) näher ein.

© efms 2006

Migranten an Maßnahmen der politischen Bildung, um somit die bisherigen Erkenntnisse aus der Erwachsenenbildung auszuwerten und systematisch darzustellen. Anschließend werden Angebote aus der in der Praxis bereits bestehenden Reihe unterschiedlichster Konzepte und Programme zur politischen Bildung von Migranten vorgestellt und systematisch analysiert. Im Anschluss an die Identifizierung von good bzw. best practices und einem kurzen Zwischenfazit werden dann Profile der Adressaten und tatsächlichen Teilnehmer von Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten auf Basis von vorhandenen empirischen Untersuchungen, Daten der amtlichen Statistik und Experteninterviews erstellt. Des Weiteren werden Weiterbildungsbarrieren aufgezeigt sowie mögliche Strategien zur Senkung dieser Barrieren erörtert. Im Schlusskapitel der Expertise werden auf Basis der gesammelten Erfahrungen erste Hinweise für die Entwicklung von geeigneten Programmen und erfolgversprechende Ansprachewege für die einzelnen Zielgruppen gegeben.

2. Datenlage zur Beteiligung von Migranten an politischer Bildung

Für die Gestaltung von zielgruppenadäquaten Formaten und die konkrete Angebotsplanung im Bereich der politischen Bildung von Migranten wäre eine empirisch abgesicherte Datenbasis hilfreich, die Aufschluss über Angebotslage sowie über Bedürfnisse und Interessen der potenziellen Teilnehmer liefern könnte. **Leider ist in Deutschland die Datenlage zur politischen Bildung von Migranten - ebenso wie zum allgemeinen Weiterbildungsverhalten und den Weiterbildungsinteressen von Migranten – jedoch nach wie vor unzureichend.** Während die berufliche Aus- und Weiterbildung von Personen mit Migrationshintergrund durchaus auch statistisch erfasst wird, scheint dieser Zielgruppe in Hinblick auf politische Bildung nur wenig Aufmerksamkeit zuzukommen.[4] Die spärlich vorhandenen Daten lassen sich zudem in der Regel nicht miteinander in Bezug setzen und sind nur mit Vorsicht zu interpretieren (vgl. hierzu auch Bilger 2006). Dies hängt zum einen mit der in den meisten Untersuchungen vorliegenden mangelnden Repräsentativität zusammen, die auf nur geringe Fallzahlen im Hinblick auf die Untersuchungsgruppe zurückzuführen ist.

Zum anderen liegen die Schwierigkeiten hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Daten auch in Definitionsproblemen und mangelnden eindeutigen Zuordnungskriterien in diesem Umfeld begründet. So ist es aufgrund der Heterogenität der Personengruppe mit Migrationshintergrund bereits schwierig, diese quantitativ zu bestimmen und in Untersuchungen getrennt auszuweisen. Denn mittels eindimensionaler Erfassungskriterien wie Nationalität lässt sich die Gruppe nicht eindeutig identifizieren, da eingebürgerte Personen und Aussiedler hierbei nicht mit erfasst bzw. getrennt ausgewiesen werden. Bilger (2006, 22ff) schlägt in diesem Zusammenhang vor, zur Unterscheidung von Migrantengruppen in quantitativen Erhebungen die Merkmale Staatsangehörigkeit, Geburtsland, Zuzugsjahr oder –alter, Geburtsland der Eltern und Umgangssprache in der Familie sowie Muttersprache heranzuziehen. Da die Erhebung und Abgrenzung von Personen mit Migrationshintergrund in den bisher durchge-

[4] Erkenntnisse zur beruflichen Weiterbildung von Migranten finden sich beispielsweise in der Dokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 2006.

© efms 2006

führten Studien jedoch sehr unterschiedlich operationalisiert wurde, lassen sich die meisten Daten nur unzureichend aufeinander beziehen.

Noch problematischer stellt sich die begriffliche Abgrenzung von politischer Bildung dar, da es keine allgemein anerkannte Definition von politischer Bildung gibt. Während einige Erhebungen von einem sehr engen Begriff von politischer Bildung im Sinne der Vermittlung von Wissensinhalten über Rechte und Pflichten des Staatsbürgers ausgehen, beziehen sich andere auf ein sehr weit gefasstes Verständnis von politischer Bildung (vgl. hierzu beispielsweise Körber 2003).[5] In den meisten Fällen erfolgt jedoch im Rahmen der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen gar keine explizite Auseinandersetzung und Klärung des verwendeten Begriffes von politischer Bildung. Auch dieses Vorgehen behindert nachhaltig die Operationalisierung und Vergleichbarkeit des Datenmaterials in diesem Bereich.

Im Folgenden werden die wichtigsten verfügbaren Daten und Ergebnisse zum Weiterbildungsverhalten von Migranten kurz vorgestellt. Dabei werden zunächst die Daten aus bundesweiten Erhebungen in diesem Bereich präsentiert und anschließend Ergebnisse aus regional begrenzten Studien vorgestellt.

Das **Berichtssystem Weiterbildung** (BSW) stellt eine Langzeituntersuchung zur Weiterbildungsbeteiligung der deutschen Wohnbevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren dar. Sie wird seit 1979 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Abstand von jeweils drei Jahren von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt. 1997 wurden erstmals auch in Deutschland lebende Ausländer in die Erhebung zur Beteiligung an allgemeiner Weiterbildung miteinbezogen. Allerdings werden seither nur Personen mit Migrationshintergrund befragt, die über ausreichende Deutschkenntnisse für ein mündliches Interview verfügen. Von dieser Personengruppe ist laut Kuwan (2005) anzunehmen, dass es sich um bereits besser integrierte Ausländer handelt.[6] Zudem ist methodisch anzumerken, dass aufgrund der geringen Fallzahlen für die Gruppe der Ausländer die Aussagen nur mit Vorsicht zu interpretieren sind.[7] Des Weiteren lassen diese niedrigen Fallzahlen differenzierte Analysen nach Nationalitäten nicht zu. Die Ergebnisse sind daher nicht als absolute und prozentgenaue Werte, sondern eher als Größenordnungen aufzufassen:

Während 1997 rund 32% der Deutschen zwischen 19 und 64 Jahren an allgemeinen Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen hatten, traf dies nur auf etwa 20% der Ausländer zu. Auch in den Nachfolgeerhebungen 2000 und 2003 nahmen mehr Deutsche als Auslän-

[5] Zur Diskussion über die begriffliche Abgrenzung von politischer Bildung vgl. beispielsweise Fritz/Maier/Böhnisch 2006 sowie Hufer (2004: 191ff.).

[6] Kuwan bemerkt diesbezüglich mit Verweis auf andere Studien wie Behringer/Jeschek 1993, dass sich Ausländer mit fortgeschrittenen Deutschkenntnissen häufiger an Weiterbildung beteiligen, als Personen mit nur geringen Deutschkenntnissen. Folglich scheint es plausibel, dass das hier gewählte Studiendesign tendenziell eine Unterschätzung der im Rahmen der BSW-Studie vorfindbaren Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern hervorbringt. (Kuwan 2005: 136f.)

[7] In der ungewichteten Stichprobe liegt die Gesamtzahl der befragten Ausländer bei 393 Personen.

© efms 2006

der an Veranstaltungen im Bereich der allgemeinen Weiterbildung teil (2000: 27% vs. 18%, 2003: 26% vs. 21%).

Dabei wurde das Themengebiet „Sprachen" von Ausländern am häufigsten nachgefragt. Die thematische Kategorie „Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik, auch europabezogen", die sich eindeutig dem Bereich der politischen Bildung zuordnen lässt, brachte nur eine marginale Teilnahmequote bei Ausländern (2003: 1%) sowie auch bei Deutschen (2003: 2%) auf.[8]

Im Erhebungsjahr 2003 wurden zudem erstmalig Fragen zur Erfassung des Migrationshintergrunds gestellt. Daher können für diese Erhebungswelle zudem folgende Gruppen miteinander in Bezug gesetzt werden (vgl. Tabelle 1). Deutsche mit deutschem Lebenshintergrund, Deutsche mit ausländischem Lebenshintergrund[9] und Ausländer. Aus dieser Unterteilung geht hervor, dass sich Ausländer an allgemeiner Weiterbildung tendenziell etwas mehr beteiligen als Deutsche mit Migrationshintergrund (21% vs. 18%) und dabei hinter den Teilnahmequoten von Deutschen mit deutschem Lebenshintergrund zurückliegen (27%).

Tabelle 1: Teilnahmequoten an Weiterbildung nach Migrationshintergrund und Nationalität

	Teilnahmequote in %		
Migrationshintergrund und Nationalität	Weiterbildung insgesamt	Allgemeine Weiterbildung	Berufliche Weiterbildung
Ausländer	29	21	13
Deutsche mit ausländischem Lebenshintergrund	29	18	19
Deutsche	43	27	28

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung 2005 zit. nach Kuwan 2005: 140

Betrachtet man diese Angaben differenziert nach Themenbereichen der allgemeinen Weiterbildung, so wird deutlich, dass in allen Gruppen das Interesse an Sprachkursen am größten ist. Auffällig ist jedoch, dass unter den Deutschen mit ausländischem Lebenshintergrund der Themenkomplex „Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik, auch europabezogen" an zweiter Stelle rangiert. Diese größere Nachfrage an politischer Bildung seitens Deutscher mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Ausländern, ist insofern auch bemerkenswert, da die erfassten Ausländer mit 16 Jahren durchschnittlich länger in Deutschland leben als die Deutschen mit ausländischem Lebenshintergrund (14 Jahre). Eine

[8] Andere Themenbereiche, die sich ebenfalls in thematischer Nähe zur politischen Bildung – zumindest bei Annahme einer Definition von politischer Bildung im weiteren Sinn – befinden, weisen ähnlich geringe Werte auf. So kam beispielsweise der Themenkomplex „Multikulturelle Fragen, toleranter Umgang mit Ausländern 2003 auf eine Teilnahmequote von 0% unter den Deutschen und 1% unter den Ausländern.

[9] In der ungewichteten Stichprobe umfasst diese Gruppe 433 Fälle.

© efms 2006

mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass das Interesse an politischer Bildung nicht primär von der Dauer des Aufenthaltes im Land abhängt, sondern sich erst bei Zunahme der faktischen Beteiligungsmöglichkeiten – beispielsweise durch (Aussicht auf) Erlangen der Staatbürgerschaft – verstärkt manifestiert.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund auch 2003 wesentlich seltener an Weiterbildung beteiligen als Deutsche. Ausländer nehmen dabei tendenziell etwas mehr an allgemeiner Weiterbildung teil, als Deutsche mit ausländischem Lebenshintergrund. Die größere Nachfrage an Angeboten zur politischen Bildung im engeren Sinn weisen unter den Personen mit Migrationshintergrund jedoch die bereits Eingebürgerten auf.

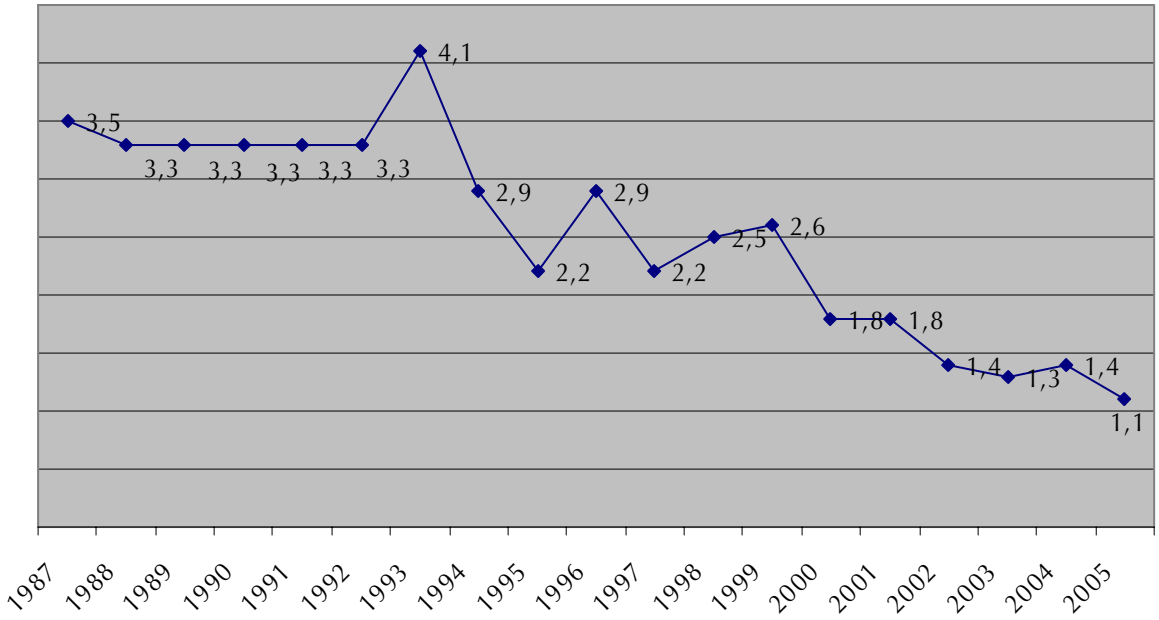
Andere bundesweite Datenquellen liefern nur wenig Auskunft zu Nationalität bzw. Migrationshintergrund und Weiterbildungsverhalten. Einzelne Angaben können den **Volkshochschulstatistiken** entnommen werden. Diese weisen Veranstaltungen aus, die sich explizit an einzelne Adressatengruppen richten. Dabei richteten sich im Jahr 2005 bundesweit 16.180 Veranstaltungen an die Zielgruppe Ausländer. Dies entspricht einem Anstieg um fast 30% im Vergleich zum Jahr 2000.

Zu rund 96% handelte es sich bei den 2005 für Ausländer angebotenen Kursen um Veranstaltungen aus dem Bereich „Sprachen“. Nur 1,1% der für Ausländer ausgeschriebenen Kurse fiel hingegen auf den Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, welcher auch Angebote aus dem Bereich der politischen Bildung umfasst.[10] Betrachtet man diesen Anteil im Zeitverlauf (vgl. Übersicht 1), so lässt sich in den letzen Jahren eine sinkende Tendenz feststellen. Der Anteil des Angebotes an Sprachkursen stieg dagegen nahezu kontinuierlich an und betrug seit 1997 stets über 90%.

[10] Zu beachten ist jedoch, dass beispielsweise auch Kurse im Bereich Deutsch als Fremdsprache oftmals landeskundliche Elemente beinhalten, die ebenfalls zur politischen Bildung beitragen. Der Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, umfasst somit nur einen Teil des politischen Bildungsangebots.

© efms 2006

Übersicht 1: Anteil der Kurse im Programmbereich "Politik - Gesellschaft - Umwelt" von allen Kursen für die Zielgruppe Ausländer/-innen an Volkshochschulen ab 1987 in %

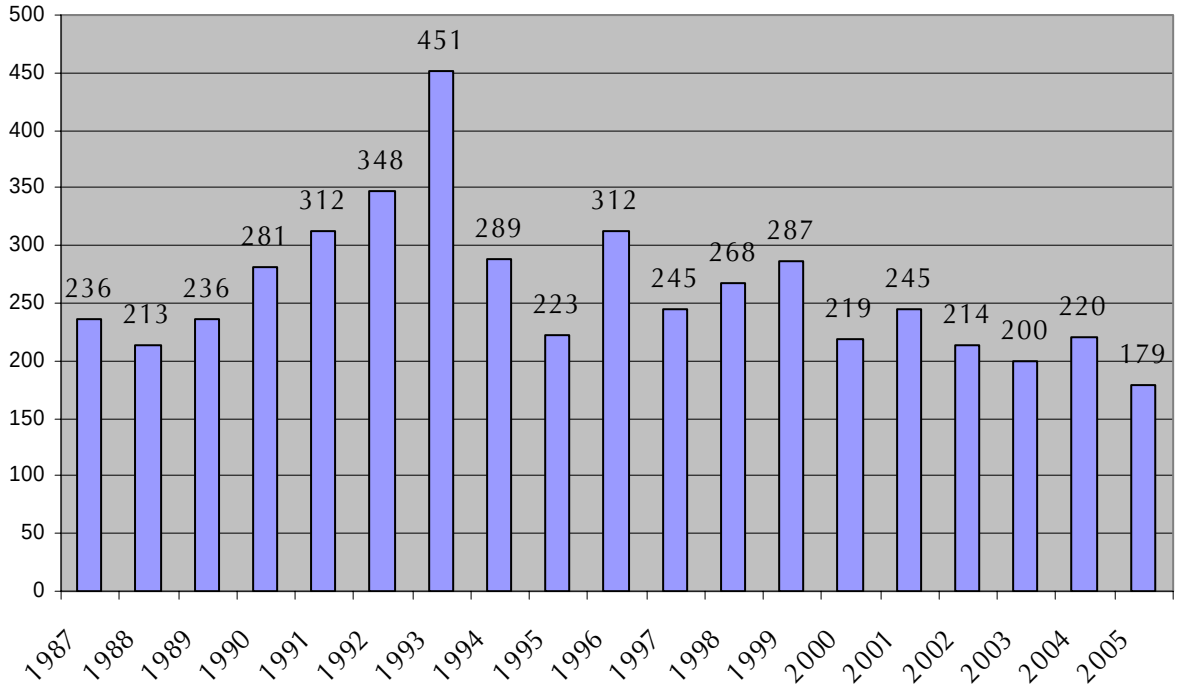


Quelle: DIE Programm „Strukturwandel der Weiterbildung“: Volkshochschul-Statistik Tab. 1 (BRD), Angaben ab 1991 mit neuen Ländern<07.11.2006>

Auch aus der Betrachtung der Gesamtanzahl der für Ausländer angebotenen Kurse im Zeitverlauf (vgl. Übersicht 2) geht hervor, dass - seit dem verhältnismäßig großen Angebot an bildungspolitischen Kursen Anfang bis Mitte der neunziger Jahre - gegenwärtig der Bereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ tendenziell eher rückläufig ist.

© efms 2006

Übersicht 2: Anzahl der Kurse für Ausländer im Programmbereich "Politik - Gesellschaft - Umwelt" an Volkshochschulen ab 1987



Quelle: DIE Programm „Strukturwandel der Weiterbildung“: Volkshochschul-Statistik Tab. 1 (BRD), Angaben ab 1991 mit neuen Ländern<07.11.2006>

Zu beachten ist, dass beispielsweise auch Kurse im Bereich Deutsch als Fremdsprache oftmals landeskundliche Elemente beinhalten, die ebenfalls zur politischen Bildung beitragen. Der Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, umfasst somit nur einen Teil des politischen Bildungsangebots und kann nicht pauschal damit gleich gesetzt werden. Jedoch kann man davon ausgehen, dass sich Kursbesucher von Angeboten im Bereich Sprachen primär eine Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse erhoffen und die darin teilweise auch beinhalteten Elemente von politischer Bildung –sofern sie diese überhaupt bewusst als solche wahrnehmen – höchstens als zusätzlichen Benefit ansehen. Diese Unschärfeprobleme bei der Abgrenzung politischer Bildungsangebote können jedoch wie bereits erwähnt kaum umgangen werden.

Das im Jahr 2000 gestartete DIE-Projekt **Verbund Weiterbildungsstatistik** stellt einen Versuch dar, auf den Erfahrungen mit der Volkshochschulstatistik aufzubauen und das Angebot an Maßnahmen zur politischen Bildung durch Entwicklung eines regelmäßigen und zuverlässigen Erhebungs- und Auswertungsverfahren systematisch statistisch zu erfassen.[11] In die-

[11] Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Deutscher Volkshochschul-Verband und Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung stellen hierbei die Kooperationspartner dar.

© efms 2006

sem Zusammenhang wurde eine „Checkliste politische Bildung“ (Körber 2003) entwickelt, um einheitliche Kriterien für die Zuordnung von Angeboten einzelner Träger zum Bereich der politischen Bildung zu schaffen. Diesem Kriterienkatalog liegt ein umfassender Begriff von politischer Bildung im Sinne von gesellschaftlicher oder politisch-sozialer Bildung zugrunde. [12] Eine so weit gefasste Definition entspricht in Anlehnung an die Tradition der „Civic Education“ einem zivilgesellschaftlich begründeten Politik- und Bildungsverständnis. Dies impliziert nicht nur die Vermittlung von politischem Faktenwissen, sondern fokussiert vielmehr die Entwicklung und Einübung von Handlungskompetenzen, die sich auch jenseits der herkömmlichen politischen Betätigungsfelder in verschiedenen Formen bürgerschaftlichen Engagements niederschlagen können. Demnach werden dabei auch jene Angebote von politischer Bildung, die in Kombination mit beruflicher, allgemeiner oder kultureller Bildung angeboten und durchgeführt werden, in die Erhebung mit einbezogen. Nach Körber entspricht diese Abgrenzung des Feldes der politischen Bildung den von den Bildungsträgern vorgenommenen Kategorisierungen. Der Autor weist auch darauf hin, dass der Kriterienkatalog in der Praxis nur den Charakter von Orientierungshilfen einnehmen kann und keine eindeutigen Entscheidungshilfen liefert. Gerade durch die Überschneidungen zwischen politischer und allgemeiner, beruflicher oder auch kultureller Bildung sowie Abgrenzungsproblemen der Kategorien und Lernfelder politischer Bildung entstünden Interpretations- und Ermessensspielräume.

Neben Entscheidungsproblemen über die Zuordnung einzelner Veranstaltungen zu den einzelnen Kategorien, gibt es darüber hinaus derzeit noch Vorbehalte bezüglich der Repräsentativität der Daten. Zur Einschätzung der statistischen Repräsentativität wird in diesem Zusammenhang auf Reichard 2006 verwiesen. Demnach ist die regionale Repräsentativität derzeit noch begrenzt. Zudem decken die Daten des Verbunds Weiterbildungsstatistik nur etwa 12,9% aller deutschen Weiterbildungseinrichtungen ab. Betrachtet man nur den Bereich der allgemeinen Weiterbildung, so umfasst die Statistik nach Angaben der Autorin gut ein Drittel der Teilnahmefälle. Es gibt ansonsten keine Daten, welche die gesamten Trägerstrukturen im Bereich Weiterbildung erfassen (Reichard 2006: 2). Die Weiterbildungsstatistik im Verbund wird nun kontinuierlich ausgebaut, mit dem Ziel, langfristig alle Einrichtungen der beteiligten Weiterbildungsträger zu umfassen (Reichard 2006: 4). Das Vorhaben stellt somit einen wichtigen Schritt zur Erstellung einer fundierten Datenlage im Bereich der politischen Bildung dar, welche die Transparenz der Angebote erhöhen und sachhaltige bildungspolitische und pädagogische Anregungen für zukünftige Vorhaben liefern kann.

Die Weiterbildungsstatistiken für die Jahre 2002 bis 2004 ergaben, dass von den an spezielle Zielgruppen gerichteten erfassten Angeboten (2003: 125.967; 2004: 131.367) durchschnittlich rund 13% auf Aussiedler und Migranten fielen (2002: 13,3%; 2003: 13,2%;

[12] Die Kategorien gruppieren sich hierbei um die vier Felder politische, allgemeine, berufliche und kulturelle Bildung sowie um die neu Themenbereiche (1.) Politik, Gesellschaft, Zusammenleben (2.) Genderfragen, Generationen, Familien (3.) Ethik, Religion, Weltanschauung (4.) Umwelt (5.) Kultur, Kommunikation, Gestalten (6.) Gesundheit (7.) Sprachen, Interkulturelle Kompetenzen (8.) Arbeit, Beruf, Interessenvertretung und (9.) Grundbildung, Schulabschlüsse.

© efms 2006

2004: 12,3%). (Reitz/Reichart 2006: 40; Pehl/Reitz 2005: 39 und Ioannidou/Meese/Reitz 2004: 74).

Nach Angaben des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung wurden im Rahmen der Verbundstatistik auch weitergehende Informationen über den Anteil der Veranstaltungen für die Zielgruppe "Aussiedler/Migranten" im Themenbereich "Politik - Gesellschaft" erhoben. In Absprache mit den Verbundpartnern werden diese, prinzipiell bei DIE vorhandenen Daten, allerdings bislang nicht veröffentlicht. [13]

Als weitere überregionale Datenquellen, die auch Fragen zu Nationalität und Migrationshintergrund beinhalten, könnten zudem das Sozioökonomische Panel (SOEP) und der Mikrozensus herangezogen werden. Im **SOEP** wird jedoch nur die berufliche Weiterbildung fokussiert. Politische Bildung wird hingegen nicht gesondert erfasst. Beim **Mikrozensus** wurden dagegen in den Erhebungswellen von 2000 und 2003 offene Fragen zum Titel der drei letzten besuchten Kursen im Bereich der allgemeinen Weiterbildung gestellt. Die Angabe erfolgte dabei auf freiwilliger Basis. Aus diesen Einzelangaben könnte man theoretisch – mit Hilfe eines vorher exakt festgelegten Kriterienkatalogs – die entsprechenden Nennungen dem Themenbereich politische Bildung zuordnen. Die erfragten Inhalte der Weiterbildungsmaßnahmen wurden im Datensatz auch bereits tatsächlich in verschiedene Kategorien zusammengefasst.[14] Die dabei erstellten Sammelkategorien sind jedoch zu heterogen, um sich damit inhaltlich dem Begriff der politischen Bildung annähern zu können.

Zwei neuere wissenschaftliche **Evaluationen**, welche politische Erwachsenen- bzw. Jugendbildung ins Auge fassten, kommen zu dem Schluss, dass die Zielgruppe der Migranten in der politischen Bildung deutlich gewachsen ist.

So verweisen Fritz, Maier und Böhnisch in ihrer 2004 an der Universität Dresden veröffentlichten Studie darauf, dass der Anteil der Teilnehmer mit Migrationshintergrund in den letzten fünf Jahren bei 48,9% der erfassten Bildungsmaßnahmen anstieg oder zumindest auf gleichem Niveau blieb (bei ca. 44%). Nur knapp 7% der befragten Einrichtungen stellten eine Abnahme dieser Zielgruppe fest (Fitz/Maier/Böhnisch 2006: 125f).[15] Bei 11,4% der ~~Veranstaltungen betrug der~~ Anteil der Migranten sogar mehr als ein Viertel. Jedoch werden

[13] Diese Angaben basieren auf Aussagen von Mitarbeitern des Projektes „Strukturwandel der Weiterbildung" am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung.

[14] Diese Information wurde durch Rückfrage beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim in Erfahrung gebracht. Das Schlüsselverzeichnis mit den Angaben, welche Kategorien, wie zusammengefasst wurden kann unter http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/GML/Daten/MZ/mz_2003/key03.pdf S.26ff. eingesehen werden. Dabei wurden die Codes nach der Systematik der Hauptfachrichtungen vergeben. Die inhaltliche Bedeutung der jeweiligen Values kann dem Dokument http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/GML/Daten/MZ/allgemein/hfr03.pdf entnommen werden.

[15] Im Rahmen dieser vom deutschen Jugendministerium (BMFSFJ) in Auftrag gegebenen Studie wurden 349 Einrichtungen und 949 Teilnehmerinnen befragt, sowie 59 Interviews mit politischen Bildnerinnen durchgeführt. Zudem wurde durch zusätzliche Maßnahmen wie Gruppendiskussionen und Workshops eine partizipative Ausrichtung der Erhebung bewirkt (Schillo 2005, 21f.).

© efms 2006

anstaltungen betrug der Anteil der Migranten sogar mehr als ein Viertel. Jedoch werden rund acht Prozent der Einrichtungen der politischen Bildung von Personen mit Migrationshintergrund überhaupt nicht aufgesucht. Insgesamt stellen zugewanderte Teilnehmer nach wie vor nur eine kleine Gruppe der Teilnehmer dar. Eigens werde die Gruppe am ehesten im Kontext interkultureller Themen angesprochen (Behrens/Motte 2006 S. 21f.).

Schröder und sein Team an der FH Darmstadt kommen in ihrer durchgeführten Wirkungsanalyse der politischen Jugendbildung in Deutschland sogar zu der Einschätzung, dass in diesem Bereich Teilnehmer mit Migrationshintergrund mit 22% – gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, der 2002 rund 10% betrug – überproportional vertreten sind. (Schröder/Balzter/Schroedter 2004: 110ff.)

Somit scheint nach diesen beiden Evaluationen der politischen Bildung von Migranten zumindest in den letzten Jahren verstärkt Aufmerksamkeit zugekommen zu sein.[16]

Neben diesen bundesweiten Erhebungsdaten existieren regionale Daten wie beispielsweise die **Wohnungs- und Haushaltserhebung „Leben und Wohnen in Nürnberg 2001“**, welche ebenfalls Hinweise auf die Weiterbildungsbeteiligung von Migranten liefern können. So haben nach Angaben dieser statistischen Erhebung von den 458 Ausländern, die sich zum Besuch von Bildungsveranstaltungen äußerten, 19,5 % einen Kurs in den letzten zwei Jahren besucht. Im Vergleich dazu hatten 30,5% der 3666 befragten Deutschen an einem Kurs teilgenommen. Unter den Kursteilnehmern hatte nur knapp 1% der ausländischen Teilnehmer einen Kurs auf dem Gebiet „Politik und Gesellschaft“ besucht. In der deutschen Vergleichsgruppe waren es hingegen 3%. (Amt für Stadtforschung und Statistik 2001)[17]

Somit bestätigen auch regional begrenzte Studien die im Vergleich zu ihren deutschen Mitbürgern tendenziell geringere Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund an allgemeinen Weiterbildungsveranstaltungen und Angeboten zur politischen Bildung.

3. Konzepte und Programme der politischen Bildung von Migranten

Im Folgenden werden derzeit in der Praxis bestehende oder bereits durchgeführte Projekte und Konzepte zur politischen Bildung von Migranten vorgestellt. **Die dabei aus einer Reihe von Angeboten ausgewählten Träger und Maßnahmen wurden herangezogen, weil sie entweder über langjährige Erfahrungen in diesem Feld und damit über großes Praxiswissen verfügen oder besonders innovative Ansätze aufweisen. Zudem wurden Träger mit einem sehr großen Bekanntheits- und Verbreitungsgrad wie die Volkshochschulen verstärkt berücksichtigt. Ein weiteres Auswahlkriterium bestand im Grad der systematischen Dokumentation und Evaluation von Angeboten.** Denn aus besonders gut evaluierten Projekten

[16] Zu weiteren Ergebnissen der beiden Evaluationen vergleiche auch Schillo 2005.

[17] Unter den insgesamt 532 von Ausländern beantworteten Fragebögen befanden sich 458 verwendbare Angaben zu diesem Themenkomplex. In der deutschen Vergleichgruppe gab es diesbezüglich keine fehlenden Angaben (vgl. http://www.statistik.nuernberg.de/).

© efms 2006

lassen sich für die Expertise relevante Rückschlüsse ziehen und Empfehlungen ableiten. Aus diesem Grund werden auch bereits abgeschlossene Projekte, die besonders umfangreich dokumentiert wurden, wie beispielsweise einige Modellprojekte zu den staatlich geförderten Orientierungskursen, mit in die Expertise aufgenommen.[18]

Inhaltlich betrachtet wurden bevorzugt Beispiele herausgegriffen, die unter einen verhältnismäßig **engen Begriff der politischen Bildung**, wie er auch in den Förderrichtlinien von Angeboten durch die Bundeszentrale definiert ist, fallen und sich somit eindeutig diesem Feld zuordnen lassen.[19] Nach den Richtlinien des Bundesministeriums des Inneren zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung durch die bpb soll politische Bildung dabei „Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik, einschließlich der politisch und sozial bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft vermitteln. Sie soll die Urteilsbildung über gesellschaftliche und politische Vorgänge und Konflikte ermöglichen, zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen befähigen und zur Beachtung der Pflichten und Verantwortung gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt, sowie zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung anregen."

Jedoch sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass sich in der Praxis eine Vielzahl von Angeboten im Grenzbereich von Kunst, Literatur oder auch beruflichen Weiterbildung mit Nähe zur politischen Bildung bewegen, die von ihren Trägern jedoch unter den politischen Bildungsbegriff subsumiert werden. Auf solche Angebote wird an verschiedenen Stellen verwiesen. Sie werden aber nicht näher fokussiert.

Auch bei Anwendung der oben angeführten Auswahlkriterien entsteht nach wie vor ein **sehr heterogenes Feld von Maßnahmen**, das nur schwer abgrenzbar und exakt erfassbar ist.

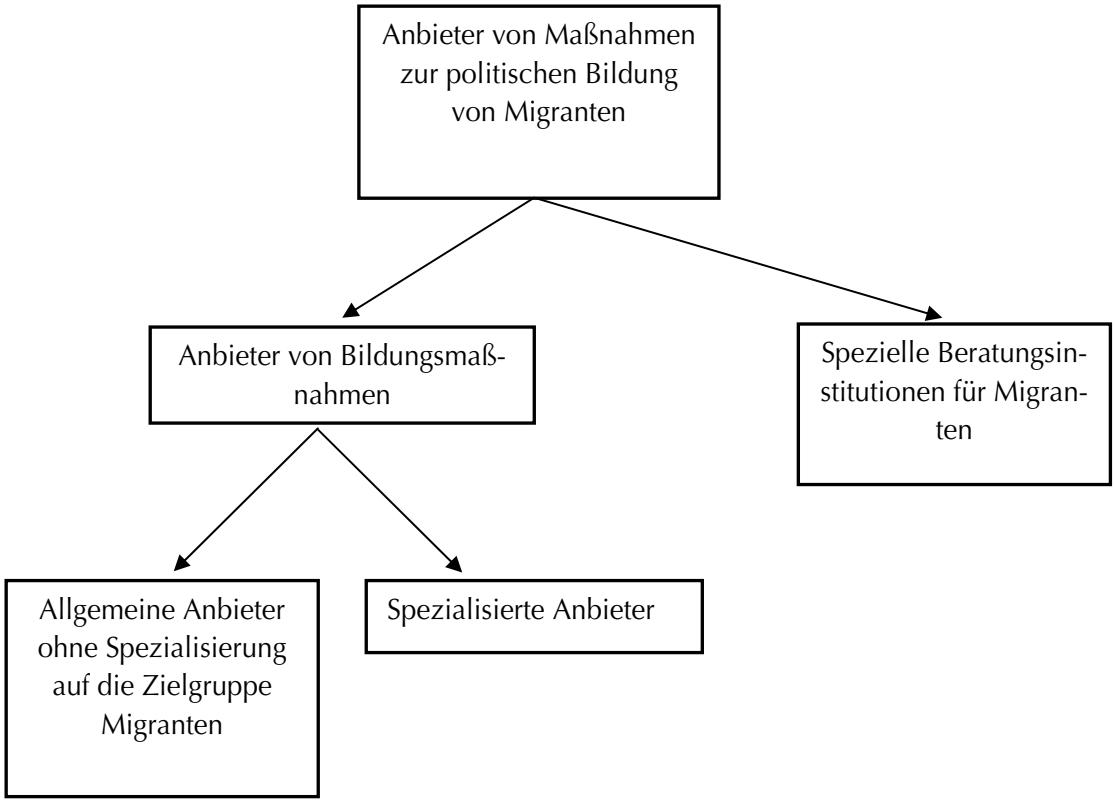
In dem insgesamt relativ kleinen, jedoch sehr heterogenen Feld von Anbietern von Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten, konnten folgende **Typen von Anbietern** identifiziert werden, die aufgrund ihrer langjährigen Arbeit im Bereich der politischen Bildung oder der Beratung und Betreuung von Migranten, über umfangreiche Erfahrungen verfügen:

[18] Es sei jedoch darauf verwiesen, dass es sich hierbei nicht um eine vollständige Darstellung des Gesamtangebots an Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten handelt.

[19] Vgl. hierzu auch die Anmerkungen zur Definitionsproblematik unter Punkt 2.

© efms 2006

Übersicht 3: Typen von Anbietern von Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten



Die Expertise wird in den nachfolgenden Kapiteln zunächst die ausgewählten Konzepte und Projekte gegliedert nach diesen drei Typen von Trägern vorstellen. Diese nach Trägern gegliederte Darstellung des Erwachsenbildungsmarktes im Bereich politische Bildung ist für den ersten Teil der Expertise aufgrund ihrer intuitiv leichten Zugänglichkeit überaus sinnvoll, da sich hierin die jeweiligen Gesamtkonzepte einzelner Träger am besten offenbaren. Dadurch lässt sich ein erster systematischen Überblick über Programme oder Kurse solcher Anbieter und eine Basis zur Identifizierung von Good-practice-Beispielen generieren. In Anschluss daran wird eine Differenzierung der vorgestellten Konzepte und Projekte nach Zielgruppen und Maßnahmen vorgenommen. Diese Einteilung ist für die Identifizierung zielgruppengeeigneter Angebote unabdingbar.

Neben den von Trägern organisierten und veranstalteten Angeboten, gibt es auch **Selbstlernkonzepte** im Bereich der politischen Bildung von Migranten. Speziell für Migranten konzipierte Selbstlernkonzepte treten jedoch derzeit nur vereinzelt auf.[20] Zudem liegen für

[20] Beispiele für Selbstlernkonzepte finden sich in Broschüren zu den staatlich geförderten Orientierungskursen, die sich teilweise nicht nur an Lehrende wenden, sondern auch zum Selbststudium geeignet sind (vgl. Klett-Verlag (Hrsg.) 2006, sowie Kaufmann/Rohrmann/Szablewski-Cavus, 2005 und Schote 2006. Auch das im Rahmen des Integrationsprojekts der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg „i-punkt“ (vgl. hierzu Punkt 3.2.3.3) entwickelte umfangreiche Kursbuch „miteinander leben“ liefert Unterrichtsmaterialien, die nicht nur für den Gebrauch im Rahmen von Orientierungskursen konzipiert wurden, sondern sich auch explizit an Selbstlerner wenden (vgl. Feil/Hesse 2006).

© efms 2006

diesen Bereich des Selbstlernens kaum verlässliche Daten vor. So kann zur empirischen Erfassung von Reichweite und Strukturen des Selbstlernens nur auf Ergebnisse des Berichtssystems Weiterbildung verwiesen werden. Demnach beteiligten sich 2003 Deutsche häufiger am Selbstlernen als Ausländer (36% vs. 25%) (Kuwan 2005, 202).

3.1. Allgemeine Anbieter von politischen Bildungsmaßnahmen

Zu den Anbietern, die ganz allgemein Maßnahmen zur politischen Bildung durchführen und sich dabei **auch an die Zielgruppe der Migranten** richten bzw. für diese gesonderte Angebote vorweisen, zählen beispielsweise etablierte Träger, wie die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) oder auch die weit verbreiteten Volkshochschulen. Ebenso gibt es in diesem Bereich Träger, wie die Akademie für politische Bildung in Tutzing, die zwar kaum Maßnahmen anbieten, die sich direkt und explizit an die Zielgruppe der Migranten richten, aber sich dennoch intensiv mit der Thematik beschäftigen und diesbezüglich Tagungen und Workshops anbieten.[21] Solche Veranstaltungen, die zwar Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten thematisieren, sich dabei jedoch nicht primär an Migranten richten, werden im Weiteren nicht näher fokussiert, da dies den Rahmen der Expertise sprengen würde.

3.1.1. Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten an kommunalen Volkshochschulen

Volkshochschulen gehören zu den Anbietern, die sich schon seit vielen Jahren im Umfeld der Weiterbildung von Migranten engagieren und umfangreiche Erfahrungen in der Integrationsarbeit vorweisen. Sie sind ihrem **Selbstverständnis** nach prinzipiell für alle Teilnehmergruppen offen und haben extrem niedrigschwellige Zugangsvoraussetzungen, da sie im Vergleich zu anderen Weiterbildungseinrichtungen keine konfessionellen Zugangsschranken, Erwartungen bestimmter Vorkenntnissen oder hohe Gebühren beinhalten. Sie sind daher im Allgemeinen auch für die meisten Zuwanderer interessant. (Steuten 2002: 138) Auch aus dem Positionspapier des Deutschen Volkshochschul-Verbandes zum Integrationsgipfel am 14.07.2006 geht hervor, dass sich Volkshochschulen zur Vermittlung von gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen und Werten auch mit Blick auf integrationspolitische Belange als besonders geeignet ansehen: „Volkshochschulen sind aufgrund ihrer kommunalen Einbindung unverzichtbare Akutere in der Integrationsarbeit. Sie verstehen sich als Foren

---

Neben diesen für das Selbststudium angedachten Materialien gibt es selbstverständlich auch zahlreiche Print- und Onlineprodukte zu Themen der politischen Bildung, die sich nicht explizit an Personen mit

Migrationshintergrund wenden, von diesen jedoch dennoch genutzt werden können (vgl. hierzu unter anderem das Publikationsangebot der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung).

[21] Beispielsweise organisierte die Akademie für politische Bildung Tutzing im Februar 2006 eine Tagung mit dem Titel „Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“, die sich mit den Möglichkeiten, Chancen und Grenzen politischer Bildungsarbeit mit und für Migranten beschäftigte (vgl. http://www.apb-tutzing.de/veranstaltungen/20061/6-2/index.php?content=text).

© efms 2006

für die Begegnung und den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Darüber hinaus eröffnen sie Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu einem breiten Angebot der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung und erhöhen deren Weiterbildungsbeteiligung. Und schließlich leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur kommunalen Vernetzung aller in der Integration tätigen Organisationen, insbesondere auch der Migrantenselbstorganisationen."

Gegenwärtig werden mit steigender Tendenz **Angebote explizit an spezifische Zielgruppen wie „Migranten" oder „ausländische Mitbürger" adressiert.** Nach Steuten spielen dabei häufig implizite Vorstellungen von der anvisierten Adressatengruppe eine Rolle, welche „weder der Heterogenität dieser ‚Zielgruppe' noch ihren Lebenswelten in der hiesigen Gesellschaft angemessen sind" (2002: 138). Im Jahr 2003 waren Ausländer mit 28,4% die drittgrößte Gruppe unter den besonderen Adressatengruppen. Bei den Kursen handelte es sich zu nahezu 96% um Sprachkurse. Nur 1,3% der Kurse mit der Zielgruppe der Ausländer entfiel 2003 auf den **Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt"**, der auch Angebote zur politischen Bildung beinhaltet (Pehl/Reitz 2004: 7ff.). Dennoch betonen die Volkshochschulen die Bedeutung der politischen Wissensvermittlung für Migranten. So sind nach dem „Qualitätskonzept Integration" der deutschen Volkshochschulen für eine dauerhafte Integration - neben der Klärung von Fragen der unmittelbaren Lebensbewältigung - auch Kenntnisse über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse (Geschichte und (Kultur-)Geografie des BRD, Aufbau des parlamentarischen Systems, Partizipationsmöglichkeiten, Stellung in der Europäischen Union, Migrationsprozess, etc.) ebenso wie Wissen über rechtliche Normen (Pflichten und Rechte der Staatsbürger, Arbeitsrecht) unabdingbar. Hinzu kommen die Kenntnis kultureller Leistungen und das Bewusstsein bzw. die Sicherheit sich mit den eigenen Fähigkeiten, Kenntnissen und Erfahrungen in kulturelle und politische Abläufe einbringen zu können. (Deutscher Volkshochschulverband e.V. 2002: 5ff.)

Mit einem Anteil von 30 % waren die 1000 Volkshochschulen in Deutschland 2005 Hauptanbieter der **Integrationskurse** (Deutscher Volkshochschulverband e.V. 2006: 1). Neben diesen Kursen bieten sie jedoch noch eine Reihe weiterer **Programme für Migranten** an. Als Grundlage dieser Angebote fungieren hierbei die Prinzipien der Differenzierung, der interkulturellen Kompetenz und der Alltagsnähe (Deutscher Volkshochschulverband e.V. 2002: 6f.) Im Folgenden werden einige Konzepte aus dem Bereich politische Bildung kurz vorgestellt.[22]

Seit über zehn Jahren wird an ausgewählten Volkshochschulen das vom Bundesministerium des Inneren über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderte **Projekt Ost-West-Integration (OWI)** in einem rotierenden Verfahren durchgeführt (vgl. http://www.owi-projekt.de). Das Projekt wendet sich primär an zugewanderte Familien aus der ehemaligen Sowjetunion und dem Osten Europas, um deren gesellschaftliche Integration zu unterstüt-

[22] Eine Übersicht über die Integrationskonzepte der VHS aufgeschlüsselt nach Ort der Volkshochschulen und Projekttitel ist auf der Website des DVV als Word-Dokument über den Link http://dvv.vhs-bildungsnetz.de/servlet/is/Entry.4061.Display/ verfügbar <04.10.2006>.

© efms 2006

zen. OWI versteht sich dabei als eine wichtige Ergänzung zu den staatlich geförderten Deutschsprach- und Orientierungskursen (Integrationskursen). Es soll einen Beitrag zur Weiterentwicklung politischer Bildung *für* und *mit* Migranten leisten. Die Projektarbeit findet lokal und regional an verschiedenen Volkshochschulen jeweils über einen Zeitraum von drei Jahren statt. Seit 1992 führten bzw. führen über 50 Volkshochschulen OWI-Projekte durch. Die Angebote richten sich dabei an Zuwanderer mit dauerhafter Bleibeabsicht, welche sich mit Kultur und Anforderungen in ihrer neuen Heimtat auseinandersetzen möchten, sowie auch an interessierte Einheimische. Neben den konkreten lokalen Veranstaltungen werden auch überregional Medien zur Öffentlichkeitsarbeit erstellt, um die Akzeptanz von Migranten in der einheimischen Bevölkerung zu steigern.

Inhaltlich behandeln die Aktivitäten für Zuwanderer alltägliches Orientierungswissen wie praxisbezogene Informationen über Behörden, Geldangelegenheiten, Schule, Beruf, Arbeitswelt, gesundheitliche Präventionsmaßnahmen, etc. Diese Inhalte werden auch in themenorientierten Gesprächskreisen erarbeitet. Ferner wird landeskundliches Wissen einschließlich Staatsbürgerkunde, Geschichte, Kultur, Sitten und Gebräuche vermittelt und anhand von Exkursionen vertieft. Um eine nachhaltige Integrationsarbeit zu sichern, werden auch der Aufbau von kommunalen Netzwerken unterstützt und Kooperationen mit verschiedenen Institutionen angestrebt. Zudem werden Formen von ehrenamtlicher Betätigung und gesellschaftlicher Partizipation beispielsweise durch eine Unterstützung bei Vereinsgründungen gefördert. Dadurch soll auch das Selbsthilfepotential der Migranten nachhaltig gestärkt werden.

Nach Angaben der Projektkoordination Ost-West-Integration an der VHS Lippe West wurden mit diesem Konzept jährlich rund 50000 Teilnehmer in etwa 12000 Unterrichtsstunden erreicht. Hinzu kommen durch offene Veranstaltungen in Schulen noch etwa 10000 weitere Teilnehmer. Zu den Projekterfolgen zählen dabei subjektiv wahrgenommene Verbesserungen der individuellen Integration sowie Vereinsgründungen und die Initiierung kommunaler Netzwerke für Integration.

Eine konkrete Gesamtbeurteilung der Zielerreichung eines **regionalen OWI-Projekts** liegt beispielsweise für die Stadt Hamburg vor. [23]

In **Hamburg** wurde das OWI Projekt zwischen 04/2002 und 03/2005 im Stadtteil Lohbrügge durchgeführt.[24] Das Modellprojekt sollte dabei Migranten, unter besonderer Berücksichti-

---

[23]Die folgenden Angaben basieren auf den Aussagen von Christoph Napp, dem damaligen Projektleiters des Hamburger OWI-Projekts (Experteninterview vom 09.11.2006). Einige Ergebnisse können auch der von Napp verfassten Publikation zur Beurteilung des Gesamtprojekts entnommen werden (vgl. http://dvv.vhs-bildungsnetz.de/servlet/is/26782/Ausl%E4nder%20und%20Aussiedler%20Integration_Politische%20 Partizipation%20Gesamtbeurteilung.pdf?command=downloadContent&filename=Ausl%E4nder%20und %20Aussiedler%20Integration_Politische%20Partizipation%20Gesamtbeurteilung.pdf). Weitere Informationen entstammen den Dokumenten http://www.vhs-hamburg.de/news/documents/vhs0203-18.pdf und http://www.iiz-dvv.de/deutsch/aktuelles/erfurtliteratur/OWIHamburg.htm <01.11.2006>.

[24] Zuvor wurde zwischen 1998 und 2001 im Hamburger Stadtteil Neuallermöhe ein ähnlich gelagertes Projekt, das sich ausschließlich an Aussiedler richtete, durchgeführt. Im Gegensatz dazu fand mit dem OWI-Projekt zwischen 2002 und 2005 eine Öffnung für Personen mit anderem Migrationshintergrund statt.

© efms 2006

gung der Aussiedler, ansprechen und dabei die Heranführung der Zuwanderer an politische Partizipation modellhaft erproben. Dabei wurden verschiedene Veranstaltungsformen ausprobiert.

Unter den im Rahmen von OWI durchgeführten Aktivitäten gab es einerseits sehr einfache, niedrigschwellige Angebote und so genannte nonverbale Aktivitäten im künstlerischen und kreativen Bereich, die primär auf die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft und damit auf interkulturelle Verständigung abzielten.

Daneben wurden vor allem lernungewohnte Migranten über Gesprächskreise gewonnen, die inhaltlich Sprachförderung mit für Migranten bedeutsamen Alltagsthemen verknüpften. Dabei wurden Gesprächskreise und Angebote teilweise für bestimmte Gruppen konzipiert (z.B. türkisches Frauencafe) und unter Einsatz von Dozenten aus den Herkunftsländern durchgeführt.[25] Diese Dozenten eigneten sich in besonderer Weise auch für Werbung für Veranstaltungen auf informeller Ebene (z.B. über Mundpropaganda). Ziel solcher Veranstaltungen, die teilweise auch in der Herkunftssprache der Teilnehmer durchgeführt wurden, war es jedoch immer, Teilnehmer auch für interkulturelle Begegnungen und übergreifende Veranstaltungen zu motivieren. Im Rahmen solcher Gesprächskreise, die sich nicht hauptsächlich mit politischer Bildung beschäftigten, wurden aktuelle politische Themen dennoch aufgegriffen (z.B. Was wird gerade im Bundestag oder in der Hamburgischen Bürgerschaft behandelt?) und auf einfachem Niveau besprochen. Zudem wurden Teilnehmer mit Sonderthemen wie Europawahl teilweise überraschend konfrontiert. Dabei ging aus Gesprächskreisen und zahlreichen anderen Veranstaltung hervor, dass die Teilnehmer mit Migrationshintergrund ein großes Interesse an politischen Themen haben und sich gerne damit auseinandersetzen, wenn sie auch nicht zu einer rein bildungspolitischen Veranstaltung kommen würden.

Solche primär der bildungspolitischen Wissensvermittlung gewidmeten Veranstaltungen gab es jedoch auch. Beispielsweise wurde das im Rahmen von OWI durchgeführte monatliche Seminar „Die deutsche Demokratie“ eingerichtet, an dem vorwiegend bereits länger im Land lebende Russlanddeutsche und jüdische Kontingentflüchtlinge teilnahmen. Darin wurden die Themen Grundformen der Demokratie, Aufgaben von Hamburger Bürgerschaft und Senat sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten und aktuelle politische Themen behandelt. Die Teilnehmer nahmen brachten sich sehr aktiv in die im Seminar angeregten Dabei lagen oftmals sehr kontroverse Meinungen vor, was zu Streitereien zwischen Russlanddeutschen und jüdischen Migranten führte. Das Seminar kam insgesamt aber so gut an, dass es nach dem Auslaufen der Förderung in Kooperation mit einem lokalen Migrantenverein weiterhin durchgeführt wurde.

Christoph Napp war auch bei dem ersten Projekt bereits für die Leitung zuständig. Seine Aussagen basieren daher auf den gesammelten Erfahrungen aus beiden Projekten.

[25] Ursprünglich gab es keine formale Festlegung auf diese enge Zielgruppe der türkischen Migrantinnen. Aufgrund des türkischen Migrationshintergrunds der Kursleiterin fühlten sich jedoch primär türkische Frauen angesprochen.

© efms 2006

Des Weiteren stießen Veranstaltungen zu speziellen politischen Themen wie Bundestagswahl, Bürgerschaftswahl, Volksentscheide etc. und auch Exkursionen im lokalen Umfeld (z.B. Besuch von Polizeistationen) auf gute Resonanz. Solche Veranstaltungen zu besonderen Anlässen werden in veränderter Form auch zukünftig –teilweise in Kooperation mit anderen Trägern und Migrantenselbstorganisationen - noch stattfinden.[26] Besonders beliebt waren auch Möglichkeiten mit Vertretern von Politikern direkt ins Gespräch zu kommen.

Ferner gab es Projekte mit Migranten zur Auseinandersetzung mit Migrationsgeschichte in Deutschland und einer entsprechenden Dokumentation zum Beispiel in Form von Ausstellungen. Die im Hamburger OWI-Projekt gewonnenen Erfahrungen und daraus ableitbaren Empfehlungen werden im Punkt 4.4 noch näher erläutert.

Auch die **KVHS Weimarer Land** (vgl. http://www.kvhs-weimarerland.de/) führt derzeit OWI durch (Laufzeit: 01.09.2005 – 31.07.2008). Dabei hat die KVHS Weimar bereits vor Anlaufen dieses Projekts zahlreiche Erfahrungen in der Arbeit mit Migranten - unter anderem auch im Rahmen von Projekten zur politischen Bildung - sammeln können. Als Orientierungshilfe für Flüchtlinge wurde unter anderem eine Seminarreihe zu den Grundprinzipien der demokratischen Strukturen der BRD angeboten, bei der als Referenten neben den Dozenten für die deutsche Sprache auch Vertreter verschiedener Organisationen und Einrichtungen fungierten.

Neben den OWI-Projekten wurden an einigen Volkshochschulen auch Modellprojekte zur **Erprobung von Orientierungskursen** durchgeführt.

Zudem ist im Bereich der Volkshochschulen auch eine zunehmende Verschränkung von Elementen der politischen Bildung mit sprachvermittelnden Modulen feststellbar. So beinhalten beispielsweise die Sprachkurse „Deutsch als Fremdsprache“ bzw. „Deutsch für Aussiedler“ an der Volkshochschule des Vogtlandkreises auch ein Kennenlernen des soziokulturellen Umfelds sowie landeskundliche und politische Bildung.

Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass an verschiedenen Volkshochschulen unterschiedlichste Maßnahmen von politischer Bildung angeboten werden. **Neben rein bildungspolitischen Seminaren gibt es auch niedrigschwelligere Formen, die sich an alltagspraktischen Themen orientieren und teilweise mit sprachvermittelnden Modulen kombiniert angeboten werden.**

3.1.2. Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten seitens Bildungseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft

Kirchliche Erwachsenenbildungsträger bieten schwerpunktmäßig meist allgemeine Weiterbildungsveranstaltungen an, worunter sich oftmals auch Angebote zur politischen Bildung finden. Betrachtet man die Trägerstrukturen in der allgemeinen Weiterbildung in Deutsch-

[26] Allerdings sind nach Aussage von Christoph Napp rund 90% der im Rahmen von OWI initiierten Aktivitäten aus finanziellen Gründen ersatzlos weggefallen.

© efms 2006

land, so geht daraus hervor, dass nur etwa 5% der Teilnahmefälle auf in kirchlicher Trägerschaft befindliche Einrichtungen entfallen (von Hippel/Tippelt 2004:163ff.). Die niedrige Beteiligung ist nach einer bundesweiten Studie einerseits auf den niedrigen Bekanntheitsgrad dieser Angebote zurückzuführen. Gerade im Gegensatz zu dem milieuübergreifend hohen Bekanntheitsgrad der Volkshochschulen, sind die wenigsten über Angebote kirchlicher Träger informiert. Zudem stellen viele „die Neutralität der Angebote in Frage und befürchten eine zu enge Verknüpfung von Bildungsangebot und religiöser Lehre" (von Hippel/Tippelt 2004:165.). Gerade für Neuzugezogne mit Migrationshintergrund dürften diese beiden Gründe in besonderem Maße zutreffen.

Dennoch finden sich auch in den Reihen kirchlicher Anbieter Veranstaltungen, die sich explizit an Migranten richten. So initiierte die 1952 gegründete **Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB)** (vgl. www.aksb.de)[27] in Kooperation mit der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Jugendsozialarbeit erst kürzlich das Projekt „Soziale und politische Bildung mit jungen Migrantinnen und Migranten (PJM)".[28] Das Projekt zielt dabei auf eine dauerhafte Vernetzung von Bildungsangeboten in diesem Bereich mit dem lokalen Umfeld ab. Langfristig sollen die Integrationschancen junger Migranten verbessert und Chancengleichheit sowie Partizipation in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens erhöht werden. Die Ergebnisse des Projekts stehen noch aus.

Daneben gibt es einige Einzelangebote und Seminare für die Zielgruppe der Migranten. So gehören beispielsweise die Kolping Bildungswerke zu den Anbietern der staatlich geförderten Orientierungskurse.

Veranstaltungen in Seminarform werden auch von **Trägern der evangelischen Erwachsenenbildung** angeboten. Beispielsweise offeriert die Evangelische Erwachsenbildung Niedersachsen Kurse unter den Titel „soziale und politische Integrationsangebote für Migrantinnen", in denen frauenspezifischen Fördermöglichkeiten und Chancen erörtert werden.

Insgesamt scheinen sich Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft in den letzten Jahren verstärkt, jedoch insgesamt noch etwas weniger als andere Träger der allgemeinen Erwachsenenbildung, mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Beteiligung von Migranten an Angeboten dieser Anbieter lässt sich kaum einschätzen.

3.1.3. Maßnahmen von Anbietern mit gewerkschaftlichem Bezug

Neben reinen Maßnahmen zur politischen Bildung gibt es auch zahlreiche Aktivitäten, die sich im Schnittfeld zur beruflichen Bildung bewegen und sich explizit an Migranten richten. Zu den Trägern in diesem Bereich gehört beispielsweise das DGB Bildungswerk oder auch

[27] Zu den Mitgliedsinstitutionen des AKSB zählt auch das Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen Heimvolkshochschule St. Hedwigshaus e.V., welches zahlreiche Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten offeriert. Da der Schwerpunkt des Instituts jedoch überwiegend auf der Arbeit mit Migranten und Aussiedler liegt, wird es erst im nächsten Kapitel der Expertise vorgestellt.

[28] Nähere Projektinformation unter. http://www.aksb.de/imtrend/index.php?mod=themen&Projekt=25).

© efms 2006

die vom Deutschen Gewerkschaftsbund und den Volkshochschulen getragene Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben, welche sich als Einrichtung der politischen Jugend- und Erwachsenbildung versteht und unter anderem auch explizit Migranten adressiert.

Das **DBG Bildungswerk** bietet neben Seminaren zur beruflichen Weiterbildung von Migranten auch Veranstaltungen als Hilfestellung zur Migrantenselbstorganisation an. Diese Angebote richten sich vorrangig an aktive Mitglieder von Migrantenvereinen sowie Ausländer- und Integrationsbeiräten. Beispielsweise wird im November 2006 ein Seminar mit dem Titel „Professionalisierung von Migrantenselbstorganisationen: Stärkung der Weiterbildungsbeteiligung von Migranten“ durchgeführt, bei dem die allgemeinen Wesenselemente einer Organisation vorgestellt und die konkrete Gesamtsituation der jeweiligen Vereine analysiert wird. Gemeinsam werden dann Lösungswege und Veränderungsansätze erarbeitet.

Neben der Unterstützung der Migrantenselbstorganisation bietet das DGB Bildungswerk auch Informationsveranstaltungen für Migranten zu bestimmten sozialpolitischen Themen an. Beispielsweise informiert die Veranstaltung „Hartz 4 & Co: Konsequenzen für Menschen mit ausländischem Pass“ über die Implikationen der Reformierung des Arbeitsmarktes, der Dienstleistungen der Arbeitsverwaltung und des Umbaus der sozialen Fürsorgesysteme. Auch solche Informationen sind wichtiger Bestandteil und Voraussetzung für eine erfolgreiche soziale und politische Teilhabe.

Darüber hinaus beteiligt sich der DGB aktiv an der Diskussion um die Ausgestaltung zukünftiger integrationspolitischer Maßnahmen wie den staatlich geförderten Orientierungskursen. So legten Mitglieder des Geschäftsführenden DGB Bundesvorstandes das Diskussionspapier „Curriculum Orientierungskurse" (vgl. http://www.prointegration.org/pdf/curriculum_orientierungskurs.pdf) vor, das vom Bereich Migration und Qualifizierung des DGB Bildungswerkes mit Unterstützung gewerkschaftlicher Migrationsexperten entwickelt wurde. Dieses Diskussionspapier liefert potenziellen Trägern Anregungen für die Gestaltung und Durchführung von praxisorientierten und an den Bedürfnissen und Potenzialen der Migranten ausgerichteten Orientierungskursen. Es umfasst Hinweise zum methodisch-didaktischen Vorgehen und wesentliche Lerninhalte. Dabei werden diese Vorgaben beispielhaft an drei Gestaltungsvarianten konkretisiert. In der Praxis kam dieses Konzept jedoch bislang nicht zur Anwendung.

Auch die vom DGB mitgetragene **Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben** bietet einige Veranstaltungen für Migranten und vereinzelt Maßnahmen im Bereich politische Bildung an. Ein Beispiel hierfür ist das zwischen 2002 und 2004 in Kooperation mit dem AKSB und der evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung durchgeführte Projekt „Demokratie, Kultur und Religion“ (vgl. http://www.dekurel.de). Inhaltlich fokussierte sich dieses Projekt zur Qualifizierung politischer Bildung – ebenso wie einige andere Projekte von Arbeit und Leben – auf den Aspekt der interkulturellen Verständigung.

Ein weiteres Angebot, das ebenfalls den Austausch von Erfahrungen – hier jedoch auf lokaler Ebene - fokussiert, ist das von Arbeit und Leben Sachsen für Spätaussiedler für Oktober 2006 konzipierte Seminar „Zu Hause in Dresden – angekommen in der Heimat?“ (vgl.

© efms 2006

http://www.arbeitundleben_sachsen.de). Im Rahmen dieses Seminars werden Spätaussiedler ihre Erfahrungen über Chancen und Herausforderungen im Integrationsprozess austauschen und diese mit Vertretern des öffentlichen Lebens der Stadt Dresden diskutieren. Bei diesem Thema werden Referenten mit eigenem Migrationshintergrund eingesetzt werden.

3.2. Auf Migranten spezialisierte Erwachsenenbildungseinrichtungen und Modellprojekte

Zu den spezialisierten Anbietern von Bildungsmaßnahmen für Migranten gehören z.B. Begegnungszentren, wie das internationale Begegnungszentrum Friedenshaus in Bielefeld, aber auch spezielle Modellprojekte, wie z.B. solche für Integrationskurse. Diese Modellprojekte zeichnen sich in der Regel dadurch aus, dass sie besonders gut evaluiert wurden und nützliche Anregungen für die Gestaltung und Durchführung von bildungspolitischen Veranstaltungen für Migranten beinhalten.

3.2.1. Politische Bildung für Aussiedler und Migranten am Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen Heimvolkshochschule St. Hedwigshaus e.V.

Das Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen Heimvolkshochschule St. Hedwigshaus e.V. (HVHS) in Oerlinghausen kann auf Erfahrungen aus über 50 Jahren praktischen Weiterbildungswissens zurückgreifen.[29] Bis in die siebziger Jahre lag der Schwerpunkt der Arbeit des Vereins in der Unterstützung von Flüchtlingen, Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern aus den Ländern Mitteleuropas, insbesondere aus Polen/Oberschlesien und Rumänien. Seit Ende der achtziger Jahre fokussiert sich die Arbeit auf die nun verstärkt aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion kommenden Aussiedler bzw. Neubürgerinnen und Neubürger. Inhaltlich konzentriert sich die Arbeit auf lebenslanges Lernen in den Bereichen der politischen, sozialen und kulturellen Erziehung.

Die entsprechenden Projekte laufen methodisch als Seminare, runde Tische, Trainings, Zukunftswerkstätten und ästhetische Werkstätten. Es finden sich in den Programmheften des Instituts beispielsweise folgende Seminarthemen:[30]

- Partizipation in der Kommune
- Demokratie lernen
- Europa kennen lernen
- Beheimatung: Integration fördern – Zuwanderung gestalten

[29] Die allgemeinen Informationen zur HVHS wurden der Website des Vereins (vgl. http://www.st-hedwigshaus.de/index.html) entnommen. Des Weiteren basieren Angaben auf den Aussagen des Direktors der HVHS Herrn Dr. Müller (Experteninterview vom 08.11.2006).

[30] Als langjähriger Partner der Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung orientiert sich die HVHS in der Themenfestlegung des Programmangebots an den Rahmenthemen ihrer Geldgeber. Die Themen weisen mehrheitlich einen praktischen Lebensbezug zur anvisierten Zielgruppe auf und sind in der Regel nicht hochtheoretisch konzipiert. In den Seminaren können die Teilnehmer Einfluss auf die Auswahl und Behandlung von konkreten Themen nehmen.

© efms 2006

- Soziale Strukturen und Gesetze
- Dialog zwischen den Kulturen und Religionen
- Ehrenamtliche Arbeit auf kommunaler Ebene
- Deutschland – neue Heimat?
- Integration durch interkulturelle Kompetenz
- Die neue Arbeitswelt als Herausforderung für Zugewanderte

Dabei richtet sich ein Teil des Gesamtprogramms explizit an die Zielgruppe der Aussiedler und Migranten, wohingegen ein weiter Teil sich allgemein an alle Interessierten wendet. Weiterhin sind spezielle Angebote für jugendliche Migranten und Aussiedler getrennt ausgewiesen. Nahezu alle Seminare stehen jedoch sowohl Aussiedlern als auch allen anderen Interessierten offen.

Unter Berücksichtigung der Sprachkenntnisse der Teilnehmer werden einige Kurse auch in russischer Sprache oder als bilingual gestaltetes Angebot mit Hilfe von Kursteilnehmern mit Migrationshintergrund durchgeführt. Bei Teilnehmern mit geringen Deutschkenntnissen wird ein anderer didaktischer Zugang mit mehr nonverbalen Elementen gewählt. Allgemein orientiert sich das Kursniveau an den Vorkenntnissen der Teilnehmer.

Nach Angaben des Instituts werden pro Jahr ungefähr 130 Seminare mit ca. 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Diese dauern zwischen zwei und fünf Tage.

Die Lernziele und didaktische Ziele der politischen Bildungsveranstaltung wie beispielsweise der Veranstaltung mit dem Titel „Demokratiekompetenz erwerben“ oder auch „Neubürger in unserem Land – Werte und Orientierungen“ bestehen oftmals darin, „den zugewanderten Neubürgern/innen politische Kompetenzen zu vermitteln, die eine Teilhabe am politischen Leben im kommunalen Umfeld erleichtern. Sie sollen erkennen, inwiefern die aktive Teilnahme an gesellschaftlich-politischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene notwendige Voraussetzung zur Fortgestaltung der Demokratie ist und auch zu einem positiven Verlauf der eigenen Biographie beitragen kann. Gleichzeitig soll ihnen Mut gemacht werden [die] erreichten Ziele und Erfolge zu sehen und darzustellen“. Die Veranstaltung „Netzwerke in Migrantenmilieus“ zielt laut Programmbeschreibung darüber hinaus nicht nur auf eine Wissensvermittlung über Grundsätze der kommunalen Verwaltungs- und Kommunikationsstrukturen ab, sondern soll auch zu einer Analyse und persönlichen Strategienetwicklung der eigenen Partizipation anregen. In zahlreichen Seminaren soll Neubürgern zudem Hilfestellungen zur Reflektion und gesellschaftlichen Selbstpositionierung gegeben werden, um anschließend eine Kontrastierung von Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung zu ermöglichen. Die aktive Teilnahme am Seminar wird dabei bereits als Vorstufe zur Partizipation im Sinne einer Befähigung zur Intervention und Bereitschaft der aktiven Beteiligung in Gruppen gesehen.

Im Rahmen der angebotenen Projekte soll somit nicht nur reines Faktenwissen vermittelt werden, sondern durch gemeinsames Leben, gemeinsames Arbeiten, Lernen, Essen und das über möglichst längere Zeiträume, ideale Voraussetzungen für vielfältige Erfolgserlebnisse für alle Beteiligten geschaffen und zur Versöhnung sowie zu guten Beziehungen mit anderen Ländern - insbesondere mit Polen - beigetragen werden. Daher sind die meisten Veranstal-

© efms 2006

tungen auch in Form von Tagungen mit Unterkunft, Verpflegung und Bildungsanteil, die zu kostengünstigen Konditionen angeboten werden, konzipiert.

Einige Angebote richten sich zudem auch explizit an Multiplikatoren und so genannte „Brückenmenschen“ mit Migrationshintergrund, die auch anderen behilflich sein wollen, eine neue Heimat zu finden und sich selbst in dieser zu verorten. Solche Angebote, die sich thematisch mit Themenkomplexen wie beispielsweise Motivation zum Engagement, Förderung der bürgerschaftlichen Beteiligung in der Bundesrepublik oder Zusammenleben der Kulturen beschäftigen, finden sich vorrangig im Rahmen des seit 2002 durchgeführten Projekts „Beheimatung. Integration fördern – Zuwanderung gestalten“.

Somit lässt sich insgesamt festhalten, dass der Verein nicht nur zahlreiche Angebote zur faktischen Wissensvermittlung im Bereich politische Bildung von Migranten anbietet und durchführt, sondern auch durch partizipatorisch ausgerichtete methodische Ausgestaltung und aktivierende didaktische Herangehensweise zu einer konkreten Umsetzung der gelernten Inhalte anregt.

3.2.2. Die politische Bildungsarbeit des Internationalen Begegnungszentrums Friedenshaus in Bielefeld

Das Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus (IBZ)[31] versteht sich als politisches und soziokulturelles Zentrum im Bereich der Migrationsarbeit, das einerseits eigene politische Forderungen nach außen hin vertritt und andererseits auch soziale Unterstützungsangebote zur Kompensation von migrationsbedingten Ungleichgewichten offeriert. Dabei lassen sich die über der alltäglichen Arbeit liegenden Ziele des eingetragenen Vereins mit den Kernbegriffen Völkerverständigung, Toleranz und friedliches Zusammenleben, Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Menschen verschiedener Herkunft beschreiben (vgl. Satzung). Diese Ziele sollen durch eine kontinuierliche Arbeit gegen jede Form von Rassismus, Nationalismus und Diskriminierung erreicht werden.

In diesem Zusammenhang fungiert das IBZ zum einen als Begegnungsstätte für den Austausch und die freie Interessenentfaltung von Migrantengruppen.[32] Dabei umfasst der Verein derzeit cirka 180 Mitglieder aus über 20 Nationen. Um den Austausch und die Begegnung zwischen Personen unterschiedlicher nationaler Herkunft und kultureller Zugehörigkeit zu fördern, entwickelt das IBZ auch eigene Aktivitäten und kooperiert mit anderen Organisationen.

---

[31] Die folgenden allgemeinen Informationen zum IBZ sind der Website des Vereins (vgl. http://www.ibz-bielefeld.de/pages/index.html) und dem Beitrag von Geiger (2006) entnommen. Des Weiteren basieren Angaben - vor allem in Hinblick auf das Interkulturelle Bildungswerkes Friedenshaus - auf den Aussagen von Frau Kathrin Dallwitz (Experteninterview vom 02.11.2006).

[32] Geiger (2006: 364f.) liefert eine Auflistung der derzeit im IBZ vertretenen Migrantengruppen. Er verweist darauf, dass sich einige Gruppen explizit politisch verstehen, wohingegen sich andere vorrangig der Pflege des sozialen und kulturellen Austauschs widmen.

© efms 2006

Zum anderen bietet der Verein auch vielfältige Beratungsleistungen (z.B. Migrationserstberatung) und gezielte Bildungsangebote, vor allem in den Bereichen allgemeine und politische Weiterbildung sowie Deutsch- und Integrationskurse an. Das IBZ ist dabei Träger zweier Bildungseinrichtungen, dem **Interkulturellen Bildungswerk Friedenshaus (IBF)**, welches als Einrichtung der politischen Bildung anerkannt ist, sowie ein Bildungswerk allgemeiner Weiterbildung, welches den Namen Institut für Friedenserziehung (IFF) trägt. Die Arbeit der beiden Bildungseinrichtungen ist hierbei eng mit den Zielen des IBZ verknüpft.

Das für den Bereich politische Weiterbildung zuständige IBF zählt bereits seit 1982 zu den staatlich anerkannten Weiterbildungseinrichtungen. Die Angebote des IBF werden mehrheitlich von Migranten wahrgenommen. So lag bei einer exemplarischen Auszählung des ersten Halbjahres 1999 der Migrantenanteil unter den Teilnehmenden bei 73%. Thematisch orientieren sich die vom IBZ angebotenen Kurse, Wochenendseminare und Diskussionsveranstaltungen dabei sowohl auf den Aufnahme- als auch auf den Herkunftskontext. Sie thematisieren also entweder verschiedene Facetten der Lebenssituation von Migranten in der Bundesrepublik, oder die politischen und sozialen Situationen in den Herkunftsländern hier lebender Migranten. Beispielsweise behandelte der 2005 angebotene Kurs „Zuwanderung, Rassismus und Diskriminierung“ den historischen Verlauf sowie den derzeitigen Stand der deutschen Zuwanderungspolitik. Zudem wurden Möglichkeiten von Migranten reflektiert, am gesellschaftlichen Leben aktiv zu partizipieren. Weitere aufnahmekontextbezogene Seminare behandelten 2005 vorrangig migrationsrechtliche Regelungen und diesbezügliche Implikationen oder widmeten sich der Aufbereitung der deutschen Geschichte aus Sicht von Migranten.

Die Angebote des IBF werden mehrheitlich (1999: 73%) von Migranten wahrgenommen. Es handelt es sich laut Dallwitz dabei überwiegend um schon länger in Deutschland lebende Migranten, die oftmals Mitglieder von Gruppen sind, welche bereits eine lange Tradition im Haus des IBZ haben.[33] Dabei werden heutzutage in Programmankündigungen des IBF Zielgruppen kaum explizit formuliert. Geiger (2006: 367) bemerkt hierzu: „Es hat sich gezeigt, dass die Spezifik der Themen und die Auswahl der ReferentInnen viele Veranstaltungen auch ohne explizite Zuschreibung zu Defacto-ZOS [Zielgruppenorientierte Seminare] werden lassen.“ Erstaunlich ist auch, dass neuere Angebote nicht mehr auf der Website des IBZ online publiziert werden. Dallwitz bemerkt hierzu, dass sich das Internet nicht als der richtige Werbeort erwiesen hat. Stattdessen läuft die Werbung für Angebote, in einem Zentrum in dem viele Migranten ein und aus gehen und ein Großteil der Klientel aus den Hausgemeinschaften stammt, über direkte Kontakte in den Hausgruppen und über Mundpropaganda. Daneben gibt es zwar ein gedrucktes Programmangebot, das jedoch nur eine zusätzliche Informationsquelle darstellt. Bemerkenswert ist auch, dass für die Kurse dabei keine Teilnahmegebühren erhoben werden, wenngleich eine vorhergehende Anmeldung erforderlich ist. Sie finden in der Regel in den Räumen des IBZ statt, da dieser Veranstaltungsort bei den Zielgruppen bereits etabliert ist. Allgemein sollten nach Aussagen von Geiger immer Veran-

[33] Neben bereits schon länger in der BRD ansässigen Personen mit Migrationshintergrund, kontaktieren auch neu zugezogene Migranten das IBF, beispielsweise im Rahmen der dort angebotenen Flüchtlingsberatung.

© efms 2006

staltungsorte gewählt werden, die für die Zielgruppe positiv besetzt sind, da politisch oder soziokulturell negativ besetzte Orte eine zusätzliche Hemmschwelle zur Teilnahme darstellen können.

Um **Weiterbildungsbarrieren** zu senken, verfolgt das IBF auch bewusst die Strategie, bevorzugt Referentinnen mit Migrationshintergrund einzusetzen, da diese die Zielgruppen aufgrund ihrer Bekanntheit und größeren Glaubwürdigkeit leichter erreichen. (Geiger 2006: 366f.) So hatten im Jahr 2004 82% (Zwischenstand) der Referentinnen einen Migrationshintergrund. Teilweise werden Kurse auch in der Herkunftssprache der Hauptzielgruppe gehalten (z.B. Veranstaltungsreihe „Türkische MigrantInnen in Deutschland" 2005). Nach Dallwitz trifft dies derzeit auf etwa 50% der Kurse zu. Die Kurse können jedoch prinzipiell alle in deutscher Sprache durchgeführt werden, da in der Regel ausreichende Sprachkenntnisse vorhanden sind. Wenn die Teilnehmer von Kursen jedoch alle aus einem Herkunftsland stammen, wird das Angebot oftmals in der Herkunftssprache abgehalten.

Ausschlaggebend für eine erfolgreiche Ansprache von Migranten ist nach Geiger (2006) zudem das Aufspüren von interessanten Themen. Das Interesse sei dabei nicht zwangsläufig vom Unterhaltungsgrad der Angebote, sondern vielmehr von der persönlichen Betroffenheit und einem daraus resultierenden Informations- und Bewertungsbedarf abhängig. Auch Kathrin Dallwitz verweist auf den hohen Praxisbezug der Angebote und die Anbindung an die Lebenswelt der Migranten. Bei der konkreten Auswahl von Themen kooperiert das IBZ eng mit Migrantenselbstorganisationen. Dies gewährleistet die Findung von Themen, welche die potenziellen Teilnehmer interessieren. Die dabei von den potenziellen Teilnehmern angeregten Themen orientieren sich sowohl auf den Aufnahme- als auch auf den Herkunftskontext. Diese stark an den Interessen der Teilnehmenden orientierte Themenfindung wird jedoch auch durch das Einbringen von Themen aus den Reihen des IBZ ergänzt. Gerade langfristige Kooperationen mit Migrantengruppen tragen dazu bei, Gehör und Offenheit für solche Themen zu erreichen. Insgesamt kommt jedoch laut Kathrin Dallwitz ein Großteil der Vorschläge für Angebote aus den im Haus ansässigen Gruppen bzw. werden diese Angebote mit den potenziell interessierten Gruppen diskutiert und in sehr enger Zusammenarbeit durchgeführt.

Auffällig ist bei der politischen Bildungsarbeit im IBZ die **erfolgreiche Verzahnung von politischer Wissensvermittlung und aktiver politischer Partizipation.** Das IBZ versteht „politische Bildung nicht als bloße Vermittlung historischen, gesellschaftlichen, sozioökonomischen und politischen Sachwissens, sondern als Auftakt oder Einstiegshilfe zu politischer Beteiligung und zur Artikulation politischer Interessen." (Geiger 2006: 368). Dieses Konzept bewährte sich beispielsweise im Rahmen einer zwischen 1999 und 2000 durchgeführten Veranstaltungsreihe zu Eritrea-Seminaren. Anfänglich thematisierten die Kurse die spezifische Lebenssituation junger EritreerInnen in der Bundesrepublik. Aus den diesbezüglichen Diskussionen entstand die Idee der Gründung einer Interessenvertretung für die Anliegen eritreischer Jugendlicher. Daraufhin wurde ein weiteres Seminar initiiert, in dem formale und organisatorische Aspekte der Vereinsgründung sowie mögliche Aufgabenbereiche der neu ins Leben gerufenen Initiative diskutiert wurden. Dies führte letztendlich zur Gründung eines bundesweit aktiven Jugendverbandes, dessen Aufgaben sich sowohl auf die eritreische

© efms 2006

als auch auf die deutsche Gesellschaft beziehen. Nach Geiger zeigt sich darin „dass geglückte politische Bildung über die Vermittlung von Informationen und über die Bereitstellung eines Rahmens zur individuellen Bewertung politischer Phänomene hinaus zu politisch aktiver Partizipation weiterführen kann“ (2006: 370).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das IBZ aufgrund enger Kooperationen mit Migrantengruppen sowie einer bewussten strategischen Themen-, Orts- und Referentenwahl, Erfolge sowohl in ihrer Bildungsarbeit im IBF als auch in der Verankerung der Bildungsarbeit im soziokulturellen Zentrum verbuchen konnte. Das Gesamtkonzept begünstigte somit stufenlose Übergänge von politischer Wissensvermittlung zu aktiver politischer Teilhabe.

3.2.3. Modellprojekte und Konzepte im Bereich von Orientierungskursen

Im Folgenden werden einige bereits abgeschlossene Modellprojekte zur Gestaltung der staatlich geförderten Integrationskurse dargestellt. Aus diesen teilweise sehr ausführlich evaluierten Modellprojekten, lassen sich viele Rückschlüsse auf mögliche Interessenten an politischer Bildung, aber auch hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Kurse ziehen. Darüber hinaus werden zwei Beispiele für ähnlich gelagerte Kurse im Bereich der Erwachsenbildung beschrieben, die sich an länger in Deutschland lebende Migranten mit ausreichenden Deutschkenntnissen richten.[34]

3.2.3.1. Das Modellprojekt „In Deutschland zu Hause – Politik, Geschichte und Alltagswissen für Zuwanderer und Einbürgerungswillige“

Gemeinsam mit dem Bildungszentrum Nürnberg (BZ) erarbeitete das europäische forum für migrationsstudien (efms) eine Integrationsmaßnahme für seit längerer Zeit in Deutschland lebende Migranten. Dabei handelt es sich um die konzeptionelle Entwicklung, Durchführung und Evaluation von sozialkundlichen Integrationskursen, einer Kursform, die in ihrem Inhalt und der angestrebten Zielgruppe während einer Laufzeit von Oktober 2001 bis Mai 2003 zum ersten Mal in Deutschland erprobt wurde.[35] Die Kursreihe trägt den Titel „In Deutschland zu Hause – Politik, Geschichte und Alltagswissen für Zuwanderer und Einbürgerungswillige“. Das Projekt wurde durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit und dem Bildungszentrum Nürnberg gefördert.

---

[34] Die Modellprojekte zu den Orientierungskursen in Bamberg sowie den Integrationskursen wurden bereits im Rahmen der Expertise „Gestaltung der Einbürgerungskurse, insbesondere Unterrichtszeiten und –formen“ ausführlich evaluiert und vorgestellt. Weiterführende Informationen zu den Konzepten – unter anderem auch zur didaktischen Ausgestaltung - sind demnach dieser Veröffentlichung zu entnehmen.

Einige Ergebnisse aus der Evaluierung dieser Projekte, vor allem in Hinblick auf die darin gewonnen Erfahrungen der Erreichung von Zielgruppen, werden auch unter Punkt 4.2.1 noch näher vorgestellt.

[35] Die Ausführungen in den folgenden Kapiteln basieren hauptsächlich auf den Ergebnissen der Evaluation der Kursreihe, die in einem Bericht an die Stadt Nürnberg und das Bayerische Sozialministerium umfassend dargestellt wurden.

© efms 2006

Die Teilnehmer der Kursreihe erhielten einen Überblick zu Geschichte, Kultur, Rechts- und Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland und zu den Möglichkeiten politischer Mitwirkung. Diese **Inhalte** wurden in neun Kapiteln systematisch aufbereitet:

I Deutschland und Migration

II Landeskunde (Stadtführung)

III Neuere Geschichte

IV Die Bundesrepublik Deutschland

V Rechte und Pflichten

VI Rechtsstaat

VII Sozialstaat

VIII Möglichkeiten politischer Mitwirkung

IX Das Deutsche Wahlsystem

Zudem wurde ein Termin bewusst freigehalten, um einerseits auf die Wünsche und Bedürfnisse der Teilnehmer nach bestimmten Kursinhalten einzugehen und um andererseits Inhalte aus den vorherigen Kapiteln gemeinsam mit den Teilnehmern zu wiederholen. Die Erfahrung nach zwei Kursreihen hat gezeigt, dass dieses Modell mit einem flexiblen letzten Kursabend sowohl von den Kursleitern als auch den Kursteilnehmern als nützlich bewertet wurde.

Die Teilnehmer der Kurse erhielten ein Kursskript mit den wesentlichen Inhalten der Kursreihe. Das Kursskript wurde als Begleitmaterial zum Selbststudium für die Teilnehmer erarbeitet. Die Kursreihe wurde in zwei Formen angeboten: als zehnteiliger Abendkurs und als Wochenendkurs. Insgesamt wurden während einer Laufzeit von 1,5 Jahren (Oktober 2001 – Mai 2003) acht Kurse (darunter fünf Abend- und drei Wochenendkurse) abgehalten.

Mit den Integrationskursen am Bildungszentrum wurden im Raum Nürnberg Migranten angesprochen, die schon seit längerer Zeit in Deutschland leben. Im Antrag wurde die **Zielgruppe** folgendermaßen definiert: „...Ausländerinnen und Ausländer, die über einen langjährigen und gesicherten Aufenthalt (Aufenthaltsberechtigung, unbefristete Aufenthaltserlaubnis, befristete Aufenthaltserlaubnis) verfügen, und solche, die bereits einen Einbürgerungsantrag gestellt haben“ (Auszug aus dem Angebot zur Evaluation der Kurse). Als Voraussetzung für die Teilnahme an dem Kurs wurden grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache seitens der Teilnehmer erwartet.

Gemäß Antrag wurden folgende Leitziele vorgegeben:

- Die Zielgruppe soll motiviert werden, sich mit den gesellschaftlichen und politischen System, der Kultur und der Geschichte Deutschlands auseinanderzusetzen.
- Durch den Besuch der Integrationskurse sollen Migranten Möglichkeiten zur weiteren Partizipation in der Aufnahmegesellschaft aufgezeigt werden.

© efms 2006

- Parallel zur Vermittlung von sozialkundlichem Wissen sollen die Sprachkenntnisse vertieft werden.

Das Modellprojekt „Integrationskurse“ richtete sich in der ursprünglichen Planung an die Zielgruppe der Einbürgerungskandidaten und Einbürgerungswilligen. Da die Teilnehmer für das Modellprojekt „Integrationskurse“ nicht im erwarteten Ausmaß aus den Einbürgerungsverfahren der Stadt Nürnberg rekrutiert werden konnten, musste der Kurs auch für andere in Nürnberg lebende Migrantengruppen geöffnet werden, um eine ausreichend große Teilnehmerzahl sicherzustellen. Einbürgerungsbewerber stellten aber weiterhin eine Zielgruppe der Rekrutierungsbemühungen dar. Die Zielgruppen für die Teilnahme an dem freiwilligen Kursangebot wurden folgendermaßen definiert:

1) Personen, die sich im Einbürgerungsprozess befinden,
2) Ausländer mit langjährigen und gesicherten Aufenthaltstatus, d.h. Personen mit: Aufenthaltsberechtigung, befristeter und unbefristeter Aufenthaltserlaubnis und
3) Aussiedler.

Die Kurse richten sich allgemein an erwachsene Migranten, die über grundlegende Deutschkenntnisse verfügen. Diese wurden als gegeben angesehen, wenn Teilnehmer z.B. Artikel in einer regionalen Tageszeitung lesen können.

3.2.3.2. Die Bamberger Orientierungskurse

Zwischen März 2003 und März 2004 fand in Bamberg ein Modellprojekt mit dem Titel „Bamberger Orientierungskurse – Alltagswissen, Kultur, Politik und Geschichte für Migrantinnen und Migranten“ statt.[36] Konzeption, Durchführung und Evaluation der Modellkurse übernahm die Germanistin Doris Petersen-Patsiadas M.A., durchführender Träger war der Migrationssozialdienst des Kreisverbands Bamberg der Arbeiterwohlfahrt unter der Leitung von Besaret Penzkofer. Die wissenschaftliche Betreuung des Projekts wurde von Prof. Dr. Gudrun Cyprian vom Fachbereich „Soziale Arbeit“ der Universität Bamberg übernommen. Die weitere inhaltliche Beratung fand durch die Diplom-Germanistin und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) Mitra Sharifi sowie durch Mitarbeiter des europäischen forums für migrationsstudien (efms) an der Universität Bamberg statt. Das strategische Ziel dieses Modellprojekts war es vor allem, einen Beitrag im Sinne der Schaffung einer best-practice-Plattform im Bereich der Orientierungs- und Integrationskurse für Migranten zu leisten. Konkret sollten Zuwanderern Kenntnisse der deutschen Rechtsordnung, Kultur und Geschichte vermittelt werden.

Mit dem **Kurskonzept** sollten vor allem Migranten mit einem auf Dauer ausgerichteten Aufenthaltsstatus angesprochen werden, die jedoch noch nicht lange in Bamberg lebten, aber bereits über weitergehende Deutschkenntnisse (mindestens 500 Stunden Deutschunterricht)

[36] Zu den Bamberger Orientierungskursen ist im Januar 2005 eine Dokumentation des Modellprojekts erschienen. Die Inhalte der Kapitel zu den Bamberger Orientierungskursen wurden hauptsächlich dieser Broschüre entnommen.

© efms 2006

verfügten. Daneben sollte der Kurs aber auch Personen offen stehen, die bereits längere Zeit in Bamberg lebten und Interesse am Kursthema hatten.

Mit Hilfe der Kurse sollten folgende konkrete **Ziele** erreicht werden:

- Vermittlung von Kenntnissen zu Kultur, Geschichte, Politik und Rechtsordnung Deutschlands.
- Ausbau des Orientierungswissens über die Aufnahmekommune und die Region.
- Erweiterung der sprachlichen Kompetenzen und Förderung der Selbstlernfähigkeit, Bewusstmachung und Stärkung interkultureller Kompetenzen.
- Förderung des Zugehörigkeitsgefühls gegenüber der deutschen Gesellschaft und Aktivierung zur stärkeren Teilhabe.

Es wurden drei Angebotsformen entwickelt, die sich hinsichtlich Kursort, zeitlichem Umfang und Zusatzangeboten wie Kinderbetreuung sowie ergänzenden Sprachunterrichtselementen unterschieden. Während die Kurse A und B zeitgleich mit den gleichen Inhalten stattfanden, wurde Kurs C als Fortsetzung der ersten Kursrunde mit unterschiedlichen Inhalten konzipiert.

Die Modellkurse A und B umfassten schließlich sechs **inhaltliche Module**:

- Landeskundliche Einführung: Bamberg, Bayern, Deutschland.
- Leben in Bamberg: Alltagskultur, Feste und Feiertage.
- Deutschland und die Migration.
- Bildung und Ausbildung in Deutschland.
- Stationen deutscher Geschichte.
- Politik und öffentliches Leben.

Einen wichtigen Teil der Modellkurse bildeten Exkursionen und Veranstaltungen, die den vermittelten Stoff veranschaulichen und dadurch vertiefen sollten. Zusätzlich wurden eine Stadtführung, eine Gesprächsrunde mit einer Vertreterin des Ausländerbeirates und eine feierliche Zertifikatsübergabe durchgeführt. Bei Modelkurs C handelte es sich schließlich um einen Fortsetzungskurs, in dessen Rahmen neben dem Modul „Leben in Bamberg“, das, entsprechend der Jahreszeit, mit neuen Inhalten gefüllt wurde, vier weitere Module erprobt wurden (Rechtsstaat, Massenmedien, Sozialstaat, Struktur der Arbeitswelt).

3.2.3.3. Anwendung des von der LpB Baden-Württemberg entwickelten i-Punkt-Projekts im Rahmen der Mannheimer Abendakademie

Bei den i-Punkt Informationskursen handelt es sich um sozialkundliche Kurse für Einbürgerungswillige. Mit der Maßnahme wurden Einbürgerungskandidaten angesprochen, denen

© efms 2006

der Kursbesuch vom Einwohnermeldeamt Mannheim nahe gelegt wurde[37]. Der Titel der Kurse ist in Anlehnung an das Projekt „i-Punkt“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg gewählt worden[38]. Im Rahmen des Projekts wurde für Orientierungskurse im Integrationskursprogramm eine Publikation mit dem Titel „miteinander leben“ erstellt.

Während eines Zeitraums von 1,5 Jahren wurden 8 Kursreihen am Wochenende durchgeführt. An den Kursen nahmen 20 bis 25 Teilnehmer pro Kurs teil. Die Themen wurden in jeweils drei Unterrichtseinheiten an sechs Samstagen behandelt. Die Kurskosten betrugen 60 Euro und mussten von den Teilnehmern selbst getragen werden. Im Frühjahr 2006 endeten die Kurse, da die Finanzierung auslief. Der Kurs wurde nach Angaben des Kursleiters sehr gut besucht und stetig nachgefragt. Das Einwohnermeldeamt war dabei aktiv als Vermittler tätig.

Das Kurskonzept der Mannheimer Informationskurse war bei einem Umfang von 18 Unterrichtseinheiten, auf die Beantwortung von 10 Fragen aus dem Themenbereich „Grundgesetz“ und „Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland“ ausgelegt. Es handelt sich um die folgenden 10 Fragen:

- Wie wird das politische System der Bundesrepublik Deutschland genannt?
- Wie wird die deutsche Verfassung genannt?
- Was ist ein Rechtstaat?
- Welche Aufgabe hat der „Deutsche Bundestag“?
- Wer repräsentiert die Bundesrepublik nach innen und außen?
- Welche der vier hier genannten Staatsformen würden Sie als demokratisch bezeichnen? (bitte ankreuzen); Antwortmöglichkeiten: (1) Sozialistische Volksrepublik, (2) Parteiliche Diktatur, (3) Absolute Militärdiktatur, (4) Rechtsstaat, in dem die Volksvertretung aus unmittelbaren, allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgeht.
- Wie heißt die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland?
- Nennen Sie 5 Grundrechte aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland?
- Wer wählt den Bundeskanzler und welche Aufgaben hat er?
- Wer vertritt die Interessen der Bundesländer auf Bundesebene?

Ziel der Kurse war es, die Teilnehmer für politische und gesellschaftliche Themen zu sensibilisieren Die Teilnehmer legten im Anschluss an den Kursbesuch beim Einwohnermeldeamt Mannheim eine schriftliche Prüfung ab. Die Einbürgerungsbewerber sollten dabei die 10

[37] Die Informationen zu den Mannheimer Informationskursen beruhen auf einem Telefoninterview mit dem ehemaligen Leiter und Initiator der Kurse.

[38] Das i-Punkt-Projekt wurde zwischen 2002 und 2005 von der Landesstiftung Baden-Württemberg gefördert. In diesem Zeitraum wurden Unterrichtsmedien entwickelt, die seit Februar 2006 als Unterrichtsmedien für den Orientierungskurs vorliegen.

© efms 2006

Fragen aus dem Kurs beantworten. Nach Angaben des Kursleiters haben fast alle Kursteilnehmer den Test bestanden.

3.2.3.4. Der von Diên Hông gestaltete Orientierungskurs „Leben in Deutschland“

Die Maßnahme mit dem Titel „Leben in Deutschland“ wird seit 2002 für alle MigrantInnen mit gefestigtem Aufenthaltstitel sowie Spätaussiedler angeboten.[39] Kursträger ist der Rostocker Verein Diên Hông – Gemeinsam unter einem Dach. Bis Juli 2006 wurden insgesamt 10 Kurse durchgeführt, an denen zwischen 10 und 15 Personen teilnahmen. Der Umfang der Kurse beträgt zwischen 140 und 234 Unterrichtsstunden (abhängig von der Nachfrage). Die Kurskosten betragen pro Teilnehmer 126 Euro bei einem Kurs mit 210 Unterrichtsstunden. Die Kurse werden derzeit ausschließlich vormittags abgehalten. Die im Rahmen der Kurse behandelten Themen gehen inhaltlich über politische Wissensvermittlung hinaus. Konkret werden folgende Themen behandelt:

- Zwischenmenschliche Beziehungen
- Sprachliche Konventionen
- Neue Medien, Anrufbeantworter, Computer, Internet
- Das deutsche Schulsystem
- Arbeitswelt, Ausbildung und Beruf
- Konsum und Werbung in den deutschen Medien
- Geschichte und Geografie Deutschlands
- Kultur, Literatur, Musik, bildende Kunst (Malerei) in Deutschland
- Sitten, Bräuche, Feste in Deutschland
- Das politische System
- Die Geschichte von Mecklenburg-Vorpommern und von der Hansestadt Rostock
- Freizeitgestaltung, Hobbys

Didaktisch wechseln sich Frontalunterricht, freie Diskussion und Dialogübungen ab. Zudem werden Exkursionen, Gastvorträge sowie gelegentlich Gruppenarbeit und Videofilme eingesetzt. Am Ende der Kurse bekommen die Teilnehmer symbolisch ein Zertifikat („erfolgreich teilgenommen“ bzw. „teilgenommen“) sowie eine mündliche „Beurteilung“ zu Stärken und Schwächen und einen Vorschlag, wie die Teilnehmer weiter lernen sollen.

Nach den Erfahrungen der Kursleiterin wollen die Teilnehmer der Orientierungskurse hauptsächlich ihre Deutschkenntnisse verbessern. Ziel der Kurse ist nicht die Vorbereitung auf die Einbürgerung sondern die sprachliche und soziale Integration der Zugewanderten.

---

[39] Nähere Informationen zu den Kursen sind auch auf der Internetseite des Trägers einsehbar: http://www.dienhong.de/Allgemeine-und-polit.17.0.html.

© efms 2006

3.3. Aktivitäten seitens spezieller Beratungsinstitutionen und sonstiger Veranstalter von Bildungsmaßnahmen für Migranten

Zur letzten Gruppe von Anbietern zählen schließlich solche, die zwar mit Migranten zusammenarbeiten, jedoch nicht regelmäßig und gezielt Maßnahmen zur politischen Bildung anbieten. Zu dieser Gruppe zählen z.B. die Ausländerbeiräte oder auch die Muslimische Akademie in Deutschland, die ihren Sitz in Berlin-Charlottenburg hat. Auch wenn es sich hierbei oftmals nicht um Regelangebote im Bereich der politischen Bildung handelt, weisen diese Institutionen ein breites und oftmals langjähriges Praxiswissen im Umgang mit Migranten auf.

3.3.1. Maßnahmen der Otto Benecke Stiftung e.V. im Bereich politische Bildung für Migranten

Die Otto Benecke Stiftung e.V. (OBS) (vgl. www.obs-ev.de) ist eine gemeinnützige Organisation, die im Auftrag der Bundesregierung tätig ist. Sie wurde 1965 auf Initiative der Deutschen Studierendenverbände der Technischen Universität Berlin gegründet. Die Stiftung bietet Zuwanderern, die in Deutschland ein Studium aufnehmen oder fortsetzen möchten bzw. Akademikern, die in der Bundesrepublik eine ausbildungsadäquate Beschäftigung anstreben, Eingliederungs- und Orientierungshilfen. Neben umfassenden Beratungen bietet die OBS in diesem Zusammenhang auch Seminare an. Im Rahmen des Seminarangebots sind Spätaussiedler, jüdische Immigranten, Asylberechtigte und Bleibeberechtigte nach § 51 Abs.1 Ausländergesetz förderberechtigt, sofern sie eine Hochschulzugangsberechtigung in der Bundesrepublik erworben haben und zum Zeitpunkt der Einreise unter 30 Jahre alt waren. Der Zeitpunkt der Einreise darf dabei maximal fünf Jahre zurückliegen. Diese Teilnehmer bezahlen lediglich einen Eigenanteil von 3,- Euro pro Seminartag, da die übrigen Kosten für Unterkunft und Verpflegung während der Seminare von der Otto Benecke Stiftung e.V. getragen werden. Zudem erhalten die Seminarteilnehmer einen Fahrtkostenzuschuss zum Ort der Tagungsstätte.

Im Bereich der politischen Wissensvermittlung für Migranten bietet die Stiftung regelmäßig speziell das **Seminar „Leben in Deutschland – interkulturelles Kompetenztraining“** in verschiedenen deutschen Städten an.[40] Das fünftägige Angebot richtet sich dabei an Teilnehmer, die erst vor kurzem nach Deutschland gekommen sind und sich mit der deutschen Geschichte, Politik und Kultur aktiv auseinandersetzen möchten. Die Teilnehmer sollen jedoch bereits über gute Deutschkenntnisse verfügen.

Inhaltlich werden im Rahmen des Seminars folgende Themen behandelt:

- Multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, Analyse individueller Biographien

[40] Ferner bietet OBS in Deutschland auch Projekte zur Förderung von interkultureller Verständigung an. Zudem organisiert die Stiftung auch im Ausland Seminarreihen und Projekte zur Förderung der politischen und gesellschaftlichen Partizipation der dort ansässigen deutschen Minderheiten.

© efms 2006

- Deutsche Kultur und Geschichte - Kennenlernen der Parteienlandschaft in Deutschland
- Übungen zu Kommunikation und Wahrnehmung, Erkennen von interkulturellen Konflikten
- Vom "richtigen" Umgang mit Behörden und Ämtern in Deutschland

Es sollen somit Orientierungshilfen für das tägliche Leben in Deutschland sowie verschiedene landeskundliche Informationen vermittelt und individuelle Zukunftspläne erstellt werden. Des Weiteren will das Seminar das Verständnis für die deutsche Mentalität fördern und zur interkulturellen Verständigung beitragen. Didaktisch werden zur Vermittlung und Festigung dieser Inhalte auch Rollenspiele in den Seminarplan integriert. Dabei gehen speziell auf die Bedürfnisse von jungen Zuwanderern geschulte Dozenten auch auf die verschiedensten individuellen Belange ein.

Es handelt sich somit um ein Seminar der abstrakten und konkreten politischen Wissensvermittlung, welches sich speziell an neu zugezogene junge Migranten mit hoher formaler Bildung richtet.

3.3.2. Aktivitäten des Ost-West-Europäischen FrauenNetzwerks e.V. im Bereich politische Bildung für Migranten

Das 1992 gegründete Ost-West-Europäische FrauenNetzwerk (OWEN) (vgl. http://www.owen-frauennetzwerk.de/index.html) zielt auf eine Förderung der Verständigung und Kooperation von zivilgesellschaftlich und politisch aktiven Frauen in Ost- und Westeuropa ab. Durch Bildungs- und Vernetzungsarbeit sollen dabei Fraueninitiativen und lokale Selbsthilfegruppen in den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften unterstützt werden. Ziel ist dabei die Stärkung von Frauen in Mittel- und Osteuropa und in der BRD als aktive Beteiligte in öffentlichen Dialogen und in der Gestaltung von Politik. Bis 2003 wurden die Projekte von OWEN durch die Geschäftstelle des Landes Berlin und durch das Land Brandenburg gefördert.

Seit 2000 arbeitet OWEN in der BRD auch mit Migrantinnen aus Nachfolgestaaten der UdSSR zusammen, um deren aktive Integration in die hiesige Aufnahmegesellschaft zu fördern. OWEN bietet in diesem Zusammenhang **Integrationskurse für russischsprachige Migrantinnen** an.[41] Mit Hilfe der Integrationskurse sollen die Integrationschancen der Teilnehmerinnen verbessert und ihr Selbstbewusstsein gestärkt werden. Dies soll durch das Kennenlernen der deutschen Gesellschaft mit ihrer Geschichte, Kultur und Alltagsleben so-

[41] Die Angaben zu den Integrationskursen basieren auf den Aussagen der ehemaligen Projektkoordinatorin des zweiten Integrationskurses (Interview vom 12.11.2006). Nach ihren und Aussagen weiterer Mitarbeiterinnen von OWEN e.V. bietet der Verein derzeit keine Integrationskurse an. Dies hängt zum einen mit einer Umorientierung des Vereins hin zu internationalen Belangen, aber vor allem mit Finanzierungsproblemen zusammen. Ein dritter, auf den beiden ersten Integrationskursen aufbauender Kurs, wurde aufgrund der großen Nachfrage seitens ehemaliger Kursteilnehmerinnen von der ehemaligen Projektkoordinatorin bereits konkret geplant. Es ist jedoch noch unklar, ob die notwendigen Fördermittel bewilligt werden.

© efms 2006

wie durch eine Förderung des interkulturellen Austauschs zwischen unterschiedlichen Migrantengruppen und Einheimischen erfolgen. Auch sollen die Teilnehmerinnen im Verlauf der Kurse eigene Ideen und Vorhaben entwickeln und umsetzen und sich somit aktiv in die Gesellschaft einbringen.

2002 und 2003 wurde jeweils ein mehrmonatiger Kurs angeboten. Beide Kurse wurden von Entimon Berlin gefördert, so dass keine Teilnehmergebühren erhoben werden mussten.

2002 wurde der Integrationskurs unter dem Titel „Frauen als Multiplikatorinnen für Integrationsarbeit“ durchgeführt. Aus diesem Projekt ging die Wanderausstellung „Stationen einer Reise - russischsprachige Zuwanderinnen erzählen vom Weggehen und Ankommen" hervor. Dabei wurden Konzept und Texte gemeinsam mit den Migrantinnen erarbeitet. Die Ausstellung umfasst Fotos mit deutschsprachigen Texten über das Familienleben und die Familiengeschichte von fünf Frauen. Es werden Erfahrungen und Eindrücke in der alten Heimat, Vorstellungen von Deutschland und tatsächliche Erfahrungen im Aufnahmeland dargestellt. Darüber hinaus liefern die Tafeln allgemeine Informationen über die Geschichte von Russlanddeutschen und jüdischen Migrantinnen. Somit fand im Rahmen der Integrationskurse eine aktive Auseinandersetzung und Aufbereitung von biographisch-orientieter Migrationsgeschichte sowie eine Umsetzung in Inhalte zur Wissensvermittlung und zum Austausch mit anderen Bevölkerungsteilen statt.

2003 folgte der Integrationskurs mit russischsprachigen Migrantinnen „Integration durch Dialog“. Der Kurs wurde ausschließlich in deutscher Sprache abgehalten, um die Teilnehmerinnen zur Anwendung ihrer Deutschkenntnisse zu ermutigen. Er dauerte sieben Monate und fand zweimal wöchentlich im Umfang von jeweils sechs Stunden statt. In der Anfangsphase des Kurses nahmen 24 russischsprachige Frauen, die allesamt arbeitslos gemeldet waren, an der Maßnahme teil. Im Laufe des Kurses brachen jedoch einige Teilnehmer den Kurs ab. Eine Teilnehmerin verließ den Kurs aufgrund ungenügender deutscher Sprachkenntnisse. Andere brachen den Kurs aufgrund der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ab. Ein Kern von 15 Teilnehmerinnen blieb bis zum Ende des Kurses erhalten. Zum Teil handelte es sich bei den Teilnehmerinnen um Personen, die bereits den ersten von OWEN angebotenen Integrationskurs belegt hatten.

Der Kurs sollte die Integration der Teilnehmerinnen in die deutsche Gesellschaft – auch auf lokaler Ebene – fördern. Zudem sollte das Selbstbewusstsein der Teilnehmerinnen erhöht und ein interkultureller Dialog zu Einheimischen ermöglicht werden. Viele Teilnehmerinnen nahmen primär an der Maßnahme teil, um Anschluss und Kontakte zu Einheimischen zu finden.

Inhaltlich wurden Kenntnisse über Geschichte und gegenwärtige Strukturen in der Bundesrepublik erläutert. Ebenso wurden Partizipationsmöglichkeiten erörtert und bestehende Initiativen im Bereich bürgerlichen Engagements vorgestellt. Zudem wurden Genderfragen diskutiert. Weitere Module beschäftigten sich mit Kultur oder mit einer Aufbereitung der eigenen Migrationsgeschichte.

Hinsichtlich der didaktischen Gestaltung wechselten sich Vorträge von Kursleitern mit Gastvorträgen von einheimischen Personen und Trainings in Form von soziometrischen Übun-

© efms 2006

gen sowie Diskussionen ab. Des Weitern wurden Exkursionen unternommen. Auch fand auf Nachfrage seitens der Teilnehmerinnen ein Gespräch mit dem Integrationsbeauftragen statt.

Die Teilnehmerinnen wurden im Rahmen des Kurses zu bürgerlichem Engagement animiert. Sie gestalteten daraufhin in Eigenregie ein theaterpädagogisches Projekt an einer deutschen Schule mit hohem Ausländeranteil, welches einen Beitrag zur interkulturellen Verständigung leisten sollte. Sowohl Durchführung dieser Maßnahme, als auch teilweise das Aufbringen der finanziellen Mittel wurde von Teilnehmerinnen selbständig organisiert.

Im Rahmen der von OWEN durchgeführten Intergrationskurse ist es somit gelungen, die Teilnehmer zu einer aktiven Auseinandersetzung mit bildungspolitischen Inhalten aus dem Bereich Migrationsgeschichte zu aktivieren. Zudem konnten Teilnehmer zur Kontaktaufnahme mit Einheimischen und zu bürgerlichen Engagement ermutigt werden.

3.3.3. Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung für Migranten seitens der Landesgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen

Die 1996 gegründete Landesgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) ist das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen. Laut Satzung in der Fassung vom 27.10.2001 dient die LAGA der Durchsetzung der Belange der Migranten in NRW „mit der Zielsetzung,

- den Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen zu fördern,
- die politische Meinungsbildung und Willensartikulation der Migrantinnen und Migranten zu intensivieren,
- gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland auf Dauer die politische, rechtliche, soziale und gesellschaftliche Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten mit den deutschen Staatsangehörigen zu erreichen,
- der Fortbildung der Mitglieder der kommunalen Migrantenvertretungen,
- bei der Bildung neuer kommunaler Migrantenvertretungen Hilfestellung zu leisten,
- die Bildung von Kreiskonferenzen der kommunalen Migrantenvertretungen in kreisangehörigen Gemeinden zu unterstützen und
- die Zusammenarbeit mit den auf dem Gebiet der Migrationsarbeit tätigen Initiativen, Vereinen, Verbänden und Gebietskörperschaften zu intensivieren.“

Konkret unterstützt die LAGA NRW neben der Ausrichtung der jährlichen migrationspolitischen Tagung „Bocholder Forum“ in Kooperation mit der Academica Española de Formación, der Spanischen Weiterbildungsakademie in Bonn und der Landeszentrale für politische Bildung NRW, Migranten vor allem beim Ausbau und der Wahrnehmung von politischen Teilhaberechten wie der Entwicklung von Organisationen und Initiativen.

Gemeinsam mit dem Landeszentrum für Zuwanderung NRW und der Landeszentrale für politische Bildung initiierte die LAGA in diesem Zusammenhang Anfang 2004 die **Veran-**

© efms 2006

staltungsreihe „Politische Partizipation: der kürzeste Weg zur Integration“, in der in allen Regierungsbezirken NRWs gezielt Informationen zu der damals sich veränderten Lage im Hinblick auf die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten, wie dem neuen Konzept der Integrationsräte und den damit verbundenen erweiterten kommunalen Partizipationsmöglichkeiten angeboten wurden.[42] Auch nach Abschluss der damaligen Kommunalwahl und der Wahl der Migrantenvertretungen haben die Initiatoren die Reihe fortgesetzt. So bieten sie nach wie vor qualifizierende Maßnahmen für Ratsmitglieder, Verwaltungsangehörige und Mitglieder von Migrantenvertretungen an, um einen Beitrag zur Integrationspolitik in den Kommunen zu leisten. LAGA offeriert diesbezüglich speziell einen Seminarservice für kommunale Migrantenvertretungen, bei dem Veranstaltungen gebucht, oder mit dessen Hilfe Seminare geplant und an verschiedenen Veranstaltungsorten realisiert werden können (vgl. http://www.laga-nrw.de/xd/public/content/index._cGlkPTMw_.html). Die von LAGA vorgeschlagenen Seminarthemen können dabei nach Wunsch der Teilnehmer individuell gestaltet und je nach Bedarf mit anderen Themen kombiniert werden. Neben Rhetorik- und PR-Fortbildungen für Mitglieder von kommunalem Migrantenselbstorganisationen, bietet LAGA auch das **Modul „Kommunale Integrationspolitik erfolgreich gestalten!“** an. Dieses Modul liefert Informationen zur aktuellen Lage und den Grundlagen der kommunalen Migrantenvertretung in NRW, sowie zu organisatorischen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Arbeiten als kommunale Migrantenvertretung. Dies impliziert Anregungen hinsichtlich der Gestaltung der Arbeit, der Selbstverpflichtungen der Mitglieder oder auch der Festlegung konkreter Handlungsfelder. Der vorbereitete Programmvorschlag ist dabei auf eine eintätige Veranstaltung ausgerichtet. LAGA regt jedoch dazu an, stattdessen ein Wochenendseminar durchzuführen, bei dem die Teilnehmer die Gelegenheit bekommen das am ersten Seminartag vermittelte Wissen auch praktisch anzuwenden und in eine konkrete Strategie für die Arbeit in ihrer Kommune umzusetzen.

Das Angebot von LAGA zielt somit insgesamt auf eine Optimierung und Stärkung der Migrantenselbstorganisation ab. Die dazu notwendigen Wissensinhalte können individuell für und mit der jeweiligen Zielgruppe erarbeitet werden. Eine Stärke des Angebots liegt somit in der individuellen Abstimmung von Informationsbedarf und Wissensvermittlung.

3.3.4. Bildungspolitische Veranstaltungen des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V.

Ebenso wie LAGA (vgl. Punkt 3.3.3) zielt auch das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit (IDA) e.V. auf eine Stärkung des Migrantenselbsthilfepotenzials ab (vgl. http://www.idaev.de).

Der 1990 auf Initiative von demokratischen Jugendverbänden gegründete Verein gegen Rassismus, wendet sich dabei vorwiegend an junge Mitglieder von Migrantenvertretungen und

[42] Durch einen Beschluss des Landtages im Oktober 2003 hatten sich die Mitwirkungsmöglichkeiten für Migranten auf kommunaler Ebene in NRW verbessert. Nähere Ausführungen hierzu finden sich bei Wupper-Tewes (2006: 358ff.).

© efms 2006

somit an bereits überdurchschnittlich politisch interessierte Personen. Nach der Selbstdarstellung des Vereins auf ihrer Website, „nimmt die Förderung von und Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen von MigrantInnen einen großen Stellenwert in der aktuellen Arbeit des IDA ein. In Qualifizierungsseminaren werden die Teilnehmenden in Vereinsfragen geschult und erhalten Hilfe beim Aufbau stabiler und effizienter Vereinsstrukturen." Beispielsweise wurde 2003 das Seminar „Kompass. Grundlagen für erfolgreiche Jugendarbeit . Strukturen, Finanzen und Recht. Seminar für jugendliche Mitglieder aus MigrantInnenvereinen" in Kooperation mit dem Landesjugendring Baden-Württemberg konzipiert. Andere Seminare für diese Zielgruppe setzten sich neben Fördermöglichkeiten auch mit Grundlagen erfolgreicher Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit auseinander.

Die Maßnahmen zielen dabei auf eine interkulturelle Öffnung der Jugendarbeit, Empowerment von Jugendorganisationen von jungen Migranten und langfristig auf eine Erhöhung der Partizipation von jungen Personen mit Migrationshintergrund an der Kinder- und Jugendhilfe ab.

3.3.5. Die Arbeit der Muslimischen Akademie in Deutschland

Eine noch recht junge Bildungsinstitution, die sich vorrangig an Personen mit Migrationshintergrund wendet, stellt die 2004 in Berlin gegründete „Muslimische Akademie in Deutschland" (vgl. http://www.muslimische-akademie.de/) dar. Die Institution geht auf Initiative der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John zurück. Sie wird von der bpb unterstützt (Behrens/Motte 2006: 39). Sie untersteht – im Gegensatz zu anderen Bildungsorganisationen für Muslime – nicht der Trägerschaft einer muslimischen Organisation. Die Akademie sieht ihre Aufgabe vorrangig in der Initiierung und Organisation gesellschaftlicher Diskurse und der Förderung gesellschaftlicher und politischer Partizipation. Dabei richtet sich das bildungspolitische Angebot grundsätzlich an alle Interessierten, wenngleich primär in Deutschland lebende Muslime angesprochen werden. Es besteht aus Seminaren, Diskussionen, Fachtagungen und wissenschaftlichen Kolloquien. Thematisch werden die Schwerpunkte Politik und Gesellschaft, islamische Theologie und Philosophie, muslimisches Leben und interkulturelle sowie interreligiöse Begegnungen behandelt. Dabei folgt die Akademie den anerkannten Grundsätzen demokratischer Erwachsenbildung unter Beachtung des Beutelsbacher Konsens (Überwältigungsverbot, Kontroversität und Interessenvertretung) (Müller-Hofstede 2006: 351). Neben der zentralen Verwaltungsstelle in Berlin, soll im Laufe der Zeit ein bundesweites Netzwerk von Lernorten entstehen.

Wenngleich nach der Auftaktveranstaltung „Muslime in Deutschland – Wege zur Beteiligung" bislang erst wenige konkrete Veranstaltungen und Seminare stattgefunden haben, werden zukünftige Bildungsimpulse auch von dieser Akademie ausgehen. Dabei könnte die Akademie vor allem nicht nur als Organisator, sondern auch als Ansprechpartner in integrationspolitischen Belangen fungieren.

© efms 2006

3.3.6. Die Arbeit des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland e.V.

An der Schnittstelle zu Kunst, Kultur und historischem Lernen setzt die politische Bildungsarbeit des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland e.V. (DOMIT) an (vgl. http://www.domit.de/). Es wurde 1990 als Selbstorganisation von Migranten unter dem damaligen Namen Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e.V. gegründet. Der gemeinnützige Verein hatte sich zum Ziel gesetzt, das historische Erbe der Zuwanderer aus der Türkei zu dokumentieren und für zukünftige Generationen zu bewahren. Nach 2002 wurde die Sammlung um Materialien zur Migration aus anderen Ländern erweitert. DOMIT macht heutzutage nicht nur Dokumente und Materialien zur Geschichte der Migration in Deutschland der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich, sondern führt auch Forschungsprojekte zum Thema Migration durch. Zudem organisiert der gemeinnützige Verein Ausstellungen und veranstaltet Tagungen, Seminare, Diavorträge und Lesungen.

Langfristiges Ziel von DOMIT ist es, zusammen mit anderen Initiativen und Organisationen von Migranten und Einheimischen, ein dauerhaftes und institutionalisiertes Migrationsmuseum als Zentrum für Geschichte, Kunst und Kultur der Migration in Deutschland zu errichten. Dieses soll neben einem offiziellen Archiv auch eine Bibliothek sowie Arbeits- und Veranstaltungsräume beinhalten. Das Projekt soll nicht nur zu einer Erweiterung des Geschichtsbewusstseins durch das explizite Sichtbarmachen von Migration beitragen, sondern auch ein „Ort der Geschichte, Wissenschaft und Bildung, der Kunst und Kultur, der Kommunikation und Begegnung sein – des Lebens in einem Einwanderungsland." (vgl. http://www.Migrationsmuseum.de) Dieses Vorhaben zur institutionellen Sicherung des historischen Erbes der Einwanderer wird auch von der Bundeszentrale für politische Bildung aktiv gefördert. [43]

Bei der Verfolgung dieses Ziels hat DOMIT bereits wichtige „Bausteine" für ein zukünftiges Migrationsmuseum erstellt. Dazu zählen auch die bereits der Öffentlichkeit präsentierten, zum Teil zweisprachigen Wanderausstellungen zu Teilbereichen der Migrationsgeschichte, die auf gute Resonanz stießen. Bei der Ausstellung „Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei" lag bereits 1998 der Anteil der Ausstellungsbesucher türkischer Herkunft bei weit über 40 %.

Behrens und Motte schätzen die Projekte von DOMIT als erfolgreiche klassische Formate von politischer Bildung im Sinne einer Kombination von Geschichtsvermittlung und Auseinandersetzung mit dem aktuellen Zeitgeschehen ein, mit denen sowohl alte einheimische, als auch neue migrantische Zielgruppen erschlossen werden können. Dieser Erfolg zeige

---

[43] Vgl. hierzu beispielsweise die Dokumentation der im Oktober 2002 in Brühl stattgefundenen Fachtagung „Das historische Erbe der Einwanderer sichern. Die Bundesrepublik Deutschland braucht ein Migrationsmuseum", die von der bpb in Kooperation mit DOMIT veranstaltet worden war: http://www.domit.de/pdf/Tagung-2002-10-04-Dokumentation.pdf.

Ein weiterer Akteur im Kontext der Schaffung eines Migrationsmuseums in Deutschland ist das Netzwerk Migration in Europa e. V: (vgl. http://www.network-migration.org/).

© efms 2006

sich in Besucherstatistiken und Einträgen in den bei Ausstellungen ausgelegten Besucherbüchern. Die im Vorfeld von Ausstellungen geschaffenen Kommunikations- und Diskussionsforen als „politisch-ästhetische Plattform zur Diskussion und Selbstpräsentation" würden vor allem von einem jungen, politisierten und ‚avantgardistischen' Migrantenpublikum genutzt (vgl. 2006: 29).

Insgesamt weisen kulturelle Angebote ihrer Ansicht nach ein hohes Potenzial im Hinblick auf die Vermittlung politischer Bildung auf. Gerade für Migranten sei Kultur ein herausgehobener Bildungsbereich, da sich Migrantengruppen traditionell oftmals als Kulturvereine institutionalisierten.[44] (Behrens/Motte 2006: 18ff)

Auch Teixeira (2006:12) bewertet Kulturangebote, die häufig an der Schnittstelle von kultureller und politischer Teilhabe stehen, als „beteiligungsorientierte, teilweise niedrigschwellige und (fast immer) kreative Zugänge zur politischen Bildung."

Vorbildhaft sind in diesem Kontext auch die fließenden Übergänge von historischem Lernen in aktiver Auseinandersetzung und unter Aspekten der Selbstverortung hin zu einer Aufbereitung der Migrationsgeschichte als faktisches Wissen für die allgemeine Öffentlichkeit.

3.4. Zwischenfazit und systematischer Überblick nach Trägern, Maßnahmen und Zielgruppen

Aus den vorgestellten Projekten und Konzepten im Bereich politische Bildung für Migranten, geht, wie bereits vermutet, ein **sehr heterogenes Gesamtbild** hervor. Im Folgenden wird ein tabellarischer Überblick über Maßnahmen und teilweise auch Einzelkomponenten der bislang in der Regel als Gesamtkonzept einzelner Träger beschriebenen Aktivitäten nach den jeweiligen Zielgruppen systematisch einteilen. Neben der Einteilung nach Zielgruppen ist eine systematische Unterscheidung nach Maßnahmen insofern sinnvoll, da auch hier gerade im Hinblick auf die damit verbundenen Zielsetzungen unterschiedliche Angebotsformen kursieren.

[44] Die Autoren verweisen auch auf eine „Öffnung zur Kultur" seitens der bpb hin. Diese werde von der Bundeszentrale damit begründet, dass sich durch unkonventionelle Vermittlungsformen auch politik- und institutionenferne Zielgruppen (darunter auch Migranten), die durch herkömmliche Angebote der politischen Bildung nicht erreicht würden, mobilisieren ließen. Daher seien kulturelle Angebote wie Theater, Ausstellungen, Spiele, Musik und Events fest in das Programm integriert worden. (Behrens/Motte 2006: 18ff.)

© efms 2006

Tabelle 2: Überblick über Maßnahmen, didaktische Ziele und anvisierte Zielgruppen[45]

	Angebotsformen	**Ziele**	**Zielgruppen**
Allgemeine Anbieter			
VHS u. a. OWI-Projekte	Gesprächskreise, bildungspolitische Seminare, z. T Verschränkung mit Sprachvermittlung, niedrigschwellige Aktivitäten	primär Wissensvermittlung, auch Anwendung gelernter Inhalte / Empowerment	Migranten allg.; Zuwanderer mit dauerhafter Bleibeabsicht; Einheimische
AKSB: PJM	Allg. Bildungsangebote u. a. Seminare	Vernetzung von Aktivitäten; Wissensvermittlung	Junge Migranten
Weitere kirchliche Einrichtungen	Seminare	Wissensvermittlung	Migranten allgemein
DGB	Seminare	Primär Stärkung der Migrantenselbstorganisation; ferner Wissensvermittlung	Migranten allgemein
Arbeit und Leben	Seminare	Erfahrungsaustausch mit aktivierenden Elementen	(Junge) Migranten
Spezialisierte Anbieter			
HVHS	Primär Seminare, ferner runde Tische, Trainings, Zukunftswerkstätten ästhetische Werkstätten	Primär Wissensvermittlung mit aktivierenden Elementen	(Junge) Aussiedler; Migranten
IBZ	Kurse, Seminare, Diskussionsveranstaltungen	Enge Verzahnung Wissensvermittlung mit aktiver politischer Partizipation	Migranten allgemein
In Deutschland zu Hause	Kurse	Wissensvermittlung	Länger in der BRD lebende Migranten v. a. Einbürgerungsbewerber, Aussiedler

[45] Die hier verwendeten Abkürzungen sind im Abkürzungsverzeichnis abgebildet (vgl. S. 63).

© efms 2006

Bamberger Orientierungskurse	Kurse	Wissensvermittlung	Primär neu zugezogene Migranten
i-Punkt-Projekt	Kurse	Wissensvermittlung	Einbürgerungswillige
Rostocker Orientierungskurse	Kurse	Wissensvermittlung	Migranten allgemein
Sonstige Anbieter			
Otto Benecke	Seminare	Wissensvermittlung	Studenten und Akademiker mit Migrationshintergrund
OWEN	Kurse	Wissensvermittlung mit aktivierenden Elementen u. a. Auseinandersetzung mit Migrationsgeschichte	Russischsprachige Frauen
LAGA	Kurse	Empowerment / Unterstützung der Migrantenselbstorganisation gestützt durch Wissensvermittlung	Mitglieder von Migrantenvertretungen
IDA	Seminare	Empowermen / Unterstützung der Migrantenselbstorganisation gestützt durch Wissensvermittlung	(junge) Mitglieder von Migrantenvertretungen
Muslimische Akademie	Seminaren, Diskussionen, Fachtagnugen; wissenschaftliche Kolloquien	Vernetzung; Wissensvermittlung	Muslime; Migranten allgemein
DOMIT	Kulturelle Angebote	Dokumentation und aktive Auseinandersetzung mit Migrationsgeschichte	Migranten allgemein; interessierte Einheimische

Der Übersicht nach lassen sich Konzepte und Angebote der politischen Bildung von Migranten in zwei grundlegende Typen von Maßnahmen einteilen: in primär auf Wissensvermittlung abzielende Kurse und Seminare, sowie in vorwiegend auf eine Stärkung der Migrantenselbstorganisation anvisierende Maßnahmen.

Zu der erstgenannten Gruppe zählen beispielsweise die Projekte zu Orientierungskursen, die in der konkreten Ausgestaltung meist hinsichtlich didaktischer Vorgehensweise und Hauptzielgruppe leicht variieren. Die Zielgruppenansprache unterscheidet sich vor allem nach der Aufenthaltsdauer der Teilnehmer in Deutschland, welche in der Regel im Sprachniveau sowie auch im Abstraktheitsgrad der Inhalte berücksichtigt wird. Teilweise sind sol-

© efms 2006

che Kursangebote auch auf die Bedürfnisse ganz spezifischer Zielgruppen ausgerichtet (vgl. OWEN, OBS).

Solch enge Zielgruppendefinitionen stellen jedoch insgesamt eher eine Ausnahme dar. Oftmals wird mit bildungspolitischen Maßnahmen zur Wissensvermittlung stattdessen ganz allgemein die Zielgruppe aller interessierten Personen mit Migrationshintergrund angesprochen. In Einzelfällen (vgl. IBZ) bleibt eine explizite Zielgruppenansprache sogar aus. Weitgefasste Zielgruppen scheinen gerade bei Angeboten zur politischen Wissensvermittlung, die sich oftmals an ein vorgebildetes Publikum richten, unabdingbar zu sein, um eine genügend große Anzahl an Teilnehmern mobilisieren zu können. Teilweise regen solche Angebote auch zu einer konkreten Anwendung und Umsetzung gelernter Inhalte an. Neben diesen rein bildungspolitischen Maßnahmen gibt es auch zahlreiche Angebote in Kombination mit Sprachvermittlung oder auch sehr niedrigschwelligen Aktivitäten, die sich nicht als Maßnahmen zur politischen Bildung deklarieren, in denen jedoch Elemente von politischer Bildung mit einfließen. In einigen Fällen werden solche Angebote, die primär aus anderen Gründen (wie beispielsweise Freizeitgestaltung oder Spracherwerb) von Teilnehmern besucht werden, auch strategisch genutzt, um bildungsfernere Zielgruppen an Informationen zur politischen Bildung heranzuführen (vgl. OWI). Niedrigschwellige Angebote, die auch institutionenferne oder bildungsungewohnte Personen ansprechen, finden sich auch im Schnittfeld von politischer Bildung zu historischem Lernen, Kunst und Kultur.

Zu den Konzepten, welche vorwiegend auf Empowerment und eine Stärkung des Selbsthilfepotenzials von Migranten ausgerichtet sind, zählen beispielsweise Aktivitäten von LAGA und IDA. Diese Angebote richten sich auf bereits vorab politisch interessierte und zum Teil auch bereits politisch aktive Mitglieder.

Besonders erfolgversprechend scheinen gerade auch Maßnahmen, die Wissensvermittlung mit konkretem Anwendungsbezug und stark aktivierenden Elementen verknüpfen. Als positives Beispiel einer engen Verzahnung von Wissensvermittlung mit aktiver politischer Partizipation fällt diesbezüglich vor allem das Konzept des IBZ auf. Aber auch das Modellprojekt OWI zeigt beispielsweise in Hamburg eine erfolgreiche Kombination unterschiedlicher Angebote, die unterschiedliche Zielgruppen an politische Bildung heranführen konnten und nun zum Teil von Migrantenorganisationen in Eigenregie durchgeführt werden.

Betrachtet man die **Inhalte** der angebotenen Maßnahmen (vgl. Tabelle 3), so wird deutlich, dass diese sich hauptsächlich um Wissen über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie um Kenntnisse zur Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten gruppieren. Ferner enthalten die Module des Öfteren auch Informationen zur unmittelbaren Lebensbewältigung (z.B. Informationen zum Umgang mit deutschen Behörden). Gelegentlich werden auch Aspekte der interkulturellen Verständigung thematisiert. Innerhalb der fast bei jedem Träger angebotenen Wissensinhalte über Strukturen der BRD sind die einzelnen Teilelemente nahezu identisch: Geschichte, Migration, Staatsaufbau, Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, sozialpolitische Themen und aktuelle Politik. Ferner werden die Bereiche Geographie, Kunst, Kultur und Politik auf lokaler und europäischer Ebene gelegentlich thematisiert.

© efms 2006

Tabelle 3: Inhalte der bildungspolitischen Maßnahmen für Migranten

Inhalte der Maß-nahmen	**Kenntnisse über gesell-schaftliche Strukturen und Prozesse**	**Alltägliches Ori-entierungswissen**	**Informationen zur Stärkung der Partizipation**	**Aktivitäten zur Förderung von interkultureller Kompetenz und Austausch**
VHS u. a. OWI-Projekt	Geschichte und Geografie der BRD; Grundprinzipien der demokratischen Struk-turen, rechtliche Normen (Pflichten/ Rechte der Staatsbürger, Arbeitsrecht); politische Strukturen auf lokaler Ebene; aktuelle politische Themen	Behörden, Geld-angelegenheiten, Schule, Beruf, Arbeitswelt, ge-sundheitliche Präventionsmaß-nahmen; Kultur, Sitten Gebräu-che; Sprachför-derung	Partizipations-möglichkeiten	interkulturelle Verständigung
AKSB: PJM			Verbesserung von Chancen-gleichheit/ Parti-zipation	
Weitere kirchli-che Einrich-tungen	Informationen zu allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens		Partizipations-möglichkeiten; frauenspezifische Fördermöglich-keiten	
DGB	Sozialpolitische Themen	.	Professionalisie-rung von Migran-tenorganisatio-nen	
Arbeit und Leben			Chancen und Herausforderun-gen im Integrati-onsprozess	interkulturelle Verständigung
HVHS	Demokratiekompetenz erwerben: Werte und Ori-entierungen; Europa ken-nen lernen; Soziale Struktu-ren und Gesetze; Arbeits-welt		Partizipation/ ehrenamtliche Arbeit in der Kommune; ge-sellschaftlichen Selbstpositionie-rung	Dialog zwischen Kulturen und Religionen; in-terkulturelle Kompetenz; Selbstwahrneh-mung/ Fremd-wahrnehmung

© efms 2006

IBZ	Lebenssituation von Migranten in der BRD (u. a. Zuwanderung, Rassismus, Diskriminierung, Geschichte); politische und soziale Lage in den Herkunftsländern		Partizipationsmöglichkeiten; formale und organisatorische Aspekte der Vereinsgründung	
In Deutschland zu Hause	Deutschland und Migration; Neuere Geschichte; BRD; Rechte und Pflichten; Rechtsstaat; Sozialstaat; Wahlsystem	Landeskunde (Stadtführung); Sprachkenntnisse	Möglichkeiten politischer Mitwirkung	
Bamberger Orientierungskurse	Landeskundliche Einführung: Bamberg, Bayern, Deutschland; Deutschland und Migration; Geschichte; Politik/ öffentliches Leben; Rechtsstaat, Massenmedien, Sozialstaat, Struktur der Arbeitswelt; Bildung/ Ausbildung	Leben in Bamberg: Alltagskultur, Feste und Feiertage;		
i-Punkt-Projekt	Grundgesetz; Staatsaufbau der BRD			
Rostocker Orientierungskurse	Neue Medien, Schulsystem; Arbeitswelt, Ausbildung / Beruf; Konsum / Werbung; Geschichte/ Geografie, Kultur, Literatur, Musik, politisches System; regionale Geschichte	Sprachliche Konventionen¸ Sitten, Bräuche, Feste in Deutschland; Freizeitgestaltung, Hobbys		Zwischenmenschliche Beziehungen
Otto Benecke	Multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, Kultur, Geschichte, Parteienlandschaft	Umgang mit Behörden und Ämtern in Deutschland		Kommunikation / Wahrnehmung; Erkennen von interkulturellen Konflikten
OWEN	Deutsche Gesellschaft, Geschichte, Kultur, Politik; Genderwissen	Alltagsleben; Integration auf kommunaler Ebene	Bürgerliches Engagement	Interkultureller Dialog

© efms 2006

LAGA			Kommunale Migrantenvertretung (organisatorische Voraussetzungen, Rhetorik / PR)	
IDA			Qualifizierung in Vereinsfragen (Strukturen, Finanzen, Recht, Fördermöglichkeiten, Projekt- und PR-Arbeit)	
Muslimische Akademie	Politik und Gesellschaft	Islamische Theologie / Philosophie, muslimisches Leben		Interkulturelle / interreligiöse Begegnungen
DOMIT	Geschichte, Kunst und Kultur der Migration in Deutschland			

Im folgenden Teil der Expertise wird nun thematisiert, welche konkreten Zielgruppen mit unterschiedlichen Maßnahmen zur politischen Bildung erreicht wurden.

4. Die Adressaten von Maßnahmen zur politischen Bildung von Migranten

Ebenso wie zur allgemeinen Bildungsbeteiligung von Migranten ist **sehr wenig zu den tatsächlichen Teilnehmern an politischen Bildungsaktivitäten aus den Kreisen der Migranten bekannt.**

Im Folgenden werden einzelne Angaben und Statistiken, die allesamt kaum als repräsentativ beschrieben werden können, vorgestellt, um zumindest erste Hinweise auf soziodemographische Profile von Kursteilnehmern. herausziehen zu können.

Anschließend werden zu einigen in ersten Teil der Expertise beschriebenen bereichsspezifischen Konzepten, Statistiken und geschätzte Angaben zu den tatsächlichen Teilnehmern solcher Kurse geliefert, um mögliche Adressatenprofile erstellen zu können. Diese Angaben basieren überwiegend auf bereits vorhandenen Evaluationen (beispielsweise von Modellprojekten), sowie auf mit Bildungsträgern durchgeführten Experteninterviews.[46]

[46] Der Leitfaden ist im Anhang abgebildet.

© efms 2006

Im nächsten Kapitel werden mögliche Motive für Kursteilnahme und Gründe für die Nichtteilnahme von Migranten an bildungspolitischen Aktivitäten mit Rückgriff auf die bisherigen Erkenntnisse aus der Erwachsenenbildung von Migranten vorgestellt.

Zudem werden die Erfahrungen der Anbieter mit dem Umgang mit solchen Weiterbildungsbarrieren sowie mit der Durchführung und dem Erfolg ihrer Konzepte - beispielsweise auch im Hinblick auf Strategien in der Ansprache von Zielgruppen - berichtet. Dadurch sollen Erkenntnisse zum Abbau von Weiterbildungsbarrieren sowie zur zielgruppenspezifischen Gestaltung von Angeboten gewonnen werden.

4.1. Datenlage zu den Adressaten politischer Bildung aus der Gruppe der Migranten

Im Folgenden werden zunächst die spärlich verfügbaren Angaben zu den konkreten Teilnehmern an allgemeiner bzw. politischer Weiterbildung von Migranten aus verschiedenen verfügbaren Statistiken zusammengestellt.

In der bereits schon erwähnten neueren **Evaluation der politischen Jugendbildung** in Deutschland (vgl. Punkt 2), untersuchten Schröder et al. auch den ethnischen **Herkunftskontext der Teilnehmer** mit Migrationshintergrund. Unter den 2002 gemessenen 22% von Kursteilnehmern ausländischer Herkunft, entfallen je 7% auf die Europäische Union und die Türkei und je 4% auf die ehemalige Sowjetunion und auf andere Länder: Die Kategorie andere Herkunft beinhaltet in der Reihenfolge der häufigsten Nennungen Mittel- und Südeuropa, Balkan, Afrika, naher und mittlerer Osten sowie Baltikum. (Schröder/Balzter/Schroedter 2004: 110ff.) Abgesehen zu diesen Hinweisen auf den Herkunftskontext, sind der Studie keine weiteren Angaben zur Gruppe der Teilnehmer an Jugendbildung mit Migrationshintergrund zu entnehmen.

Neben den soeben beschriebenen Angaben der bundesweiten Evaluation wurden auch im Rahmen der regionalen Wohnungs- und Haushaltserhebung **„Leben in Nürnberg 2001“** (vgl. hierzu auch Punkt 2) Angaben erhoben, aus denen sich prinzipiell Aussagen zu Profilen von Kursbesuchern und Nichtkursbesuchern im Bereich politischer Bildung generieren ließen. Leider war dies in der praktischen Umsetzung aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht möglich.[47] Das Kernproblem besteht darin, dass nur einer der 532 befragten Ausländer angab in den letzten beiden Jahren einen Kurs aus dem Themenbereich „Politik und Gesellschaft“ besucht zu haben. Auch hinsichtlich der Absichten von ausländischen Kursteilnehmern zukünftig an Kursen auf diesem Gebiet teilzunehmen, waren die Fallzahlen nicht ausreichend.[48]

---

[47] Die Anfrage zur Erstellung dieser Angaben wurde freundlicherweise vom Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg bearbeitet. Eigene Sekundäranalysen der dort erhobenen Daten waren dem efms leider nicht möglich, da der Rohdatensatz nach Satzung des Amts für Stadtforschung und Statistik nicht nach außen weitergegeben werden darf.

[48] Es ließe sich eine Profilanalyse der 53 Ausländer erstellen, die als Bildungsziel „Allgemeinbildung, Kunst, Hobbies, Sonstiges“ angaben. Jedoch besteht hierin nur ein schwacher und zudem – unter anderem durch die Heterogenität der Kategorie – stark verzerrter Zusammenhang zur politischen Bildung.

© efms 2006

Eine weitere regional stark begrenzte Studie wurde von Angela Pawlik (2003) zur **Partizipation von Migranten am allgemein bildenden Programm der City-VHS Mitte in Berlin** durchgeführt.[49] Pawik untersuchte mittels eines Fragebogens mit geschlossenen Fragen, in welchem Umfang und aufgrund welcher Motivation Migranten (hier: Aussiedler, Ausländer und Zugewanderte erhoben nach gezielten Fragen zu Sprache, Nationalität etc.) im Herbstsemester 2002 am allgemein bildenden Programm der City-VHS Mitte von Berlin teilgenommen haben. In diesen Programmbereich fallen auch Angebote der politischen Bildung.

Die Autorin der Studie versuchte dabei ein **Profil der Gruppe der ausländischen Kursteilnehmer** zu erstellen und dieses einem Profil der deutschen Teilnehmer gegenüberzustellen. Leider ist das Sample jedoch so klein, dass die ohnehin lokal begrenzten Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind und nicht bedenkenlos verallgemeinert werden können.

Im Folgenden wird das von Pawik entworfene Profil der Teilnehmer mit Migrationshintergrund kurz skizziert: Es nahmen 175 Teilnehmer an der Befragung teil (Ausschöpfungsquote von 51%), wovon 34 Personen (19,4%) einen Migrationshintergrund hatten. Dieser Anteil lag deutlich unter dem im Bezirk Mitte gemeldeten Anteil von 27% Migranten ausländischer Staatsangehörigkeit. Innerhalb der ethnisch sehr heterogenen Gruppe der Teilnehmer mit Migrationshintergrund waren die Gruppe der EU-Bürger über- und die Teilnehmer aus der Türkei unterrepräsentiert. Insgesamt entsprach die ethnische Zusammensetzung des Einzugsgebiets der VHS *nicht* derjenigen der Teilnehmer. Die Kursteilnehmer waren zu 53% weiblich. Altersmäßig bildeten die 30-39jährigen mit 35% die stärkste Gruppe. Die Mehrheit (62%) der Migranten hatten einen formalen Schul- oder Studienbildungshintergrund mit einer Dauer von mehr als 14 Jahren. Nach Schülern und Studenten stellten Arbeitslose die drittgrößte Gruppe unter den Teilnehmern dar.

Die Autorin weist darauf hin, dass sich das Profil der deutschen Teilnehmer hinsichtlich sozialem Status, Altersstruktur, Geschlecht jedoch nicht in Bezug auf den Bildungshintergrund unterscheidet. Die Verallgemeinerbarkeit dieser Ergebnisse ist jedoch, wie bereits erwähnt, äußerst fraglich.

Interessant ist aber in jedem Fall, dass das Profil der Teilnehmer von Angeboten nicht mit der Zusammensetzung der im Einzugsgebiet der VHS lebenden Ausländer übereinstimmt. **Somit reicht bei der Planung von Kursangeboten eine bloße Orientierung an den Merkmalen der Verteilung der ansässigen Migranten nicht aus, da sich diese Angaben nicht mit den potenziell mobilisierbaren Gruppen decken.**

[49] Auch wenn im Rahmen dieser Erhebung das gesamte allgemein bildende Programm und nicht nur der Teilbereich politische Bildung untersucht wurde, liefert die Studie Anregungen für die Profilerstellung von ausländischen Kursteilnehmern. Zudem ist festzuhalten, dass die Studie das Gesamtangebot an allgemeiner Weiterbildung fokussiert und nicht nur Kurse, die sich explizit an Migranten richten.

© efms 2006

4.2. Profile von Teilnehmern mit Migrationshintergrund aus den konkreten Praxiskonzepten

Im Rahmen der im ersten Teil der Expertise beschriebenen Projekte aus der Praxis wurden teilweise Angaben zu den Teilnehmern dieser Angebote erhoben. Konkrete Angaben liegen hierfür vor allem für die evaluierten Modellprojekte vor. Des Weiteren wurden Statistiken zu den Teilnehmern bei ausgewählten Trägern nachgefragt. In der Regel lag jedoch keine statistische Erhebung von exakten Teilnehmerzahlen oder Teilnehmermerkmalen bei den Trägern vor. Daher wurden Leiter und Mitarbeiter dieser Träger, die langjährige Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit aufweisen konnten gebeten, Schätzurteile zur soziodemographischen Verteilung der Teilnehmer abzugeben.

Im Rahmen dieser Experteninterviews wurden hinsichtlich der Profile von Teilnehmern, folgende Merkmale abgefragt (vgl. auch Leitfaden im Anhang):

- Geschlecht
- Alter
- Bildungsgrad (ohne Schulabschluss vs. Akademiker)
- Erwerbstätigkeit (Hausfrauen, Arbeitslose, Berufstätige)
- Herkunftsländer/ethnischer Hintergrund
- Sprachkenntnisse
- Aufenthaltsdauer in Deutschland/Rechtsstatus
- Motive für die Teilnahme

Es ist dabei zu beachten, dass die Beschreibungen der Leiter und Mitarbeiter in der Regel subjektive Wahrnehmungen darstellen, die gerade bei Prozentangaben nicht absolut interpretiert werden dürfen, sondern nur Tendenzen widerspiegeln. Dennoch ist aufgrund der langjährigen Praxiserfahrung der Befragten anzunehmen, dass die Aussagen wichtige Anhaltspunkte und Hinweise auf die wahren Verteilungen liefern.

Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse aus den Berichten zu Modellprojekten[50] und anschließend die Aussagen aus den Experteninterviews dargestellt.

Im Rahmen der Evaluation des **Modellprojekts Integrationskurse „In Deutschland zu Hause**“ wurde ein sehr detailliertes **Profil der Kursteilnehmer** erstellt.

[50] Die Modellprojekte wurden bereits im Rahmen der Expertise „Gestaltung der Einbürgerungskurse, insbesondere Unterrichtszeiten und –formen“ ausführlich evaluiert und vorgestellt. Weiterführende Informationen zu den Konzepten – unter anderem auch zur didaktischen Ausgestaltung - sind demnach dieser Veröffentlichung zu entnehmen.

© efms 2006

Insgesamt wurden die Integrationskurse von 61 Personen begonnen. Von den insgesamt 55 Teilnehmern, die den Eingangsfragebogen ausgefüllt haben, waren am letzten Kursabend noch 47 anwesend. Dies entspricht in etwa einer Abbruchquote von 14,5%. Die Abbruchquote war bei den Abendkursen deutlich höher als bei den Wochenendkursen. Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die wichtigsten Teilnehmerstrukturdaten der Kurse, differenziert nach Abend- und Wochenendveranstaltung.

Tabelle 4: Strukturdaten der Teilnehmer der insgesamt 5 Abend- und 3 Wochenendkurse

	Teilnehmer			Alter (in Jahren)			
	Gesamt	Weiblich	Männlich	Min.	Max.	Durchschnitt	Spannweite
Abendkurse	33	25	8	23	55	39	32
Wochenendkurse	22	13	9	28	60	35,6	32

Bei allen Kurseinheiten war der Frauenanteil überproportional hoch. Insgesamt nahmen von 55 Personen 38 Frauen an dem Kurs teil. Der Anteil der Frauen an den Kursen betrug somit 70%. An den Wochenendkursen war das Verhältnis mit 13 Frauen und 9 Männern ausgeglichener. Ein höherer Frauenanteil ist generell bei Veranstaltungen der Erwachsenenbildung festzustellen. Das Durchschnittalter der Teilnehmer lag bei 37,5 Jahren. Die Teilnehmer der Wochenendkurse waren verglichen zu denen der Abendkurse etwas jünger, jedoch ist vor allem die erzielte Altersspannweite von 32 Jahren bei beiden Kursformen besonders zu betonen. Die jüngste Teilnehmerin war eine 23 jährige Arbeitnehmerin aus Polen und der älteste Teilnehmer, mit 60 Jahren, ein ehemaliger Gastarbeiter aus der Türkei.

Die Zusammensetzung der Teilnehmer im Kurs (bezogen auf ihre Herkunftsländer) kann nur als sehr heterogen bezeichnet werden. Insgesamt nahmen Teilnehmer aus 30 unterschiedlichen Ländern an den Kursen teil. Die Personen aus den Herkunftsländern aus dem geographischen Raum Ost- und Südosteuropa (inklusive Russland), stellten mit ca. 40% die größte Gruppe der Kursbesucher. Die zweitgrößte Gruppe war die der Südamerikaner und Afrikaner mit insgesamt gut 23%. Bei allen Irakischen Teilnehmern handelte es sich um Asylberechtigte aus den kurdischen Siedlungsgebieten. Der überwiegende Teil der Teilnehmer lebte seit den 90er Jahren in Deutschland, d.h. im Durchschnitt seit 6-7 Jahren.

Die anteilsmäßig am stärksten in Nürnberg vertretene Gruppe der türkischen Migranten, die auch die stärkste Gruppe der Eingebürgerten stellt, konnte kaum für den Kurs interessiert werden. Bei den drei türkischen Teilnehmern handelte es sich um ehemalige Gastarbeiter, was auch die Tatsache mit sich brachte, dass diese Teilnehmer im Altersdurchschnitt deutlich über dem aller Kursbesucher lagen.

Informationen über das Bildungs- und Qualifikationsniveau der Teilnehmer konnten durch die Vorstellungsrunden zu Beginn einer jeden Kursreihe gewonnen werden. Bei etwa der Hälfte der Kursteilnehmer handelte es sich um Akademiker, die ihre Qualifikation im Herkunftsland erworben hatten. Der erste Abendkurs setzte sich bis auf zwei Ausnahmen nur

© efms 2006

aus Akademikern zusammen. Zu den anderen Kursen kamen auch zunehmend einfache Angestellte oder Facharbeiter hinzu. Teilnehmer ohne einen qualifizierten Bildungsabschluss stellten die Ausnahme dar. Bei den Teilnehmern der Wochenendkurse war das Bildungsniveau höher als bei den Abendveranstaltungen. Dieser Niveauunterschied machte sich schon frühzeitig im Kursverlauf bemerkbar. Die Teilnehmer der Wochenendkurse brachten sich aktiver in das Kursgeschehen ein.

Auch im Rahmen der Evaluation zu den **Bamberger Orientierungskursen** wurden **Angaben zu den tatsächlichen Teilnehmern** erfasst.

Bei dem Angebot, das primär für Migranten, die noch nicht lange in Bamberg lebten, aber bereits über weitergehende Deutschkenntnisse verfügten, konzipiert war, lag die Aufenthaltsdauer der Teilnehmer und Teilnehmerinnen zwischen zwei Monaten und sieben Jahren wobei die überwiegende Mehrzahl zum Zeitpunkt des Kursbeginns seit etwa einem Jahr in Deutschland lebte.

Die 23 Migranten, die an den insgesamt drei Modellkursen teilnahmen, stammten aus zwölf Ländern, zu denen Ägypten, Chile, Gabun, der Irak, Kasachstan, Kolumbien, Mexiko, Moldawien, Peru, Polen, die Türkei und die Ukraine zählten. Die Teilnehmer, deren Altersstruktur zwischen 22 und 58 Jahren lag, ließen sich grob drei Kerngruppen zuordnen:

- Frauen aus binationalen Ehen (Lateinamerikanerinnen)
- Jüdische Kontingentflüchtlinge
- Spätaussiedler(Petersen-Patsiadas 2005:10).

Von den Projektverantwortlichen wurde speziell auf das hohe Bildungs- und Qualifikationsniveau der Teilnehmer verwiesen. So verfügten 14 von ihnen über ein Hochschulstudium, das sie im Herkunftsland abgeschlossen hatten. Zwei der Teilnehmerinnen waren Hausfrauen und Mütter ohne berufliche Ausbildung, die restlichen Personen verfügten über eine qualifizierte Berufsausbildung. Von den Teilnehmern war zum Zeitpunkt des Kursbesuchs jedoch nur eine erwerbstätig. Hinsichtlich der Sprachkenntnisse wurde festgestellt, dass alle Teilnehmer über ausreichende Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügten, so dass sie dem Unterrichtsgeschehen folgen und Erwartungen und Wünsche bezüglich des Kursverlaufs artikulieren konnten. Generell waren aber alle Teilnehmer hoch motiviert, ihre Deutschkenntnisse im Rahmen der Orientierungskurse weiter auszubauen. Hinzu kam, dass die Mehrzahl, neben Deutsch und ihrer jeweiligen Muttersprache, noch weitere Sprachen, wie Englisch, Spanisch und Russisch, beherrschten.

Die **i-Punkt Informationskurse** an der Mannheimer Akademie wurden nach Angaben des Kursleiters von allen Bildungsschichten besucht, da das Einwohnermeldeamt aktiv als Vermittler tätig war. Vom Arbeiter bis zum Akademiker, vom Arbeitslosen bis zum gut verdienenden Angestellten waren alle Schichten vertreten. Die Kursteilnehmer lebten seit 6 bis 30 Jahren in Deutschland. Etwa 50% hatten einen türkischen Hintergrund und stellten somit die

© efms 2006

größte Gruppe der Kursteilnehmer. Es nahmen auch viele Personen mit arabischem Hintergrund (vor allem Iraker) an den Kursen teil. Nur wenige Teilnehmer kamen aus dem asiatischen Raum.

An den ausschließlich vormittags stattfindenden **Orientierungskursen „Leben in Deutschland“** nahmen zwischen 2002 und Mitte 2006 ausschließlich arbeitslos gemeldete Personen teil. Nach Angaben der Kursleiterin kamen mehr Frauen (60%) als Männer (40%) zu den Kursen. Die überwiegende Mehrheit der **Teilnehmer** stammt aus Russland und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (etwa 90%). Die sonstigen Teilnehmer kamen aus Vietnam, Chile, Peru, aus dem Irak und aus der Türkei.

Die Teilnehmer verfügten bereits über ausreichende Sprachkenntnisse (mindestens Niveau B1). Die meisten Kursteilnehmer sprechen in der Familie und im Freundeskreis jedoch in ihrer Muttersprache. Da sie arbeitslos sind, bietet sich im Unterricht die einzige Möglichkeit, Deutsch zu sprechen. Deshalb kommen einige Teilnehmer immer wieder in die Kurse. Sie wollen ihre Kenntnisse erweitern und auffrischen und hoffen durch die verbesserten Sprachkenntnisse einen Arbeitsplatz zu finden. Bei den älteren Teilnehmern ist der Kurs auch wegen der sozialen Kontakte wichtig.

Alle Teilnehmer der hier beschriebenen Modellprojekte haben gemeinsam, dass es sich hauptsächlich um motivierte Personen mit einer in der Regel hohen formalen Bildung handelte. Da die Kurse in deutscher Sprache abgehalten wurden, mussten die Teilnehmer bereits ausreichende Deutschkenntnissen haben. Oftmals motivierte zum Kursbesuch gerade der Wunsch nach einer Verbesserung dieser Kenntnisse.

Da das gewählte Kursdesign jeweils Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Teilnehmer hatte, können von aus den hier erstellten Profilen keine generellen Rückschlüsse auf besonders gut motivierbare Gruppen gezogen werden. Beispielweise können erwerbstätige Personen Kurse nur zu bestimmten Zeitpunkten besuchen und oftmals nicht an Vormittagsveranstaltungen teilnehmen. Der Anteil von teilnehmenden Frauen könnte vom Vorhandensein einer Kinderbetreuung mit beeinflusst sein. Auch die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmer nach Herkunftsländern hängt oftmals mit den Wegen der Ansprache dieser Personen (z.B. über bestimmte Migrantenvertretungen) zusammen.

Nach der Betrachtung dieser Modellkurse wird nun ein Blick auf die im Rahmen von Gesamtkonzepten mit unterschiedlichen Angeboten erreichten Teilnehmerprofile geworfen. Die hierbei gemachten Aussagen basieren wie bereits erwähnt auf Experteninterviews mit Vertretern der jeweiligen Träger.

Einem Interview mit dem Leiter der **Heimvolkshochschule St. Hedwigshaus** Dr. Müller konnten Schätzaussagen zu den **Teilnehmern von wissensvermittelnden Angeboten** für Migranten und Aussiedler entnommen werden.

© efms 2006

Seinem Eindruck nach handelt es sich um eine sehr heterogene Teilnehmerschaft. Die Altersspanne beginnt bei Jugendlichen - die beispielsweise eine Jugendleiterausbildung absolvieren - und reicht bis hin zu älteren Teilnehmern um die 60 Jahre. Bei den jüngeren Jahrgängen ist die Geschlechtsverteilung relativ ausgeglichen. Ansonsten sind tendenziell mehr Frauen vertreten. Diese engagieren sich seiner Ansicht nach insgesamt mehr im Bereich Integration. Gerade im mittleren Alter sind überdurchschnittlich häufig Frauen mit akademischer Ausbildung die Klientel. Jedoch handelt es sich nach Dr. Müller insgesamt um eine „normale Bildungsstätte", die nicht nur für die Elite angedacht ist. Auch wenn hier die Gebildeten - wie in der Erwachsenenbildung allgemein - aktiver erscheinen, so ist das formale Bildungsniveau recht gemischt. Das Niveau der Deutschkenntnisse variiert erheblich. Insgesamt handelt es sich um sehr wissenshungrige Teilnehmer. Viele kommen nicht nur aus Gründen des Wissenserwerbs, sondern um aktiv in der Gruppe zu diskutieren.

Dem seit etwa 15 Jahren gesetzten Schwerpunkt der Zielgruppenansprache entsprechend, sind die Teilnehmer oftmals Aussiedler. Dr. Müller betont, dass auch die Gruppe der Aussiedler in sich sehr heterogen ist. Zu den Angeboten kommen aber auch jüdische Migranten oder beispielsweise Personen aus Estland und Polen.

Da das Institut einen großen Anteil der Teilnehmer über Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen, gewachsene Netzwerke und so genannte Brückenmenschen mit Migrationshintergrund gewinnt, kann auch hierbei von der Teilnehmerschaft nicht auf ein allgemein höheres Interesse von Menschen mit diesem Herkunftshintergrund an politischer Bildung ausgegangen werden.

Auch Frau Dallwitz vom **Interkulturellen Bildungswerk Friedenshaus** verweist auf eine sehr heterogene **Klientel**. Auch hier werden Angaben zu Kursteilnehmern nicht statistisch erfasst. Sie schätzt, dass ungefähr 65% Männer an den Veranstaltungen zur politischen Weiterbildung des IBF teilnehmen. Diese höhere Beteiligungsquote von Männern spiegelt sich auch in den (politischen) Hausgruppen wieder. Die Altersverteilung weist insgesamt eine breite Streuung auf. Dies variiert aber je nach Veranstaltungsform, so sind im Bereich der Kurse die 25-40 Jährigen die Hauptklientel. An den Wochenendseminaren sind die Teilnehmer tendenziell jünger und an den Abendveranstaltungen sehr gemischt. Auch wenn der formale Bildungsgrad sehr unterschiedlich ausfällt, so weisen die meisten Teilnehmer ausreichende deutsche Sprachkenntnisse auf. Die Mehrheit befindet sich schon bereits seit längerer Zeit in Deutschland. Der Herkunftskontext ist ebenfalls sehr heterogen. Unter anderem kämen die Teilnehmer aus der Türkei, dem Irak, Eritrea, Nigeria, Togo oder sind Tamilen aus Sri Lanka. Die meisten haben eine Anbindung zu den im IBZ bestehenden Hausgruppen. Auch hier beeinflussen die Kontakte zu den Migrantengemeinschaften, welche zum Teil auch die Seminarthemen mitbestimmen wesentlich die Zusammensetzung der Kursbesucher.

An dem von **OWEN** initiierten zweiten Integrationskurs für russischsprachige Frauen, nahmen ausschließlich sehr gut ausgebildete Personen teil. Die damalige Projektkoordinatorin schätzt den Anteil an Akademikerinnen auf etwa 80%. Alle Teilnehmerinnen waren im Kurszeitraum arbeitslos gemeldet. Das Durchschnittsalter lag bei etwa 40 Jahren. Die Teilnehmer kamen aus unterschiedlichen Ländern des russischsprachigen Raums, waren jedoch schon seit mehreren Jahren in Deutschland ansässig. Das Motiv zur Teilnahme an der Maß-

© efms 2006

nahme war primär die Kontaktaufnahme zu Einheimischen. Zudem wollten die Teilnehmerinnen ihre Sprachkenntnisse verbessern und anwenden.

Im Rahmen der **Hamburger OWI-Projekte** konnten nach Aussagen des damaligen Projektleiters Christoph Napp, fast ausschließlich Russlanddeutsche und jüdische Kontingentflüchtlinge als **Teilnehmer für rein bildungspolitische Seminare** gewonnen werden. Es handelte sich um Personen, die schon lange in Deutschland lebten und die sowohl sprachlich als meist auch beruflich in Deutschland fest Fuß gefasst hatten. Damit waren für sie primäre Orientierungsfragen in der Regel bereits geklärt. Alle Teilnehmer an rein bildungspolitischen Seminaren waren bereits vorher politisch interessiert. Es handelte sich mehrheitlich um ältere Teilnehmer, die zum Teil bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden waren. Personen, die jünger als 30 Jahre waren bildeten, dagegen die Ausnahme. Das Bildungsniveau der Teilnehmer differierte. Dabei waren die jüdischen Kontingentflüchtlinge meistens sehr gebildet, wohingegen die Aussiedler (beispielsweise aus Kasachstan) oftmals nicht formal vorgebildet, jedoch sehr wissbegierig waren und sehr großes Interesse an den politischen Strukturen in Deutschland zeigten. Insgesamt nahmen mehr Frauen an den Seminaren teil.

Auch an anderen Veranstaltungen, die nicht rein bildungspolitisch ausgerichtet waren, wie den **Gesprächskreisen**, die gelegentlich mit politischen Themen ohne Vorankündigung „überfallen“ wurden, nahmen mehrheitlich Frauen teil. Hier befanden sich auch Personen mit Bezug zu anderen Herkunftsländern (unter anderem Afghanen und Türken) unter den Teilnehmern. Zum Teil waren in diesen Maßnahmen auch lernungewohnte Personen vertreten, die primär aus anderen Gründen als dem Wissenserwerb (z.B. soziale Kontaktpflege, Freizeitgestaltung) oder auch zur Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse, partizipierten. Auch diese zeigten sich bei der überraschenden Konfrontation mit politischen Themen sehr interessiert.

Auch andere eher **niedrigschwellige Angebote** scheinen auch von politisch weniger stark interessierten Personen angenommen oder zumindest passiv genutzt zu werden. Während kreative Zugänge (z.B. in der Form der Konzipierung von und Mitwirkung an der Aufbereitung von Migrationsgeschichte im Rahmen von Ausstellungen) von einem eher engen Segment gewählt werden - bei DOMIT ist dies ein tendenziell junges und politisches Publikum - werden die konkreten Resultate solcher Maßnahmen von einem recht breiten Publikum besucht und betrachtet.

Im Gegensatz zu diesen Angeboten, die auch politikferne Gruppen erreichen können, ist zu den **Teilnehmern aus so genannten Empowermentansätzen** anzumerken, dass diese in der Regel bereits im Vorfeld ein hohes politisches Interesse aufweisen und teilweise schon als Mitglieder von Migrantenselbstorganisationen politisch aktiv sind. Das überwiegende Motiv für die Teilnahme ist die Optimierung der eigenen Partizipationsmöglichkeiten. Für diese Adressatengruppe ist anzunehmen, dass tendenziell nur geringe Weiterbildungsbarrieren (z.B. hinsichtlich finanzieller Aufwendungen) bestehen.

In nächsten Abschnitt wird zunächst erörtert, welche allgemeinen Arten von Weiterbildungsbarrieren für die Gruppe der Migranten in besonderem Maße zutreffen. Im Anschluss daran werden mögliche Strategien zur Senkung der von Migranten wahrgenommenen Weiterbildungsbarrieren vorgestellt.

© efms 2006

4.3. Gründe für die Nichtteilnahme an bildungspolischen Maßnahmen

Im Folgenden werden Ergebnisse aus verschiedenen Studien, die sich unter anderem auch mit den Gründen der Nichtteilnahme von Migranten an allgemein bildenden und bildungspolitischen Veranstaltungen beschäftigten, zusammengetragen. Daraus werden für die Zielgruppe der Migranten besonders bedeutsame Hindernisgründe ersichtlich.

Das **Berichtssystem Weiterbildung** (vgl. Punkt 2) liefert im Bereich der **subjektiven Wahrnehmung der Weiterbildungslandschaft** und der **motivationalen Aspekte** einige wichtige Hinweise in Bezug auf Ausländer:

Gemäß dem Berichtssystem Weiterbildung wünschen sich 48% der Ausländer mehr Information und Beratung über Weiterbildungsmöglichkeiten (Kuwan 2005: 248). Hinsichtlich der Interessen und Weiterbildungseinstellungen lässt sich der Studie entnehmen, dass Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern in Hinblick auf das Image von Weiterbildung im Allgemeinen vorliegen. So meinen mehr Deutsche als Ausländer, dass jeder ständig bereit sein sollte sich weiterzubilden (96% vs. 91%). Deutsche stimmen zudem dem Item „Wer im Beruf erfolgreich sein will, muss sich weiterbilden“ öfter zu als Ausländer (94% vs. 89%).

Eine große Weiterbildungsbarriere scheinen für Ausländer auch die mit dem Kursbesuch verbundenen Kosten darzustellen. So geben 55% der Ausländer als zutreffend an, dass ihnen Weiterbildung zu teuer sei. Dies äußersten nur 35% der befragten Deutschen. (Kuwan 2005: 264f.)

Schmidt und Tippelt greifen die Daten des BSW auf und thematisieren in einer eigenen Studie **objektive und subjektive Gründe für die Differenzen in der Weiterbildungsbereitschaft** von Deutschen und Personen mit Migrationshintergrund (2006: 36f.). Die objektiv gegebenen Disparitäten stehen ihrer Ansicht nach „in einem direkten Zusammenhang mit der rechtlichen und sozioökonomischen Schlechterstellung von Personen mit Migrationshintergrund und der bereits in der Erstausbildung verfestigten Bildungsungleichheiten“ (vgl. 2006: 35f.).

In Rahmen einer telefonischen Umfrage mit 3008 Probanden, unter denen sich jedoch lediglich 88 Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft befanden, thematisierten sie Weiterbildungsverhalten, Weiterbildungsinteressen und subjektiv wahrgenommene Weiterbildungsbarrieren. Ihre Ergebnisse hinsichtlich der Motive für die Nichtteilnahme an der hier vermutlich fokussierten beruflichen Weiterbildung lassen sich teilweise auch auf allgemeine Weiterbildung übertragen. So äußerten 63% der Nicht-Teilnehmenden Ausländer (n=43), dass sie mehr Beratung bräuchten, um zu wissen, welche Weiterbildung für sie in Frage käme. In der deutschen Vergleichsgruppe (n=1239) sind es dagegen nur 17%. Auch dieses Ergebnis weist auf die gerade für Personen mit Migrationshintergrund hohe **Bedeutsamkeit der Bildungsberatung** hin. Weitere Ergebnisse dieser Studie sind Tabelle 5 zu entnehmen.

© efms 2006

Tabelle 5: Motive für die Nichtteilnahme an Weiterbildung (nur Nicht-Teilnehmende) in %

Aussagen der Befragten	**Deutsche**	**Ausländer**
Ich benötige keine Weiterbildung	42	14
Ich hatte keine Lust	22	38
In den Kursen geht alles so schnell, dass ich da nicht so mitkomme	14	21
Mir fehlt die Unterstützung meines Partners/meiner Partnerin	13	29
Die Prüfungen schrecken mich ab	21	44
Ich bräuchte eine Beratung, um zu wissen, welche Weiterbildung für mich in Frage käme	17	63

Quelle: Schmidt/Tippelt 2006: 36

Neben einer befürchteten Überforderung, scheinen die Barrieren bei Ausländern auch in der Motivation sowie der fehlenden Unterstützung durch den Partner zu liegen (Schmidt/Tippelt 2006: 36f.).

Brüning zählt zu den **Zugangsbarrieren der Weiterbildung** - mit Blick auf oftmals unzureichende Deutschkenntnisse - den Mangel an zweisprachigen Angeboten. Zudem fühlen sich Personen mit Migrationshintergrund den Lernanforderungen nicht gewachsen oder müssen erst wieder an Lernen herangeführt werden. Ein weiterer Grund besteht darin, dass Migranten unzureichend über Bildungsangebote informiert werden. Auch sie verweist auf die Unübersichtlichkeit und Intransparenz des Weiterbildungssystems (2006:45).

Auch in der Wohnungs- und Haushaltserhebung **„Leben in Nürnberg 2001“** (vgl. Punkt 2) werden Gründe für die Nichtteilnahme an allgemeinen Bildungsangeboten erhoben. Die Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Tabelle 6: **Motive für den Nichtbesuch von Bildungskursen** (Mehrfachantwort, % nach der Zahl der Antworten der Befragten ohne Kursbesuch in den letzten zwei Jahren)

Aussagen der Befragten	**Deutsche**	**Ausländer**
Keine Zeit wegen beruflicher Verpflichtungen	23	18
Verhindert wegen Krankheit/Alter	20	13
Keine Zeit wegen familiärer Verpflichtungen	16	18
Habe daran kein Interesse	13	9
Habe keine berufliche Verwendung dafür	11	5
Kein passendes Angebot gefunden	8	11
Bin nicht gut informiert	7	12
Weil meine Deutschkenntnisse nicht ausreichen	1	14

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik Leben in Nürnberg 2001

© efms 2006

Geht man davon aus, dass sich an den Faktoren berufliche Verpflichtungen, Alter und Krankheit nichts ändern lässt, so könnte eine Nichtteilnahme aus Gründen familiärer Verpflichtungen mit Kinderbetreuungsangeboten zumindest teilweise kompensiert werden. Weiteren Gründen des Nichtbesuchs von Weiterbildungsveranstaltungen könnten umfassende Information und zielgruppengerechte Angebote entgegenwirken.

Aus allen hier aufgeführten Studien geht hervor, dass zu den am ehesten beeinflussbaren Variablen im Bereich der Motive zur Nichtteilnahme an Weiterbildungsangeboten vor allem eine Erhöhung der Transparenz von Weiterbildungsangeboten durch eine umfangreiche Bildungsberatung und eine zielgruppengerechte Ansprache ebenso wie die Schaffung zielgruppenadäquater Angebote zählen.

Im folgenden Abschnitt wird nun thematisiert, wie ausgewählte Träger mit besonders erfolgversprechenden Konzepten mit solchen Weiterbildungsbarrieren umgehen. Die Aussagen beziehen sich größtenteils auf die mit den Vertretern dieser Institutionen durchgeführten Experteninterviews.

4.4. Strategien im Umgang mit Weiterbildungsbarrieren

Erfolgreiche Strategien zur Senkung von Weiterbildungsbarrieren zielen auf die Bereiche Schaffung zielgruppenadäquater Angebote (z.B. hinsichtlich didaktischer Gestaltung und Themenwahl) sowie Erschließung besonderes geeigneter Ansprachewege zur Ereichung von Interessenten (Information über Angebote, Beratung) ab. Bei beiden Aspekten kann auch die personelle Besetzung zur Bearbeitung dieser Aufgabenbereiche ausschlaggebend sein. In den nächsten Absätzen werden nun **konkrete Erfahrungen aus der Praxis** mit solchen Komponenten und Strategien beschrieben.

Der Projektleiter der **Hamburger OWI-Projekte** verweist mit seinem sehr erfolgreichen Konzept aus einer Kombination von rein bildungspolitischen Veranstaltungen mit niedrischwelligeren Angeboten, bei denen politisch eher uninteressierte Personen mit politischen Themen auf einfachem Niveau spontan konfrontiert werden, auf die Bedeutsamkeit des Zugangs zu Migranten über Netzwerke. Es ist seiner Ansicht nach essentiell wichtig, zunächst die konkreten potenziellen Kooperationspartner vor Ort auszumachen und dort Angebote vorzuschlagen. Im Rahmen des OWI-Projekts erhielten solche Vorschläge sehr positive Reaktionen und führten zu erfolgreichen Kooperationen. Oftmals fanden die Angebote dann auch in den Einrichtungen vor Ort statt. Dies hatte den Vorteil, dass hier teilweise bereits Kinderbetreuungsangebote vorhanden waren, welche für viele Frauen ein mit ausschlaggebender Faktor für die Teilnahme an Veranstaltungen waren.

Wichtig ist es laut Napp auch, Kursleiter mit Migrationshintergrund einzusetzen, da diese im Umgang mit der jeweiligen Zielgruppe aufgrund ihres Hintergrundwissens über Lebens- und Lerngewohnheiten von Migranten in besonderer Weise geeignet sind.

Diese Kursleiter mit Migrationshintergrund können auch zur persönlichen Ansprache von potenziellen Kursteilnehmern genutzt werden. Orte der Ansprache können hierbei Einrich-

© efms 2006

tungen und Beratungsstellen sein, die von Migranten ohnehin kontaktiert werden. Die Weitergabe von Informationen über Zeitungen, Flyer, Internet oder das gedruckte VHS-Programm ist dagegen weit weniger erfolgreich.

Versuche der Einbindung von Migranten in die Auswahl von Themen scheiterten im Rahmen des OWI-Projekts.[51] Laut Napp ist dies nicht auf Desinteresse, sondern auf ein kulturell anderes wahrgenommenes Verhältnis der Teilnehmer zu Lehrkräften zurückzuführen.

Der ersatzlose Wegfall eines großen Anteils der größtenteils sehr erfolgreichen Aktivitäten nach Abschluss der Projekte, zeigt die Bedeutsamkeit der finanziellen Projektförderung auf.

Die persönliche Ansprache von Teilnehmern wird auch von der ehemaligen Projektkoordinatorin des zweiten von **OWEN** durchgeführten Integrationskurses als wichtig angesehen. Ihrer Erfahrung nach, konnten potenzielle Interessenten insbesondere von ehemaligen Teilnehmerinnen zur Kursteilnahme animiert werden. Neben Kontakten über Mundpropaganda konnten Teilnehmerinnen über die Verteilung von Flyern in russischsprachigen Vereinen und Initiativen gewonnen werden. Annoncen in Printmedien waren dagegen zur Ansprache der Zielgruppe ungeeignet.

Das **IBZ**, mit seiner engen Verzahnung aus erfolgreicher politischer Wissensvermittlung und aktiver politischer Partizipation, berichtet ebenfalls von der Erfahrung einer unzureichenden Ansprache von Kursteilnehmer über Print- und Onlinematerialien. Auch in dieser Institution wird Werbung primär über direkte Kontakte in den Hausgruppen und über Mundpropaganda betrieben. Die Veröffentlichung des aktuellen Angebots auf der Homepage des Vereins wurde sogar vollständig eingestellt.[52]

Im Unterschied – beispielsweise zum OWI-Projekt - bestehen die Kontakte und Kooperationen bereits im eigenen Haus. Hier kann man von langjährig gewachsenen Traditionen und Austauschbeziehungen profitieren. Aus dieser engen Zusammenarbeit entstehen auch Anreize für neue Themen und konkrete Seminarangebote. Somit können sich hier Seminarteilnehmer aktiv in die Themenwahl miteinbringen.

Auch im Rahmen der Arbeit des langjährig bestehenden **Institutes für Aussiedlerfragen St. Hedwigshaus**, können die Teilnehmer zumindest innerhalb des Rahmenprogramms von Seminaren ihre Interessen mit einbringen und die Inhalte individuell und aktiv mitgestalten. Die thematischen vorgegebenen Impulse sind mehrheitlich nicht abstrakt, sondern weisen einen praktischen Lebensbezug für die Zielgruppe auf. Auch hier wird der Zugang zu potenziellen Teilnehmern über gewachsene Netzwerke und Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen und „Brückenmenschen“ generiert. Wichtig ist es nach Dr. Müller, *mit* den Betroffenen zusammenzuarbeiten und auf Seiten der Organisatoren möglichst langjähri-

[51] So wollten beispielsweise die Teilnehmer des Seminars „Die deutsche Demokratie“ sogar bei Auswahl von nur zwei alternativ zur Diskussion gestellten Themen, keine Präferenzen äußern.

[52] Laut Frau Dallwitz ist es jedoch denkbar, die Veröffentlichung der aktuellen Angebote auf diesem Weg zukünftig wieder aufzunehmen, um gezielt ein jüngeres Publikum zu erreichen und auch für Nichtteilnehmer die politischen Inhalte der Kurse zugänglich zu machen.

© efms 2006

ge Mitarbeiter zu haben. Der Erfolg des Konzepts basiert seiner Meinung nach auf Erfahrung, Kontinuität und sinnvollen Zugangsstrategien.[53]

Neben den Experteninterviews enthält auch die unter Punkt 4.1 bereits beschriebene Studie von Pawlik (2003) über **Partizipation von Migranten am allgemein bildenden Programm der City-VHS Mitte in Berlin** Anregungen zum Umgang mit Weiterbildungsbarrieren. Hierbei werden vor allem der Zugang und die Auswahlkriterien von Migranten bei der Kurswahl thematisiert.

Es stellte sich im Rahmen der Studie heraus, dass 63% der Deutschen sich über formale Quellen wie das VHS-Programm informieren, wohingegen dies nur auf 38% der Migranten zutraf. Diese bevorzugten tendenziell einen persönlichen Zugang. So gaben 38% der Migranten an, durch Familie, Freunde oder Bekannte auf den Kurs aufmerksam geworden zu sein. Auch war für 20% der Migranten die Empfehlung des Kurses aus dem sozialen Umfeld das ausschlaggebende Auswahlkriterium.

Somit liefern die Ergebnisse dieser Studie sowie auch die Erfahrungen aus anderen Maßnahmen – trotz eingeschränkter Verallgemeinerbarkeit –Hinweise auf kulturell unterschiedliche Verhaltensweisen, welche gerade bei Anwerbung von Zielgruppen berücksichtigt werden sollten.

5. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Frage nach den potenziellen Adressaten für Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten kann nicht pauschal beantwortet werden. Denn *die* Zielgruppe von Migranten gibt es nicht. Dafür sind die potenziellen Zielgruppen bereits in sich viel zu heterogen.

Im Hinblick auf bereits bestehende Konzepte und Projekte zur politischen Bildung für Migranten lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

In dem sehr heterogenen Feld von Trägern und Angeboten der politischen Bildung von Migranten lassen sich zwei grundlegende Typen von Maßnahmen identifizieren: primär auf Wissensvermittlung abzielende Kurse und Seminare, sowie vorwiegend auf eine Stärkung der Migrantenselbstorganisation anvisierende Maßnahmen.

Besonders erfolgversprechend scheinen gerade Maßnahmen, die Wissensvermittlung mit konkretem Anwendungsbezug und stark aktivierenden Elementen verknüpfen.

Nach wie vor ist sehr wenig sehr wenig zu den tatsächlichen Teilnehmern an politischen Bildungsaktivitäten aus den Kreisen der Migranten bekannt. Es lassen sich jedoch folgende Ergebnisse zur Ansprache potenzieller Adressaten festhalten:

Insgesamt lassen sich gebildete Personen mit ausreichenden Deutschkenntnissen, die bereits weitgehend in andere gesellschaftliche Bereiche integriert sind, am ehesten für rein bildungspolitische Bildung gewinnen. Hier können auch theoretische Themen Anklang finden.

---

[53] Probleme bestehen dagegen laut Dr. Müller aufgrund einer „zu großen Entfernung von den Geldgebern“.

© efms 2006

Bei bereits vorliegenden politischen Interessen und Bereitschaft zur bzw. Ansätzen von Partizipation, liefern vor allem individuell abgestimmte Empowermentansätze Wissen und Anregungen zur praktischen Umsetzung.

Bei Migranten ohne ausreichende Deutschkenntnisse und einer oftmals erst kurzen Verweildauer im Land können stark am Lebenskontext orientierte und auch Alltagswissen vermittelnde Angebote nachgefragt werden. Hier kann es sinnvoll sein, Angebote für ganz spezifische Gruppen zu konzipieren und in der Herkunftssprache der Teilnehmer abzuhalten bzw. als zweisprachiges Modul – zum Beispiel auch im Rahmen von sprachvermittelnden Kursen - anzubieten.

Die Kombination von politischen Inhalten mit anderen Elementen wie Sprachförderung, sozialem Austausch oder Freizeitaktivitäten ist ebenfalls ein wirksamer Weg, um politisch nicht stark interessierte Teilnehmer an politische Bildung heranzuführen. Auch eine Beschäftigung mit politischer Bildung im Schnittfeld zu Kunst und Kultur (z.B. mittels Ausstellungen) kann neue Zielgruppen eröffnen.

Insgesamt ist es immer wichtig, eine exakte Bedarfsanalyse im lokalen Umfeld durchzuführen, um mögliche Interessentengruppen aufzuspüren. Dabei reicht es nicht aus, die soziodemographische Verteilung im Einzugsgebiet der Angebote zu betrachten. Es müssen vielmehr Informationen über Interessen, Bedürfnisse und auch Weiterbildungsschranken erfasst werden. Bei diesem Vorgehen ist die Zusammenarbeit mit lokalen Einrichtungen, die von Migranten aufgesucht werden, sowie mit Migrantenselbstorganisationen unerlässlich. Eine wichtige Funktion können bei der Gestaltung von Angeboten auch so genannte Brückenmenschen mit Migrationshintergrund einnehmen. Diese können auch in der Durchführung der konkreten Angebote eine wichtige Ressource sein.

Der Erfolg von Angeboten hängt jedoch nicht nur davon ab, ob passende Angebote vorhanden sind, sondern auch, ob diese Angebote auch vorteilhaft kommuniziert werden und bestehende Weiterbildungsbarrieren abgebaut werden können. Erfolgreich hat sich auch hier der Einsatz von „Brückenmenschen“ erwiesen, da diese über Wege der persönlichen Ansprache einen Zugang zu potenziellen Teilnehmern generieren können. Auch spielen geschulte Beratungsstellen oder Kulturzentren, die im besten Falle von Migranten ohnehin aufgesucht werden, eine wichtige Rolle in der Bildungsberatung. In Anbetracht der Tatsache, dass sich viele Migranten nicht ausreichend über Bildungsmaßnahmen informiert und bei der Findung passender Angebote überfordert fühlen, sollte eine größtmögliche Transparenz der Angebote durch umfangreiche Beratungsmöglichkeiten angestrebt werden.

Die Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten kann zum Abbau von Motiven der Nicht-Teilnahme an bildungspolitischen Veranstaltungen beitragen, da gerade für Frauen das Vorhandensein solcher Angebote oftmals für die Entscheidung zur Teilnahme an einer Maßnahme relevant ist.

Auch die mit dem Kursangebot verbundenen Kosten, können ein ernsthaftes Hindernis zur Teilnahme darstellen. Hier ist es wichtig, Fördermöglichkeiten zu finden, um Maßnahmen kostengünstig und möglichst kontinuierlich anbieten zu können. Denn nur eine Kontinuität von Trägern und Angeboten ermöglicht die Schaffung von dauerhaften Netzwerken und

© efms 2006

Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen. Im Rahmen von kontinuierlichen Strukturen können Erfahrungen mit der konkreten Ausgestaltung von Angeboten gesammelt und sinnvolle Zugangsstrategien entwickelt und erprobt werden.

Eine systematische Erfassung von Angaben zu Kursteilnehmern und Evaluation des Erfolgs von Maßnahmen ist ein weiterer notwendiger Schritt zur Gestaltung zielgruppengerechter Angebote.

© efms 2006

Abkürzungsverzeichnis

AKSB	Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
BSW	Berichtssystem Weiterbildung
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
DOMIT	Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland
IBF	Interkulturelles Bildungswerk Friedenshaus
IBZ	Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus
IFF	Institut für Friedenserziehung
HVHS	Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen Heimvolkshochschule St. Hedwigshaus
IDA	Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit
LAGA	Landesgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen
LpB	Landeszentrale für politische Bildung
OWEN	Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk
OWI-Projekt	Ost-West-Integrations-Projekt
PJM	Politische Bildung mit jungen Migrantinnen und Migranten
VHS	Volkshochschulen

© efms 2006

Literatur

Behrens, Heidi / Motte, Jan (2006): „… dass aus Immigranten Bürgerinnen und Bürger werden.“ In: Behrens, Heidi / Motte, Jan (Hrsg.): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S.15-42.

Bildungszentrum der Stadt Nürnberg, Fachbereich Politik und Geschichte / europäisches forum für migrationsstudien (efms) Institut an der Universität Bamberg (Hrsg.) (2003): Modellprojekt Integrationskurse „In Deutschland zu Hause“. Politik, Geschichte und Alltagswissen für Zuwanderer und Einbürgerungswillige. Gefördert mit Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Abschlussbericht.

Bilger, Frauke (2006): Migranten und Migrantinnen – eine weitgehend unbekannte Zielgruppe in der Weiterbildung – Empirische Erkenntnisse und methodische Herausforderungen. In: Report 2/2006.

Böhnisch, Lothar / Fritz, Karsten / Maier, Katharina (2006): Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der empirischen Bildungsarbeit in Deutschland. Juventa Verlag: Weinheim und München.

Brüning, Gerhild (2002): Benachteiligte in der Weiterbildung. In: Brüning, Gerhild / Kuwan, Helmut: Benachteiligte und Bildungsferne – Empfehlungen für die Weiterbildung. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, S. 7-117.

Bundesministerium des Inneren (2002): Richtlinien zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung durch die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb). Pdf-Dokument: http://www.bpb.de/files/5PGN0X.pdf <02.11.2006>

Diehl, Claudia / Urbahn, Julia (1998): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. [Electronic ed.]. - Bonn, 1998. - 61 S. = 215 Kb; Text . - (Gesprächskreis Arbeit und Soziales). - ISBN 3-86077-722-X Electronic ed.: Bonn: FES Library, 1999

Deutscher Volkshochschulverband e.V. (2002) Die Volkshochschulen: Kompetente Partner für Integration. Qualitätskonzept. DVV: Bonn/Berlin. Pdf-Dokument: http://dvv.vhs-bildungsnetz.de/servlet/is/4061/Integration03-A4%20blk.pdf?command=downloadContent&filename=Integration03-A4%20blk.pdf <29.10.2006>

Deutscher Volkshochschulverband e.V. (2006) Positionspapier des Deutschen Volkshochschul-Verbandes zum Integrationsgipfel am 14.07.2006. DVV: Bonn/Berlin. Pdf-Dokument: http://www.vhsrt.de/vhsrt.de/data/media/2574/DVV_PRIntegrationsgipfel.pdf <04.10.2006>

© efms 2006

DOMIT e.V. (Hrsg.)(2002): Dokumentation zur Fachtagung „Das historische Erbe der Einwanderer sichern. Die Bundesrepublik Deutschland braucht ein Migrationsmuseum". Pdf-Dokument: http://www.domit.de/pdf/Tagung-2002-10-04-Dokumentation.pdf <02.11.2006>

Feil, Robert / Hesse, Wolfgang (Hrsg.)(2006): miteinander leben. Unterrichtsmaterialien für Orientierungs- und Sprachkurse. Iudicium Verlag. München.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.)(2006): Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potenziale Nutzen. Berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund. Bonn.

Fritz, Karsten / Maier, Katharina / Böhnisch, Lothar (2006): Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Juventa Verlag: Weinheim/München.

Geiger, Peter (2006): Von MigrantInnen – für MigrantInnen. Die politische Bildungsarbeit des Internationalen Begegnungszentrums Friedenshaus In: Behrens, Heidi / Motte, Jan (Hrsg.): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 363-371.

von Hippel, Aiga / Tippelt, Rudolf (2004): Kirchliche Erwachsenenbildung und ihre Teilnehmer. Empirische Ergebnisse. In: EB 4 / 2004, S. 163-167.

Hübinger, Dr. Bernd (2003): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft: Neue Aufgabenfelder und Perspektiven. Tagung am 09. Mai 2003 in Düsseldorf. Pdf-Dokument: http://www.bpb.de/files/L0PRT9.pdf <20.10.2006>

Hufer, Klaus-Peter (2004): Ein Paradigmenwechsel in der politischen Bildung? In: Praxis Politische Bildung 3/2004. Juventa: Weinhiem, S.191-196.

Ioannidou, Alexandra / Meese, Andreas / Reitz, Gerhard (2004): Weiterbildungsstatistik im Verbund 2002. Tabellen und Abbildungen. DIE: Bonn. Pdf-Dokument: http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2004/ioannidou04_01.pdf <15.10.2006>

Kaufmann Susan / Rohrmann, Lutz / Szablewski-Cavus, Petra (2005): Orientierungskurs. Geschichte – Institutionen – Leben in Deutschland. Langenscheidt-Verlag: Berlin und München.

Klett-Verlag (Hrsg.): (2006) 30 Stunden Deutschland. Materialien für den Orientierungskurs. Stuttgart.

Körber, Klaus (2003): Checkliste politische Bildung. DIE Deutsches Institut für Erwachsenenbildung; Bonn. Pdf-Dokument: http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2003/koerber03_01.pdf <15.10.2006>

Kuwan, Helmut / Thebis, Frauke (2004): Berichtssystem Weiterbildung. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Vorgelegt von TNS Inf-

© efms 2006

ratest Sozialforschung und Helmut Kuwan, Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung München. München

Kuwan, Helmut (2005): Berichtssystem Weiterbildung IX. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Bundesministeriums für Bildung und Forschung: Bonn und Berlin. Pdf-Dokument http://www.bmbf.de/pub/berichtssystem_weiterbildung_9.pdf

LpB Baden-Württemberg (Hrsg.): Münchner Manifest vom 26. Mai 1997. Demokratie braucht politische Bildung. Onlinedokument: http://www.lpb.bwue.de/aktuell/manifest.html <11.10.2006>

Müller-Hofstede, Christoph (2006): Das ‚Megathema' Migration und die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung. In: Behrens, Heidi / Motte, Jan (Hrsg.): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 344-354.

Napp, Christoph / Vogelsang, Irina (o. A.): Gesamtbeurteilung der Zielerreichung des Hamburger OWI Projektes. Pdf-Dokument: http://dvv.vhs-bildungsnetz.de/servlet/is/26782/Ausl%E4nder%20und%20Aussiedler%20Integration_Politische%20Partizipation%20Gesamtbeurteilung.pdf?command=downloadContent&filename=Ausl%E4nder%20und%20Aussiedler%20Integration_Politische%20Partizipation%20Gesamtbeurteilung.pdf <25.10.2006>

Pawlik, Angela (2003): Partizipation von Migrant(inn)en. Zur Teilnahme am allgemeinbildenden Programm der City-VHS Mitte. In: DIE IV/2003.

Pehl, Klaus / Reitz, Gerhard (2004): Volkshochschul-Statistik 42. Folge, Arbeitsjahr 2003. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Bonn. Pdf-Dokument: (http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2004/pehl04_01.pdf <15.10.2006>

Pehl, Klaus / Reitz, Gerhard (2005): Weiterbildungsstatistik im Verbund 2003 – Kompakt. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Bonn. Pdf-Dokument: http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2005/pehl05_03.pdf <15.10.2006>

Petersen-Patsiadas, Doris (2005): Bamberger Orientierungskurse: Alltagswissen, Kultur, Politik und Geschichte für Migrantinnen und Migranten. Dokumentation des Modellprojekts. Herausgegeben vom Ausländerbeirat der Stadt Bamberg.

Reichard, Elisabeth (2006): Verbund Weiterbildungsstatistik liefert regelmäßig Institutionendaten zur allgemeinen Weiterbildung. In: DIE-Fakten. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Bonn. Pdf-Dokument: http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2006/reichart06_02.pdf<15.10.2006>

Reitz, Gerhard / Reichard, Elisabeth (2006): Weiterbildungsstatistik im Verbund 2004 – Kompakt. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Bonn. Pdf-Dokument: http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2006/reitz06_01.pdf <15.10.2006>

© efms 2006

Schillo, Johannes (2005): Bestandsaufnahme politische Bildung. In: EB 1 / 2005, S. 20- 22.

Schote, Joachim (2006): Pluspunkt Deutsch- Der Orientierungskurs. Arbeitsheft. Cornelsen Verlag: Berlin.

Schröder, Achim / Balzter, Nadine / Schroedter, Thomas (2004): Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation. Juventa: Weinheim und München.

Steuten, Ulrich (2002): Weiterbildung – nichts für Migranten? Angebote der Volkshochschulen. In EB 3 / 2002, S. 137-143.

Teixeira, Carmen (2006): Vom Einwanderer zum Bürger? Zum Stellenwert der politischen Bildung. In: Behrens, Heidi / Motte, Jan (Hrsg.): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 9-13.

Wolf, Richard (2006): Unveröffentlichte Expertise für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge „Gestaltung der Einbürgerungskurse, insbesondere Unterrichtszeiten und –formen“ Juli 2006.

Wupper-Tewes, Hans (2006): Politische Bildung im Land des „Schmelztiegels“. Die Bedeutung des Themas Migration für die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung NRW. In: Behrens, Heidi / Motte, Jan (Hrsg.): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 355-362.

© efms 2006

Anhang

Leitfaden für Interviews mit Trägern und Kursleitern aus dem Bereich politische Bildung für Migranten

Fragen zu den Rahmenbedingungen der Kurse und sonstigen Angeboten im Bereich politische Bildung für Migranten:

Was war/ist der Titel der Veranstaltung?

Welche Zielgruppe wurde/wird angesprochen?

In welchem Zeitraum wurde die Maßnahme(n) angeboten?

Welche Kurse kamen nicht zu Stande? Aus welchen Gründen?

Wie viele Personen nahmen an der Maßnahme teil?

Wie hoch waren die Kosten pro Teilnehmer?

Wie oft wurde die Veranstaltung durchgeführt? Welchen Umfang (in Unterrichtseinheiten à 45min) hatten/haben die Kurse?

Welche Themen wurden behandelt? (stichpunktartig)

Welchen ethnischen Hintergrund hatten die Veranstaltungsleiter?

In welcher Sprache wurde die Maßnahme angeboten?

Gibt es eine Einschätzung des Erfolgs der Maßnahme?

Fragen mit besonderer Relevanz für die Expertise:

Wie ist das **Profil der Teilnehmer** zu beschreiben? –

- Hinsichtlich Geschlecht
- Alter
- Bildungsgrad (ohne Schulabschluss vs. Akademiker)
- Momentane Erwerbstätigkeit (Hausfrauen, Arbeitslose, Berufstätige)
- Herkunftsländer/ethnischer Hintergrund
- Sprachkenntnisse
- Aufenthaltsdauer in Deutschland/Rechtsstatus
- Motive für die Teilnahme

Festlegung von Veranstaltungsinhalten und Erschließung von Zielgruppen:

Von wem wurden die Kurse initiiert?

Wie und von wem wurden die Inhalte der Kurse festgelegt?

© efms 2006

Konnten die Teilnehmer die Themenwahl mit beeinflussen?

Gab/gibt es diesbezüglich Kooperation mit kommunalen Einrichtungen und/oder Migrantenselbstorganistionen? Gibt es Absprachen mit anderen Trägern?

Wie wurden/werden (potenzielle) Kursteilnehmer über das Angebot informiert?

Welche Ansprachewege halten Sie für besonders erfolgversprechend?

Wo gibt es diesbezüglich Schwierigkeiten?

Welche Zielgruppen konnten nicht oder nur schlecht erreicht werden?

© efms 2006